

Darauf kommt es an!

Gedanken eines Bürgers
aus der Mängel-Demokratie BRD
für die
Bürgerinnen und Bürger
der Entwicklungsdemokratie DDR

gegen
die
strukturelle
Ausbeutung
und
Unterdrückung

für
eine
Marktwirtschaft
ohne
Kapitalismus

Tristan Abromeit

Tristan Abromeit, Jahrgang 1934,
Matrose, Bankkaufmann, grad. Volkswirt, Bootsbauer.
Beschäftigungsschwerpunkte: Bodenrecht, Währungsfragen und
Bildungsökonomie.

Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die Reformentwicklungen im Ostblock, vor allem in der DDR, wurde die vorliegende Arbeit von der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) im Februar 1990 herausgegeben.

~~Beim bundesdeutschen Büro der INWO in Konstanz kann diese Schrift gegen Voreinsendung von DM 6,50 + DM 1,- Versandkosten nachbestellt werden. Weitere Angaben auf den letzten beiden Umschlagseiten.~~

DARAUF KOMMT ES AN!

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die
Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR

gewidmet

Ruben / Rasmus / Frauke / Swantje / Falk und Kai

Dank

für

die Korrekturhilfe an

Josef Hüwe

im Dezember 1989 in Fotokopierter Form in den Umlauf gebracht
Herausgabe der 1. Auflage durch die
Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO)
als Manuskript gedruckt im Januar 1990
weitergehende Rechte beim Verfasser
Text neu formatiert im Januar 2005 / Internetfassung / geänderte Seitenzahl

Tristan Abromeit

DARAUF KOMMT ES AN!

XX
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die
Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
XX

INHALTSÜBERSICHT

(Seite)

6 ... Die (Nicht-)Einmischung	
10 ... 1. Empfehlung	
10 ... Die Signalwirkung der Wandlungs-DDR für den Westen	
12 ... 2. Empfehlung	
12 ... "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein."	
13 ... 3. Empfehlung	
13 ... "Mein Freund der Feind"	
14 ... 4. Empfehlung	
14 ... Die Wendehälse	
15 ... 5. Empfehlung	
15 ... Die Verfassung	
16 ... 6. Empfehlung	
17 ... Die Grund- oder Menschenrechte	
18 ... 7. Empfehlung	
18 ... Sozialismus? Ja! Aber welchen?	
22 ... 8. Empfehlung	
22 ... Viel oder wenig Staat?	
26 ... 9. Empfehlung	
27 ... Das föderative Prinzip	
30 ... 10. Empfehlung	
31 ... Die Struktur des Staates	
31 ... 11. Empfehlung	
32 ... Die Parteien	
36 ... 12. Empfehlung	
37 ... Das Wahlgesetz	
38 ... 13. Empfehlung	
39 ... Die Gewerkschaften	
40 ... 14. Empfehlung	
40 ... Das soziale Sicherungsnetz	
43 ... 15. Empfehlung	
43 ... Das Bildungssystem	
45 ... 7 Thesen zur Bildungspolitik	
28 ... Berufsbildung	
48 ... Hochschule	
49 ... Erwachsenenbildung	
49 ... Parteien-Stiftungen für politische Bildung	
50 ... 16. Empfehlung	
50 ... Die Medien	
52 ... 17. Empfehlung	
53 ... Die Kirchen	
53 ... 18. Empfehlung	

55 ...	Die Ökonomie - allgemein
62 ...	19. Empfehlung
62 ...	Ökonomie und Ökologie
65 ...	20. Empfehlung
66 ...	Ökonomie und Boden
68 ...	21. Empfehlung
69 ...	Ökonomie und Währung
73 ...	22. Empfehlung
73 ...	Ökonomie und Patentrecht
74 ...	23. Empfehlung
74 ...	Ökonomie und Wettbewerb
75 ...	24. Empfehlung
75 ...	Ökonomie - Steuern und Zölle
78 ...	25. Empfehlung
78 ...	Ökonomie und Rechtsformen der Unternehmen
79 ...	26. Empfehlung
79 ...	Ökonomie und Zwangsmitgliedschaften
80 ...	27. Empfehlung
80 ...	Ökonomie und Gewerbefreiheit
81 ...	28. Empfehlung
81 ...	Ökonomie und Verbraucherschutz
82 ...	29. Empfehlung
82 ...	Ökonomie und Banken
86 ...	30. Empfehlung
86 ...	(Wieder-)Vereinigung
89 ...	31. Empfehlung
90 ...	Überlegungen zu einem Sofortprogramm
91 ...	Der Ausverkauf?
94 ...	Die Umwandlung des sozialistischen Eigentums in Gemeinschaftseigentum und in persönliches Eigentum
96 ...	Trainieren und Starten
98 ...	Die deutsch-deutsche Zwillingsuniversität
100 ...	Finanzhilfe durch die Bundesrepublik?
101 ...	Schlußbemerkungen
103 ...	Endnoten (Quellen und Anmerkungen)

Anhang

A 3 ...	"Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR" des Verfassers vom 1. 9. 1968
A 6 ...	"Die Sicherung des Geldumlaufes in der Praxis" von Helmut Creutz
---	Grafiken von Helmut Creutz zu den Themen: Zins im Preis, Vermögensbesitz, Wertzuwachs des Bodens, Zinslast der Haushalte, Arbeitslosigkeit
A 13 ...	"Das 'Wunder von Wörgl'"
A 16 ...	"Überwindung der Wohnungsnot" aus "Die neue soziale Ordnung", Denkschrift von 1948
A 22 ...	"Macht der Banken überschätzt" und "Öffnung der DDR- Grenze verändert Markteinschätzung" bei Immobilien
A 23 ...	"Neuordnung des Bankwesens"
A 28 ...	Thema Bodenrecht: "Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert" und
A 28 ...	"Mit Eintrittsgeld in den Wald"
A 30 ...	Bücher, Zeitschriften, Organisationen, Bezugsquellen Verweis auf das Internet

DARAUF KOMMT ES AN !

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD
für die
Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
von

Tristan Abromeit

Mardorf am Steinhuder Meer im November 1989

„Große Denker haben oft die rätselhafte Angewohnheit, in ihren späteren Überlegungen dem zu widersprechen, was sie in der vorangegangenen monumentalen Hauptarbeit zu beweisen suchten. Marx, der sehr überzeugend darlegte, daß jedes System den Kern des eigenen Untergangs in sich trägt, machte für sein bevorzugtes System, den Sozialismus, eine Ausnahme.“ Leopold Kohr 1)

„Man kann immer die abstrakte Kollektivität des Volkes dem Parasitismus einer Minderheit und der Unterdrückung der Mehrheit dienen lassen.“ P.-J. Proudhon 2)

„Und warum urteilt ihr nicht von euch selber, was recht ist?“ Lukas 12, 57 3)

Die (Nicht-)Einmischung

Die Beteuerungen der BRD-Politiker, als Funktionsträger des Staates oder der politischen Parteien, sich nicht in die Vorgänge innerhalb der DDR einzumischen, kann man als ehrlich-unehrlich bezeichnen.

Ehrlich insofern, wie die Zurückhaltung durch die Sorge diktiert wird, daß die positive Entwicklung in der DDR durch unbedachte oder in der Folgewirkung nicht absehbare

Äußerungen und Taten einen Abbruch dieser Entwicklung bewirken könnte. Die Worte unseres Bundespräsidenten von Weizsäcker "Zeit, Geduld und Besonnenheit", die er in diesem Zusammenhang geäußert hat, halte ich für ehrlich.

Unehrllich halte ich die Formel von der Nichteinmischung aus mehreren Gründen:

a) Bedingungen an Förderungen der DDR durch die BRD zu stellen, ist legitim. Sie sind aber eine indirekte Einmischung in „innere Angelegenheiten“, wie sie sich z.B. ein Kreditnehmer durch einen Kreditgeber oftmals auch gefallen lassen muß.

b) Ohne es im einzelnen nachweisen zu können, bin ich mir sicher, daß alle Gruppen, die in der politischen Meinungs- und Willensbildung in der BRD mitwirken, versuchen, ihre Vorstellungen von der Entwicklung in der DDR den DDRlern (zurückhaltend formuliert) zu unterbreiten. Solches Tun ist durchaus nicht verwerflich, wenn es offen geschieht und der Exportwettbewerb von ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Ideen chancengleich ausgetragen wird.

Die Offenheit scheint mir nur bedingt gegeben. Meiner politischen Erfahrung nach dient die Beschwörungsformel von der Nichteinmischung dazu, die Mitbewerber zurückzuhalten, während man für das eigene Ideenzelt bereits die Pflöcke einschlägt. Mich erinnert das an eine Geschichte aus der Kindheit. Es war Krieg und Herbst. Einige Bahnstationen von unserem Wohnort entfernt war ein Wald, in dem es Früchte zu pflücken gab. Ein Schulkamerad, der schon ortskundig war, bot sich als Führer an. An einer Weggabelung schickte er die "Neulinge" in eine Richtung, wo der Förster wohnen sollte, der das Sammeln zu genehmigen habe. Während wir braven Neulinge unsere Zeit damit vergeudeten, den nicht vorhandenen Förster zu suchen, hatte unser Anführer heimlich den anderen Weg zu den Blaubeeren eingeschlagen, um sie mit speziellen Freunden für sich alleine zu ernten.

Von Chancengleichheit des politischen Ideenwettbewerbes um die Gunst der DDR-Bürger kann auch nicht gesprochen werden. So, wie ein Ungleichgewicht zwischen den Oppositionsgruppen der DDR und der SED, die ihren Apparat bestimmt nicht aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, besteht, so gibt es auch bei uns Ungleichgewichte. In

diesem Geschäft der politischen Information und Werbung gibt es Gruppen, die haben einen indirekten Zugriff auf die Staatskassen, andere werden von finanzstarken Verbänden oder Einzelpersonen gefördert, und andere müssen eben mit leeren Kassen operieren. Für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger gilt es, bei der Stillung ihres gewiß vorhandenen Informationshungers aufzupassen und die Quantität der Informationsschriften etc. nicht mit ihrer Qualität zu verwechseln und auch in die Ecken der Informationsmärkte zu schauen, ob da vielleicht Anbieter sind, die sich keine Informationsstände in der vordersten Reihe leisten können.

c) Die nachdenkliche Nichteinmischung hat ihre Ursache nicht im Wollen, sondern im Nicht-Können. Es ist ja nicht so, daß alles Gold ist, was in der BRD glänzt. Ich will damit nicht sagen, daß die DDR-Bürger, die jetzt zum ersten Mal in die BRD kommen konnten, einer optischen Täuschung erlegen sind, wenn sie Straßen und Häuser im Vergleich mit denen in der DDR "glänzend" fanden. Bei uns sah es auch einmal so grau und kaputt aus, und ich habe 1950, als ich als Schiffsjunge zum erstenmal nach Schweden kam, genauso gestaunt über das, was meine Augen sahen. Ich meine etwas anderes: So, wie am Beginn der DDR die Idee des Sozialismus, einer ausbeutungsfreien Gesellschaft, gestanden hat (Ich lasse die Umstände der Durchsetzung dieser Idee hier außer Betracht.), so stand bei uns in der BRD am Beginn die Idee einer Marktwirtschaft, einer Gesellschaft der Freien. (Diese Idee war in dem damaligen westlichen Rest-Deutschland auch nicht ohne Widerspruch, auch nicht innerhalb der CDU/CSU.) Die DDR hatte sich in der Folgezeit schlicht zu einer Diktatur entwickelt, was wohl nur jene abstreiten, die das Ideal für die Wirklichkeit nehmen. Die Bundesrepublik ist ebenfalls vom Ziel abgekommen und in marktwirtschaftlichen Ansätzen stecken geblieben. Der Versuch, den Kapitalismus (der im Widerspruch zur Marktwirtschaft steht) durch Sozialstaatlichkeit den Stachel zu ziehen, hat zu einem Staatsinterventionismus geführt, der die Ungleichgewichte in der Vermögens- und Einkommensverteilung nicht aufheben und der das Versprechen des allgemeinen Wohlstandes durch Stabilität nicht einlösen konnte, der aber zu einem Initiative und Freiheit tötenden Bürokratismus führte. Dieses alles selbstverständlich auf einem weit höherem Wohlstands- und Freiheitsniveau als in der DDR. Die Folge ist heute, daß die BRD

weder insgesamt noch in Teilen als anzustrebendes Modell für die DDR nach ihrer friedlichen Revolution dienen kann. Keine Institution kann unbesehen kopiert werden, von A wie Arbeitsamt bis Z wie Zunft (hier stehend für Innung und Kammern). Mir fällt zu keinem Buchstaben eine Einrichtung ein, die man mit dem Gütezeichen "gut" oder "unbedenklich" auszeichnen könnte. Auch nicht bei W wie Währung. Damit sage ich natürlich nicht, daß die Bürger der DDR nichts aus den bundesrepublikanischen Strukturen, Institutionen und von den Bürgern selbst lernen können. Ich will nur sagen, daß die Bundesrepublikaner auf eine positive Einmischung in die DDR gar nicht vorbereitet sind, weil sie ihre eigenen Fehler zum Teil noch gar nicht wahrgenommen, geschweige insgesamt korrigiert haben.

d) Es gibt selbstverständlich Gruppen und Einzelpersonen, die konkrete (wenn auch unterschiedliche) Vorstellungen darüber haben-, wie bessere Institutionen und Strukturen einer Gesellschaft aussehen sollten. Da die DDR-Bürger aufgrund des größeren Leidensdruckes sich vor den BRD-Bürgern aus ihrer gesellschaftlichen Erstarrung befreit haben, haben solche Leute natürlich die Hoffnung, daß sie ihre Vorstellungen in der DDR an die Frau oder den Mann bringen können.

Beim Thema Einmischung / Nichteinmischung ist ja zu bedenken, das Ideen grundsätzlich die Neigung haben, sich auszudehnen, bis sie sich verbraucht haben oder im Wettbewerb mit anderen Ideen nicht mehr bestehen können. Ideen machen auch nicht vor Grenzen halt, und wie wir inzwischen wissen, auch dann nicht, wenn es sich um einen „Eisernen Vorhang“ oder um eine „Mauer“ handelt. Ideen, die das Los der Menschen und übrigen Kreatur erleichtern sollen, staatlicherseits unterbinden zu wollen, ist nicht nur illiberal, sondern inhuman und politisch dumm (was nicht Spruchweisheit, sondern Realität spiegelt.) Wenn wir die Welt mehr ins Gleichgewicht bringen wollen (sei es, um unser eigenes Wohl zu sichern oder zu verbessern oder einfach aus Nächstenliebe oder Solidarität) , dann sind wir doch geradezu aufgerufen, uns einzumischen. Und mit „uns“ meine ich, einzelne oder Gruppen von Bürgerinnen und Bürger. Wenn sich allerdings Ideen mit der Macht von Staaten verbinden, dann kommt da selten etwas Gutes bei raus. Daher sind Vorbehalte gegen Einmischungen von Staaten in die Verhältnisse anderer Staaten voll berechtigt.

1. Empfehlung:

Laßt soviel wie möglich an Informationen und Informanten in die DDR rein. Grabt selber Ideen aus, die in den Bibliotheken, Archiven und den Köpfen von Menschen vergraben sind, die ihrer Ideen wegen eingesperrt waren oder noch sind. Hinterfragt Ideen und Informanten! Systematisiert die große Zahl der Detail- und Global-Vorstellungen, die vielleicht wie eine Flut über Euch hereinbricht, auf dem Hintergrund Eures Wissens und Eurer Erfahrungen. Es kann dabei aber nicht darum gehen, den Marxismus-Leninismus zu retten, sondern einen möglichst wirklichkeitsnahen Beurteilungsstandpunkt zu erreichen. Diese Arbeit ist genauso wichtig, wie den politischen Druck aufrecht zu erhalten, der für eine wirkliche Erneuerung der DDR erforderlich ist. Jene, die vergessene, verbannte oder importierte Ideen für die Bürger der DDR aufbereiten, sollten auch nicht in den Fehler verfallen, eine alte Zensur durch eine neue zu ersetzen. „Radikale Offenheit ist angesagt.“, soll Egon Krenz, der Generalsekretär der SED, gesagt haben.

Die Signalwirkung der Wandlungs-DDR für den Westen

Als die Kunde von dem Wandel in der DDR und der Öffnung der Grenze sich verbreitete, hat das auch für Menschen in der BRD eine befreiende Signalwirkung gehabt. Plötzlich erweiterten sich die eigenen Lebensperspektiven. Vielleicht Dabeisein können, wenn sich eine Gesellschaft eine neue Gestalt gibt, zu einem Zeitpunkt, wo für den Vorwärtsdrängenden, den Sehenden noch nicht alles festgenagelt und unbeweglich ist wie in der BRD, das weitet die Brust. Mir ist keine Meinungsumfrage zu dieser Wirkung bekannt. Ein junger Freund, Bootsbauer und Student, rief an und sagte: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, breche ich mein Studium ab und mache zusammen mit anderen in der DDR eine Bootswerft auf.“ Eine junge Frau, vor dem Abschluß einer Zweitausbildung als Tischlerin, die weit gereist ist, nennt als Möglichkeit ihres künftigen Arbeitseinsatzes neben Italien auch die DDR. Es kommt in den ge-

nannten Fällen nicht darauf an, daß diese Impulse auch umgesetzt werden, sondern, daß die Menschen in der DDR für ihren Mut zum Wandel eine unmittelbare ideelle Belohnung durch eine Neubewertung der DDR durch die Menschen im Westen erhalten haben.

Auch ich habe bereits bei den Wandlungen in der UdSSR und Polen überlegt, wie ich mich positiv in diesen Prozeß von Glasnost und Perestroika einbringen könnte. Da ich an die deutsche Sprache als Kommunikationsmittel gebunden bin, habe ich gedacht, daß die Hilfe beim Wiederaufbau einer autonomen Republik der Sowjetdeutschen doch etwas wäre, was ein altes Herz wieder jung macht. Mir ging ein Einsatz im Baltikum durch den Kopf. Einmal, weil mein Vater als Memelländer sich für die deutsche oder litauische Staatszugehörigkeit entscheiden mußte und zum anderen, weil hier das föderative Prinzip, auf das ich noch eingehen werde, seine Leistungsfähigkeit beweisen kann. Denn, wenn ich die Berichte, die ich über das Baltikum vernommen habe, richtig deute, droht das berechtigte Verlangen nach Autonomie und Wiedererlangung der nationalen Würde in einen Nationalismus umzukippen, der jenen Menschen das Heimatrecht zu rauben droht, die dort als Polen oder Russen geboren wurden oder schon lange wohnen. Nun, die Chance vor der Haustür, die ja auch bindet, wenn man sie lange genug auf- und zugemacht hat, offenen und nicht verschlossenen Ohren "predigen" zu können, hat doch ihren Reiz. Auch das verschafft der Seele Luft. Rudolf Bahro, den ich hier im Westen schon zitiert habe, als er noch in der DDR im Gefängnis saß und den ich hier bei den GRÜNEN begegnet bin, sagte in einem Fernsehgespräch sinngemäß, daß er in den Tagen des stürmischen Wandels nachts mit dem Gefühl aufgewacht sei: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Er wolle wieder in die DDR, er wolle beim Neubeginn dabei sein. Was er noch sagte, klang weniger überzeugend in meinen Ohren. Ich zweifle, ob er in seinen zehnjährigen Aufenthalt in der BRD das richtige Baumaterial für die neue DDR aufgesammelt hat. Steht nun das, was ich in diesem Abschnitt sage, im Widerspruch zu den Wünschen und Erfahrungen jener, die die DDR in jüngster Vergangenheit verlassen haben oder noch verlassen wollen? Nein und nochmals nein! Jeder Mensch muß sein Land verlassen können, aus welchen Motiven auch immer. Es ist im Kern die gleiche Energie, die einen Menschen an einem Ort hält, die anderen wegtreibt und die nächsten sich

dorthin bewegen läßt. Grundsätzlich bereichert es auch die Gesellschaften, wenn unter ihnen ein Austausch ihrer Mitglieder stattfindet. Wenn eine Gesellschaft ihre Mitglieder festhalten muß oder ein Negativsaldo beim Menschenaustausch erhält, dann stimmt es einfach mit dieser betreffenden Gesellschaft nicht. Andererseits kann eine Gesellschaft auch nicht mit einem zu hohen Positivsaldo bei der Bevölkerungsbewegung glücklich sein, denn der Nutzen des Zuzuges von Fremden, auch wenn sie die gleiche Sprache sprechen, schlägt irgendwann um und wird zur Belastung, Fremdenangst und -Haß kommen auf. Dies gilt besonders dann, wenn die ganzen gesellschaftlichen Strukturen - wie in der BRD - gar nicht auf eine ständige Zuwanderung von außen zugeschnitten sind.

2. Empfehlung

Freut euch über jeden, der bleibt. Freut euch über jeden, der geht und freut euch über jeden, der kommt. Und wenn mehr zu euch kommen sollen (oder zurückkommen sollen), dann macht die Tore auch in der Richtung von Westen nach Osten weiter auf, und macht deutlich, daß ihr Euch freut über Menschen, die die neue DDR mitgestalten möchten, damit sie menschlicher und wohnlicher wird.

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“

Das, was ich über die Medien erfahren habe, ist, daß die Bürger der DDR ihr SED-Regime loswerden wollen. Daß es als notwendig empfunden wird, eine neue Leitidee zu erarbeiten und nicht einfach eine fremde zu übernehmen. Lezteres wäre auch gar nicht so einfach, weil z. B. den Bürgern der BRD auch eine solche Leitidee fehlt. Der Finanzminister der BRD und CSU-Vorsitzende Theodor Waigel vermutete auf dem letzten CSU-Parteitag (sinngemäß), daß die fehlende politische Perspektive dafür verantwortlich sei, daß die Leistung der jetzigen Koalitionsregierung vom Bürger nicht genügend honoriert würde.

Wir wissen aber aus der Erfahrung, daß nicht nur eine ziellose Gesellschaft oder

ein zielloses Staats-Schiff problematisch ist, sondern auch ein Ziel, daß in Unterdrückung und Tod führt. Der Nationalsozialismus und der stalinistisch oder zentralistisch ausgeprägte Marxismus sind in frischer Erinnerung. (Ich stelle mit diesem Hinweis Hitler und Marx in keinerlei Weise auf eine Stufe. Hier geht es nur um Wirkungen von Ideen.)

3. Empfehlung:

Erarbeitet Euch eine Leitidee, die von ihrer inneren Logik die Vielfalt menschlicher Talente und Ausdrucksformen und die Differenzierung Eurer Gesellschaft und der Welt will und fördert. Wählt man sich nämlich eine Leitidee, die die gesellschaftliche Monokultur zum Ziel hat, ist man gezwungen auszugrenzen und auszusondern. In der Vergangenheit waren es Juden, Zigeuner, Volksverräter, Klassenfeinde usw.

In beiden Fällen streben die Menschen danach, die Leitidee Allgemeingültigkeit zu verschaffen. Ist das Ziel die Vielfalt, erwächst daraus ein Segen für alle Menschen. Ist das Ziel die Einfalt, dann sind Tod und Verderben die Folge.

„Mein Freund, der Feind“

"Mein Freund, der Feind" ist der Titel eines Buches des israelischen Politikers und Journalisten Uri Avnery über die feindlichen Brüder Israelis und Palästinenser. Noch besser als dieser Buchtitel drückt die Formulierung, „Der Feind von gestern muß die Chance bekommen, der Freund von morgen zu werden“, das aus, was in der DDR erforderlich ist, um die friedliche Revolution nicht vom Wege des Erfolgs abzubringen. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan. Jene Menschen, die einsperrt wurden, nur weil sie ihre selbstverständlichen Menschenrechte in Anspruch nahmen und jene vielen, die um ihr Lebensglück dadurch betrogen wurden, daß sie darben mußten, trotz Tüchtigkeit, aufgrund einer unzweckmäßigen Ökonomie, und eingeschlossen waren wie in einem Freigehege mit Zäunen, wie sie nicht schlimmer in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern waren, haben natürlich das Recht auf Rehabilitation oder

Genugung, aber nicht das Recht auf Rache. Rache schafft neues Unrecht und löst keine Probleme.

Und wenn die ehemals mächtigen DDR-Bürger Honnecker und Mittag vor einem ordentlichen Gericht angeklagt werden, sollte man nicht vergessen, daß Verfehlungen und Untaten von Mächtigen nur möglich wurden durch die große Zahl derjenigen, die sich Vorteile durch Unterwürfigkeit oder Teilhabe an der Macht verschafft haben. Aber auch die politisch Desinteressierten und die ewig Ängstlichen tragen ihr Päckchen Schuld. Bei der Aufarbeitung der Frage, wie es zu der Fehlentwicklung kommen konnte, erinnere man sich aber auch jener Generationen, die im Nationalsozialismus schuldig wurden. Am Anfang von Schuld steht häufig der Wille zum vermeintlich Guten.

4. Empfehlung:

Bestraft die ehemaligen Feinde und Peiniger mit Großzügigkeit, ohne die Wahrheit zu vertuschen.

Laßt den Schuldigen und Verlierern die restliche Würde, damit ihnen gerade dadurch ihr Unrecht bewußt wird, das sie begangen, als sie anderen die Würde nahmen. Denkt daran, daß die Mächtigen von gestern Euch, die ihr gelitten habt, deshalb als Feinde sahen, weil ihre Wahrnehmung durch ihre ideologische Gefangenschaft verzerrt war.

Die Wendehälse

Es ist für jene, die unter Bedrohung von Leib und Leben für das freie Wort und eine andere DDR gestritten haben, sicher bitter, daß das, wofür sie gelitten haben, heute von jenen, die gestern noch zu den Unterdrückern oder den Stützen der Mächtigen gehörten, als Selbstverständlichkeit gepriesen wird. Auch die Deutschen, die unter Gefahr die Republik gewechselt haben, fühlen ihr Tun ja dadurch entwertet, daß andere danach ganz bequem in die Bundesrepublik fahren konnten. Es ist fast normal, daß Pionieren häufig nicht einmal der Ruhm für ihre Taten bleibt. Den Nutzen haben in der

Regel die, die danach kommen. Dies soll nicht als Aufforderung gelten, den Pionieren grundsätzlich die Gegenleistung für ihre Leistung vorzuenthalten. Die Kernbefriedigung des Pioniers muß aber seine Tat in sich bleiben. Jene Menschen, die schnell herausfinden, woher der neue politische Wind weht und sich danach ausrichten, als Wendehälse zu bezeichnen ist berechtigt, aber doch übel. Einmal ist es so, daß diese Menschen, die man mit Wendehals beschimpfend benennt, als unbelehrbar oder lernunfähig beschimpft würden, wenn sie sich nicht wenden würden und zum anderen ist es so, daß jede Gesellschaft - egal wie sie gestaltet ist - vermutlich ihre Mitläufer hat. In jeder Gesellschaft herrscht ein Konformitätsdruck, auch in der BRD. Diesen zu mindern, muß ein Ziel einer besseren Gesellschaft sein, damit für Mut nicht mehr ein so hoher Preis gezahlt werden muß und folglich mehr Menschen mutig sein können.

5. Empfehlung:

Lernt zu differenzieren zwischen jenen, die durch eine schnelle Wende ihre Schuldverstrickung vertuschen wollen und jenen, bei denen wirklich ein rasanter Lernprozeß oder Angstabbau stattgefunden hat. Denkt daran, daß es schwer ist, den Menschen in seiner ganzen Komplexität gerecht zu beurteilen. Seid sparsam mit abwertenden Vorwürfen, denn diese können verletzen wie Steinwürfe und Ausgangspunkte für neue Feindschaften sein.

Die Verfassung

Als in der Bundesrepublik das vierzigjährige Bestehen der Verfassung gefeiert wurde, habe ich immer darauf gewartet, daß eine Bestandsaufnahme unserer Verfassung, die wegen gesamtdeutscher Vorbehalte „Grundgesetz“ genannt wird, vorgenommen würde. Ich habe nur Lobhudeleien, wie bei einer Ordensverleihung oder Beerdigung, vernommen. Dies ist bedauerlich, denn eine offene Diskussion hätte die Stärken, aber auch die Schwächen unserer Verfassung herausarbeiten können. Da nach meinem Verständnis von einer freien Gesellschaft der Staat nur ein Zweckverband der Gesellschaft

für Sonderaufgaben sein kann, kann auch die Verfassung nicht etwas „Heiliges“ sein, sondern nur eine Satzung. Satzungen müssen in Frage gestellt werden können, ja, sie müssen sogar ständig unter Wettbewerbsdruck stehen, der von anderen Satzungen aus geht, damit festgestellt werden kann, ob sie noch optimal für die betreffende Gesellschaft sind. Es ist auch eines freien Menschen unwürdig, daß er seine Verfassung nur erben und nicht selbst erarbeiten (und sei es nur durch eine bewußte Bestätigung) können soll. Der Begriff Verfassungsfeind hat einen manipulierenden Charakter, er will den Bürgern das Recht rauben, Gegner der jeweils bestehenden Verfassung zu sein. Nicht weniger problematisch ist der Verfassungsschutz. Die Verfassung kann nicht durch einen Geheimdienst, der herausfinden soll, wer jeweils gegen die geltende Verfassung wirkt, geschützt werden, sondern nur dadurch, daß sie das leistet, was man sich von ihr verspricht, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in einer Gesellschaft. Ich denke, daß unsere Verfassung in der BRD von der Exekutiven und Legislative mehr ausgehöhlt und gefährdet wurde, als von allen politischen Extremgruppen zusammen.

Wenn nun in der DDR eine Chance für einen Neubeginn besteht und diese nicht dadurch vertan werden soll, daß nur eine Variante der bisherigen Gesellschaftsgestalt (ung) gewagt wird, dann muß natürlich auch die Verfassung der DDR auf den Prüfstand. Ich denke, daß es nicht dabei bleiben kann, den Führungsanspruch „der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ im Artikel I zu überprüfen, sondern daß die Verfassung Satz für Satz durchgearbeitet werden und neu vom Volk in der DDR beschlossen werden muß. Es dürfte dabei ein schlechtes Verfahren sein, daß nur Änderungsvorschläge von jenen politischen Kräften eingebracht, beraten und beschlossen werden können, die die alte Verfassung geprägt und willkürlich angewendet haben.

6. Empfehlung:

a) Sowohl die auf Erneuerung drängenden Mitglieder der SED, wie auch opponierende Einzelpersonen, Gruppen und Massendemonstrationen sollten darauf drängen, daß

vor Neuwahlen eine verfassungsgebende oder -verändernde Versammlung nach demokratischen Spielregeln einberufen wird. Diese Versammlung sollte aber nur die neue Verfassung erarbeiten. In den Passagen, wo keine Einigkeit erzielt werden kann, sollten die betreffenden Artikel alternativ zur Abstimmung kommen. Die Inkraftsetzung der Verfassung sollte durch einen Volksentscheid erfolgen, der nach Möglichkeit eine Zustimmung oder Verwerfung einzelner Artikel zuläßt.

b) Die Massenmedien veröffentlichen zu Vergleichszwecken ein Dutzend Verfassungen und Verfassungsentwürfe mit kurzen Abrissen der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Hinweise auf Stärken und Schwächen, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR, der interessiert ist, selber einen Überblick und damit eine Urteilsbasis schaffen kann.

c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal steht zum Beispiel das „Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

Die Grund- oder Menschenrechte

Wenn ich die Menschenrechte unter dem Stichwort „Verfassung“ nicht erwähnt habe, dann aus folgendem Grunde: Die Menschenrechte können dem einzelnen Menschen

nicht durch einen Staat verliehen werden, sondern er erwirbt sie mit der Geburt. Sie sind Bestandteil seiner Person und des Begriffes Mensch. Diese Aussage wird auch dadurch nicht entkräftet, daß manche Menschen sich ihrer Grundrechte noch nicht oder nicht mehr bewußt sind, daß sie ihnen vorenthalten oder scheinbar geraubt wurden. Trotzdem hat es einen Sinn, wenn die Grundrechte in den Verfassungen erscheinen, auch wenn sie dort nur einen deklamatorischen Charakter haben. Denn durch ihre Benennung werden Passagen oder Artikel, die im Widerspruch zu ihnen stehen, leichter sichtbar.

7. Empfehlung

a) Veröffentlicht die Menschenrechte, wie sie 1948 in der Deklaration der Vereinten Nationen formuliert wurden. Veröffentlicht auch die Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie auch die Grundrechte nach dem Grundgesetz der BRD. Vergleicht, welche Grundrechte sich in der Verfassung der DDR wiederfinden und mit welchen Artikeln sie im Widerspruch stehen.

b) Verlest vor jeder größeren Versammlung und Demonstration die Menschenrechte. Das macht Mut und weist den Weg.

Sozialismus? Ja! Aber welchen?

Bevor ich weitere Stichworte abhandle, scheint es mir klärend zu sein, auf den Begriff „Sozialismus“ einzugehen. Keine anderen in der Gegenwart verwendeten Begriffe sind wohl so zwiespältig wie „Sozialismus“ und „Sozialist“. Wer sie verwendet, muß immer eine eigene Definition hinzufügen, um nicht verdächtigt oder mißverstanden zu werden. Konnte man ursprünglich die Begriffe mit Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Freisein von Fremdbestimmung und Solidarität im Sinne von Nächstenliebe assoziieren, so ist es heute fast unmöglich, nicht an Unterdrückung und Ausbeutung durch einen zentralistischen Staat, an Manipulation und

Diffamierung oder an Spießbürgerlichkeit und Mangelwirtschaft zu denken. Aber unabhängig von der durch Erfahrung erfolgten Umwertung dieser Begriffe gibt es auch Differenzen in der theoretischen inhaltlichen Beschreibung des Begriffes Sozialismus. Jeder, der unterschiedliche Nachschlagewerke aufschlägt, kann das feststellen. Im „Brockhaus“ von 1886 heißt es u.a.: „Sozialismus ist die Theorie einer wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, in welcher die Individuen nicht selbständig und auf eigene Verantwortlichkeit produzieren und miteinander im Verkehr stehen, sondern eine größere Gemeinschaft mittels einer besonderen Organisation die Produktion sowohl wie die Verteilung der Güter regelt. ...

Im engeren Sinne dagegen nennt man S. die gemäßigten Lehren, die zwar die kapitalistische Unternehmensform durch Arbeiterassoziationen ersetzen, aber das Privateigentum und selbst den Kapitalzins bestehen lassen wollen. ...“

Der radikale Sozialismus war hier in seiner Ausgangslage gegen den Kapitalzins als arbeitsloses Einkommen, dessen Ursache im Eigentum an den Produktionsmitteln vermutet wurde, gerichtet und folglich glaubte man, das arbeitslose Einkommen (gleich Ausbeutung) durch eine zentralistische Organisation der Arbeit und Gemeinschaftseigentum überwinden zu können.

Im „Lingen Lexikon“ (Brockhausredaktion) von 1973 steht u.a.: „Sozialismus, die innerhalb der modernen Industrie- und Klassengesellschaft entstandene Bewegung, die die individualistische, liberalkapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch eine am Gesamtwohl orientierte Ordnung umgestalten will, und zwar durch soziale Reform (Reformsozialismus) oder durch Revolution (revolutionärer S.)

Programm. Hauptpunkte des sozialistischen Programms sind:

1) die Umgestaltung der Eigentumsverfassung durch Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grundrente und Kapitalzins, durch Beseitigung oder Beschränkung des Erbrechts, durch allgem. Güterverteilung oder durch Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln; ...“

In diesem ersten Programmpunkt werden zwei unterschiedliche Sozialismen angedeu-

tet. Der erste ist ein dezentraler, wenig bekannter marktwirtschaftlicher Sozialismus, der zweite ist der bekannte und millionenfach erlittene zentralistische Sozialismus .

In der Ausgabe vom Dezember 1977 der Zeitschrift „evolution - Organ der Liberalsozialistischen Partei und Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz“ heißt es u.a. unter der Schlagzeile „Gibt es einen liberalen Sozialismus?“:

„Franz Oppenheimer definierte Sozialismus folgendermassen: 'Sozialismus ist der Glaube an und das Streben nach einer von allem arbeitslosen Einkommen erlösten, darum klassenlosen und darum brüderlich geeinten Gesellschaft der Freien und Gleichen.' Gleichheit verstanden im Sinne von Gleichberechtigung.

Das Schweizer Lexikon definiert den Liberalismus folgendermaßen:

'Er wird von der Ueberzeugung getragen, dass die freie Konkurrenz die beste Gewähr für gerechte Ordnung in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft, für die höchstmögliche Entwicklung der Produktivkräfte und für die Bändigung des Eigenutzes im Interesse der Gesamtheit biete.' Vergleicht man die beiden Definitionen, so erkennt man unschwer, dass sie beide das gleiche Ziel im Auge haben: eine gerechte Ordnung, insbesondere auch eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages. Sobald wir den Begriffen klare Definitionen zugrunde legen, ergibt sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Zielvorstellungen. Es zeigt sich, dass man beiden Definitionen gleichzeitig zustimmen kann, dass man Liberaler und Sozialist sein kann. Richtig verstandener Sozialismus und richtig verstandener Liberalismus sind miteinander identisch.“

Aus diesen Definitionen ergibt sich, daß noch nirgendwo ein Sozialismus realisiert wurde. Das, was im Osten zentralistisch probiert wurde, ist nüchtern betrachtet Staatskapitalismus, und das, was im Westen als Liberalismus und Marktwirtschaft bezeichnet wird, ist in der Kernsubstanz Privatkapitalismus .

Danach sind Kapitalismus und Marktwirtschaft keine Synonyme, nicht zwei Begriffe für die gleiche Sache? Nein! Dabei ist aber nicht zu leugnen, daß sowohl die Rechten als auch die Linken (Konservative und Progressive sind da keine treffende Bezeichnungen) aus unterschiedlichen politischen Motiven die Begriffe Marktwirtschaft und

Kapitalismus gleichsetzen.

Marktwirtschaft ist eine Koordinations- und Kooperationstechnik, die ohne eine zentralistische Organisation und ohne zentralistische Planung auskommt. (Die Planung erfolgt durch die einzelnen Wirtschaftssubjekte.) Die Lenkungsinstrumente sind: Freie Preise und chancengleicher Wettbewerb bei einer funktionsgerechten Währung. Die Erfolgsprämie ist der Gewinn. Die Strafe für Mißwirtschaft ist der Konkurs. (Der Konkurs wird heute aber häufiger durch Fehlleistungen des Staates verursacht als durch jene Unternehmen, die in Konkurs gehen.) Die Marktwirtschaft ist Leistungswirtschaft.

Der Kapitalismus ist die Möglichkeit, von Monopolen und Privilegien arbeitsloses Einkommen zu erzielen. Einigkeit besteht, wie ich meine, darüber, daß das arbeitslose Einkommen in Form der Bodenrente (Bodenzins) seine Ursache in der natürlichen Knappheit des Bodens hat. (Jede Parzelle hat in ihrer Einmaligkeit einen Monopolcharakter.) Uneinigkeit besteht darüber, ob das Eigentum an Produktionsmitteln oder das Geld den anderen großen Brocken des arbeitslosen Einkommens verursacht. Die Marxisten haben und sagen noch immer, es ist das Eigentum. (Marx selber soll da zwiespältig sein.) Proudhon, der Gegenspieler von Marx und nach ihm Gesell und infolge die Freiwirtschaftsschule sagen, daß Produktionskapital hat nur eine abgeleitete Zins- oder Ausbeutungsfähigkeit, die primäre liegt beim Geldkapital. Und Silvio Gesell ist jener, dem es gelang, die Zinsfähigkeit des Geldes in der Geldverfassung zu lokalisieren. Die Hortbarkeit des Geldes gibt dem Geld nämlich eine Überlegenheit über die Waren. Der Geldbesitzer kann sich nämlich vom Warenanbieter eine Liquiditätsverzichtsprämie (Keynes) in Form des Zinses zahlen lassen. Eine nach den Erkenntnissen von Gesell gestaltete Währungsreform würde die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien und Marktwirtschaft und Sozialismus (im Sinne von Abwesenheit von Ausbeutung und Fremdbestimmung) als eine glückliche Ergänzung erfahrbar machen.

Es gibt allerdings auch einen primitiven, ausbeuterischen Sozialismus. Ich nenne ihn Kühlschranksocialismus. Es gibt nämlich Leute, die meinen, es sei ihr „sozialistisches“

Recht, sich an jedermanns Kühlschrank zu bedienen, ohne selber verpflichtet zu sein, den Kühlschrank auch wieder auffüllen zu müssen. Der Staat habe in diesem Geschehen die Aufgabe, alle Kühlschränke, bis auf jene der Leitungskader, mit Polizeigewalt für jedermann zugänglich zu halten. Und jene Menschen, die bei dieser Regelung ihren eigenen Kühlschrank nicht mehr auffüllen, sondern ihre Vorräte wieder wie in alten Zeiten mit Krieg und Räuberei in Kellern und Scheunen verstecken, die seien als Klassenfeinde zu brandmarken, nötigenfalls einzusperren.

8. Empfehlung

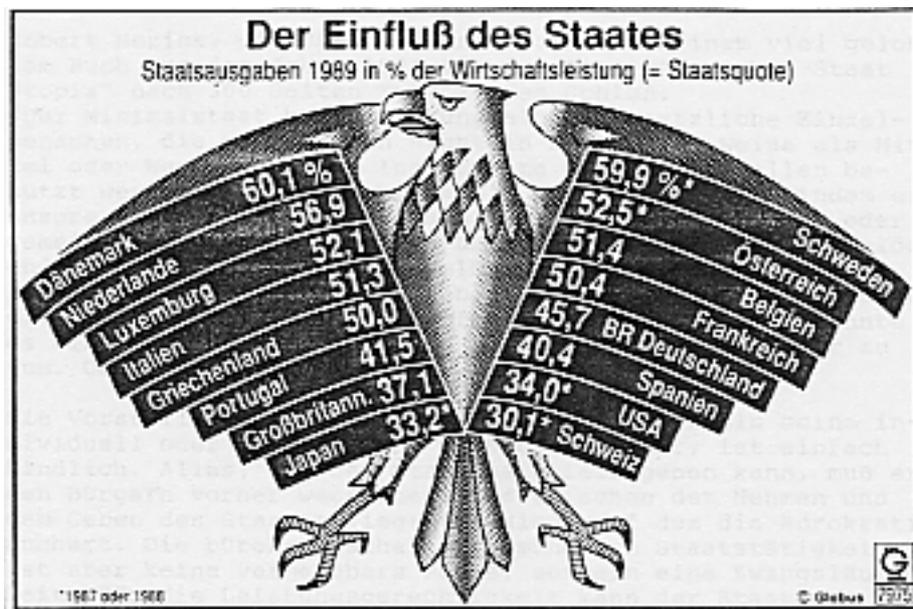
Verschafft Euch Klarheit über die wirklichen Ursachen der Ausbeutung, der Krisen, der Fremdbestimmung etc. und schafft Euch einen Begriff vom Sozialismus, der die andere Seite der geprägten Münze "Freiheit" sein kann. Der Euch vor allem davon befreit, aus edlen Motiven gesellschaftliche Vergewaltigungsphantasien produzieren und realisieren zu müssen.

Viel oder wenig Staat?

Nach den Erfahrungen mit dem totalitären Maximalstaat dürfte die Parole „Weniger Staat“ bei den Bürgern der sich wandelnden Staaten des Ostens und eben auch bei meinen Schwerpunkt-Adressaten, Euch DDR-Bürgern, sicher auf Zustimmung stoßen. „Weniger Staat - Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“ ist der Titel eines Buches, das 1965 erschienen ist und nicht so sehr auf östliche Staaten gemünzt ist wie auf westliche. Denn das Wuchern der Staaten ist auch ein westliches Problem. (Der Autor Leopold Kohr ist gebürtiger Österreicher und Amerikaner - im weiteren Sinn.) Die Expansion der Staatsstätigkeit hat sicher verschiedene Ursachen. Eine der Ursachen dürfte darin liegen, daß unser Selektionssystem der Abgeordneten vorwiegend nur jene Bürgerinnen und Bürger anlockt, die ein überdurchschnittliches Machtstreben auszeichnet. Wenn diese Menschen dann erst einen Zipfel der Macht erfaßt haben, bringen sie es natürlich nicht fertig, die Macht des Staates zu beschneiden, weil sie Angst

haben, ihr Machtzipfel würde dadurch ja auch kleiner. Eine andere Ursache ist, daß der Bereich der Bildung nur einen demokratischen Anstrich erhalten hat, sonst aber im vordemokratischen, obrigkeitsstaatlichen Zustand expandierend verharrt. Die Hauptursache der modellwidrigen Ausdehnung der Apparate der westlichen Staaten dürfte aber in mangelnder Analyse und nicht gelöster ökonomischer Probleme liegen. Die Ökonomen im Osten haben zwangsweise in einem geistigen Käfig gelebt, die Ökonomen im Westen leben darin freiwillig.

Wenn wir uns die nachfolgende Grafik über den Einfluß des Staates aus der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung vom 3. November 1989 ansehen, dann können wir ehrlicherweise nicht mehr vom freien Westen sprechen. Der halbfreie Westen wäre eine angebrachte Charakterisierung. Denn der Anteil der Staatsausgaben von den Gesamtausgaben, die Staatsquote, ist auch ein Maß der Fremdbestimmung. (Genauer für den Sockel der Fremdbestimmung, denn besonders in Zeiten der Unterbeschäftigung und hoher Zinssätze wächst die Fremdbestimmung im Erwerbsleben.)



Leopold Kohr schreibt in seinem oben genannten Buch „Weniger Staat“ unter dem Kapitel „Befreitsein vom Staat“: „Der vierte Juli ist der Gedenktag für ein stolzes Ereignis in der amerikanischen Geschichte - die Erlangung nationaler Unabhängigkeit. Es ist

dies das erhabenste Merkmal einer jeden Nation, sei sie groß oder klein. Dieses Element gibt jeder Nation, und sei sie noch so klein, die Gleichberechtigung mit jeder anderen Nation, und sei sie noch so groß. Ohne nationale Unabhängigkeit fehlt es auch dem gewaltigsten Gesellschaftsgebilde an Würde. Mit ihr gebietet selbst das winzigste Fleckchen auf dieser Erde Achtung. ...

Was die amerikanische Unabhängigkeit von der damals gängigen Vorstellung unterschied, war die Tatsache, daß sie mit etwas anderem gekoppelt war, einer Sache, zugleich größer und viel seltener als nationale Unabhängigkeit. Dieses zweite Element wurde damals außerhalb Amerikas kaum erkannt; heute droht die Gefahr, daß es mehr und mehr der Vergangenheit angehört, und zwar außerhalb wie innerhalb Amerikas. Dieses Element ist die Freiheit des einzelnen.

Das wirklich bedeutende Ereignis, dessen an jedem vierten Juli gedacht wird, ist dieses: Die Unabhängigkeitserklärung bezieht sich nicht nur auf die Unabhängigkeit der Nation von anderen Nationen, sondern auch auf die Unabhängigkeit des Menschen vom Menschen, auf die Befreiung des Bürgers vom Staat, einschließlich des eigenen. Nach der Vorstellung der Gründer der amerikanischen Nation ist also Unabhängigkeit undenkbar ohne das Element der persönlichen Freiheit.“ (S.59/60)

Robert Nozick, ein US-Amerikaner kommt in seinem viel gelobtem Buch aus dem Jahre 1974 mit dem Titel „Anarchie Staat Utopia“ nach 300 Seiten Text zu dem Schluß: „Der Minimalstaat behandelt uns als unverletzliche Einzelmenschen, die von anderen nicht in bestimmter Weise als Mittel oder Werkzeuge oder Instrumente oder Hilfsquellen benutzt werden dürfen; er behandelt uns mit Respekt, indem er unsere Rechte respektiert, und gestattet uns, einzeln oder gemeinsam mit wem wir wollen über unser Leben zu entscheiden und unsere Ziele und unser Selbstverständnis zu verwirklichen, so gut wir können, wobei uns andere Menschen, denen die gleiche Würde eigen ist, freiwillig helfen. Wie könnte es ein Staat oder eine Gruppe von Menschen wagen, mehr zu tun. Oder weniger.“ (S. 303)

Die Vorstellung, der Staat könne mehr leisten als seine individuell oder kooperierend wirkenden Bürger, ist einfach kindlich. Alles, was der Staat materiell geben kann, muß

er den Bürgern vorher wegnehmen. Und zwischen dem Nehmen und dem Geben des Staates liegt der Mist, auf dem die Bürokratie wuchert. Die bürokratische Ausformung von Staatstätigkeit ist aber keine vermeidbare Panne, sondern eine Zwangsläufigkeit. Für die Leistungsgerechtigkeit kann der Staat den rechtlichen Rahmen schaffen, er kann sie aber nicht durch interventionistische Korrektur-Politik herstellen.

Der Maximal-Staat kann nicht nur keine Gerechtigkeit schaffen, sondern er erstickt zwangsläufig die Freiheit und ist ein fragwürdiger Garant für den Frieden.

Der Minimal-Staat, den Frau und Mann respektieren können, weil er sich auf Aufgaben beschränkt, die die Gesellschaft in anderer Form nicht oder nur schlecht bewältigen kann und der die Vielfalt der individuellen Lebensgestaltung ermöglicht, ist zu erreichen, wenn die Bildung in die Freiheit entlassen wird und die ökonomischen Probleme gelöst werden.

In dem Buch „Silvio Gesell - Die Lebensgeschichte eines Pioniers“ des schweizerischen Autors Werner Schmid ist zu lesen :

„Im Februar 1917 ist in Russland die Revolution ausgebrochen. Im April des gleichen Jahres reist Wladimir Iljitsch Uljanow genannt Lenin im plombierten Zug, welchen ihm der deutsche Generalstab zur Verfügung stellt, aus dem Exil in Zürich nach Russland zurück, um dort die Führung der bolschewistischen Partei zu übernehmen und diese in der Oktoberrevolution zum Siege zu führen. Er hat Zürich verlassen, ohne dass Gesell ihn hätte aufsuchen können, wie es seine Absicht war. 'Wie schade, dass wir nicht in Russland sind', schreibt daher Gesell zu Weihnachten dieses Jahres. 'Da ist alles für uns wohl vorbereitet. Ich bin hier mit mehreren Kameraden Lenins bekannt geworden, die mir ihre Unterstützung versprochen haben. Der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund schickte auch einen Brief an Lenin - via Deutschland – doch hat man den Brief in Deutschland nicht durchgehen lassen, wie es scheint.' Man hat Lenin nicht nur einen Brief geschickt. Man hat ihm die 'Natürliche Wirtschaftsordnung' geschickt. Gesell selbst legte ihr einen Zettel bei, auf welchem zu lesen steht:

Die N. W. 0 zeigt, wie man die Macht des Geldes sofort brechen kann unter gleichzeitiger Schonung, ja Stärkung aller seiner Eigenschaften als Tauschmittel. Es wird auch

hier der gangbare Weg gezeigt, wie sich in 15 - 20 Jahren der Privatgrundbesitz, ohne Härten und ohne Verzweifelungsaktionen der Betroffenen herauszufordern, liquidieren lässt, wie man auch ohne Banken, ohne Hauteфинанze einen Staat führen, diesen überhaupt auf die allereinfachste Formel reduzieren kann, diesen aus dem Wege wahrer Kultur räumen kann. Allein, auch diese Sendung kam als unbestellbar zurück. Lenin war bereits auf dem Wege in jene Ferne, die jeder Diktator sucht und der entweder im Mausoleum oder am Galgen endet. Gesell blickt voll Sorge nach Russland. Welch ungeheure Möglichkeit. Welch grauenhafte Gefahr. „ ... (S.174/175)

Ich denke, daß Menschen, die dabei sind, eine gewaltsame Revolution zu machen und diese gewinnen wollen nicht gleichzeitig die Basis-Theorie ihrer Revolution und damit auch die Revolutionsstrategie auswechseln können. Die wesentlichen Erkenntnisse zur Überwindung des Kapitalismus in Freiheit lagen allerdings schon lange vor. Sie lagen auch vor, als die Weimarer Republik von den Demokraten ruiniert und an Hitler veramscht wurde. (Hitler ist eben nicht vom Himmel gefallen und seine Existenz hatte auch nicht seine Ursache im böswilligen Charakter der Deutschen.) Und diese Erkenntnisse lagen vor, als die Bundesrepublik aus dem westlichen Teil Deutschlands gestaltet wurde. Ein Teil dieser Ideen sind damals sogar in die Erhard'sche Politik eingeflossen. Da man aber nicht nur Marktwirtschaft, sondern auch Kapitalismus wollte, wurde diese Ökonomieschule in der Folgezeit weder öffentlich zur Kenntnis genommen noch in den Hochschulen gelehrt.¹

Die Bürger der DDR sind dabei, eine friedliche Revolution zu gewinnen, sie stehen auch unter Handlungsdruck, aber in einer anderen Form als in einem Bürgerkrieg. Es ist daher Zeit zum Denken und Planen.

Oder? 17.12. '89 J.A.

9. Empfehlung:

Erfahrungsmäßig ist es so, daß die Arbeiten, die nicht vor dem Einzug in ein Haus erledigt werden, lange Zeit nicht gemacht werden. Ist man in das Haus eingezogen,

¹ Anmerkung vom Januar 2005: Ludwig Erhard, erster Wirtschaftsminister, danach Kanzler der BRD stand dieser Schule viel näher als es im Text zum Ausdruck kommt. Siehe dazu: „Was heißt 'sozial' in der 'Sozialen Marktwirtschaft'“ in Fragen der Freiheit, Heft 118 und „Freiheit?“ Sonderdruck der Fragen der Freiheit. www.sffo.de Er war in seinen Entscheidungen eben auch nicht frei. „Die Partei, die Partei hat immer recht!“ wurde in der BRD auch immer heimlich gesungen.

sind Baufehler und Versäumnisse nur schwer auszubügeln. Dies gilt auch für Staaten. Die in die Planung investierte Zeit ist keine vergeudete Zeit. Verschiebt keine Neubau- und Umbauarbeiten auf morgen. Ist der revolutionäre Elan vorbei, werden aus den Revolutionären die Struktur-Konservativen.

Das föderative Prinzip

Als alternatives Prinzip der Zentralverwaltungswirtschaft, der Kommandowirtschaft haben wir in der Ökonomie die Verkehrs- oder Marktwirtschaft. Der andere Begriff, der eine Gegenposition zum Zentralismus markiert und ein Baustein einer dezentralen Ordnung des Gemeinwesens ist, indem der einzelne Herr wird und nicht Knecht bleibt, ist jener der Föderation. Föderation heißt Verband, Verbindung oder Bündnis. Das föderative Prinzip ist mehr als einen Staat einmalig föderalistisch zu gliedern. Es ist auch die ständige Aufgabe, die Ziele und Ergebnisse von Bündnissen zu überprüfen und die Bündnisse evtl. neu zu definieren. Das föderative Prinzip greift auch weit vor dem staatlichen Bereich, ermöglicht die staatliche Tätigkeit zu reduzieren und ermöglicht den Föderierten, daß „ihre Souveränität erhalten bleibt, die zu schützen, zu garantieren und zu stärken ja gerade die Aufgabe und der Zweck der Föderation ist.“⁴⁾ „Im föderativen System der Demokratie wird von der zentralen Staatsgewalt alles abgetrennt, was sich abtrennen läßt. Dies gilt insbesondere von der Rechtsprechung. 'Der Gedanke widerstrebt einem, daß die Justiz als Befugnis der Zentral- oder Bundesgewalt angesehen wird; sie kann nur als eine Delegation der Bürger an die Gemeindebehörde und höchstens an die Provinzbehörde angesehen werden. Die Justiz ist eine Befugnis des Menschen, die ihm keine Staatsräson nehmen darf.'“⁵⁾ Die Föderation ist aber auch die Idee der ausbeutungsfreien Republik.

Das, was bei uns in der Bundesrepublik als föderalistisch gepriesen wird, ist nur ein Abklatsch oder ein Zerrbild dessen, was eine föderalistische Republik sein kann. Es ist nicht nur so, daß der Staat hier Aufgaben zum Zwecke der Befriedigung von Herrschaftsgelüsten der Politikerkaste aufgebürdet bekommen hat, die zweckmäßigerweise

basisnäher privatrechtlichen Föderationen belassen würden, sondern man hat schon in der Gründungsphase unserer Republik (aufgrund der Einsprüche der SPD, die im zentralistischen Denken befangen war und sich immer noch nicht ganz davon gelöst hat) dadurch torpediert, daß die Finanzierung staatlicher Tätigkeit zentralistisch organisiert wurde, anstatt sie mit der Delegation der Aufgaben von unten widerruflich vorzunehmen. Wer seinen Blick dafür schärft, wird feststellen, daß auch das bundesrepublikanische Leben von einem zentralistischen Verhaltensmuster geprägt ist. Dies stimmt auch, wenn unserer Zentralismus im Vergleich zum dem bisherigen in der DDR wie Anarchie anmuten mag. Drei kleine Beispiele aus dem Alltag:

a) Mein Achtjähriger wollte aus eigenem Antrieb den vierjährigen Bruder vom Spielkreis mit nach Hause bringen. Ich bin froh, daß der Große eine Gemeinschaftsaufgabe übernehmen will und bekomme von den Kinderbetreuerinnen (die sich aus zentralistisch bestimmten Gründen nicht Kindergärtnerinnen nennen dürfen, obwohl sie es faktisch sind) zu hören, daß es ihnen von „oben“ (aus haftungsrechtlichen Gründen) untersagt worden ist, größeren Geschwistern die Kindergartenkinder für den Heimweg anzuvertrauen.

b) Heute wurde ich um eine Unterschrift für eine Aufforderung an die Stadtverwaltung gebeten. Aufforderung ist aber eigentlich nicht richtig ausgedrückt, denn der Brief ist tatsächlich wie in einer Monarchie, ein Bittbrief an die Obrigkeit, auch wenn er selbst von der Verwaltung angeregt worden ist. Der Inhalt des Schreibens:

a) Da die eine Kinderbetreuerin eine zusätzliche Ausbildung absolviert hätte, möchte man den Spielkreis in einen Kindergarten um widmen,

b) Bei der Zahl der Kinder auf der Warteliste und den Zuzug von Familien aus der DDR und der UdSSR möge man für den Ort einen eigenen Kindergarten bauen, weil die Gasträume in der Grundschule zu eng würden. Diese Situation gibt es in vielen Orten und Städten. Anstatt auch in diesem Bereich das elastische und flexible marktwirtschaftliche System anzuwenden wird erst einmal der Mangel verwaltet und hin- und hergeschoben. Dann wenn der Mangel zentralistisch behoben werden soll, ist die Gemeinde, die vorwiegend Schulden verwaltet und als Erfüllungsgehilfe für den Obe-

erfüllungsgehilfen Landkreis fungiert, auf finanzielle Zuweisungen angewiesen, die über den Haupterfüllungshilfen, dem Bundesland, vom großen „Bruder“ Bund kommen. Sie kann natürlich nicht gleich und für alle Kindergärten bauen.

Das föderative Prinzip böte hier die Lösung, daß die betroffenen Eltern selbst einen Kindergarten gründen würden oder durch ihre Nachfrage (ein Bedarf, der mit Kaufkraft ausgestattet ist) den Kindergärtnerinnen signalisieren würden: Ihr Kindergärtnerinnen gründet ein Dienstleistungsunternehmen, das Kinderbetreuung anbietet.

Wenn dieser Weg nicht oder nur selten beschritten wird, dann hat das folgende Gründe:

1. Den Eltern wird die Möglichkeit der Vollfinanzierung eines Kindergartenplatzes genommen, weil der Zins der großen Mehrheit der Eltern ihre finanziellen Möglichkeiten einschränkt. Rund 1/3 der aller Preise für Waren und Dienstleistungen bestehen aus Zinskosten.

2. Der Expansionsdrang des Staates und die Ideologie, daß der Staat alles besser machen kann, zwingen zu Steuersätzen, die räuberisch sind und zwingen die, die sie zahlen müssen, hinterher als Bittsteller aufzutreten, damit sie einen Teil zurückerhalten.

3. Da unter den Bedingungen von 1. und 2. Kindergartenplätze nicht frei kostendeckend finanziert werden können, muß natürlich das Instrument Subvention erhalten. Da diese Mittel aber begrenzt sind, findet ein Kampf um Anteile durch die bereits vorhandene Kindergärten statt. Die Bildung von Subventionskartellen ist die Folge. Neue Vereine haben da schlechte Karten.

Kommen nun Kindergärtnerinnen (und -Gärtner) auf die Idee, diesen Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu gehen, indem sie einfach einen Kindergarten als Gewerbebetrieb gründen, dann werden sie statt mit Subventionen bedacht mit Steuern zusätzlich belastet. Die Differenz zwischen dem runtersubventionieren Kindergartenbeitrag und einem kostendeckenden Preis für einen Kindergartenplatz dürfte erheblich sein, so daß nur hochverdienende Eltern sich einen solchen Platz für ihre Kinder leisten können. Das Schimpfwort Privilegiertenkindergarten wird bald folgen.

c) Hier in Neustadt gibt es eine Friedensinitiative, die einen „Handlungsrahmen für kommunale Friedensarbeit“ ausgearbeitet hat. Sie möchte, daß dieser Handlungsrahmen im Rat der Stadt behandelt wird. Die CDU-Mehrheit sperrt sich, weil sie sagt, daß die Verteidigung eine Angelegenheit des Bundes ist. Diese Haltung würde gar nicht aufgekommen sein, wenn der Rat Jahr für Jahr beschließen müßte, ob man den finanziellen Anforderungen der Bundesregierung für die Verteidigung zustimmen will oder nicht. Weil bei einem solchen Verfahren vor Ort viel klarer würde, was das Militär kostet, würden die Fraktionen des Rates von sich aus darauf drängen, zu untersuchen, ob die Verteidigungslasten nicht reduziert werden könnten.

((Nachtrag: Der Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, hat am 28. November im Bundestag den Begriff Konföderation in Bezug der BRD-DDR in die Debatte geworfen. Wird dadurch das, was hier über das föderative Prinzip gesagt wurde, entwertet? Nein! Erstens ist es so, daß auch ein Bundeskanzler etwas Richtiges sagen kann, zweitens muß geprüft werden, was er wirklich meint (eine verkürzte Darstellung im Radio reicht mir nicht), und drittens ist das eine willkommene Gelegenheit die westlichen Politiker „in die Mangel zu nehmen“ und sie zu zwingen, über das föderative Prinzip erst einmal nachzudenken, bevor sie eine Konföderation anstreben.))

10. Empfehlung:

Wer die neugewonnene persönliche Freiheit nicht verlieren will, sondern sie ausweiten möchte ohne sich in eine atomistische Bindungslosigkeit zu verlieren, der sollte die Möglichkeiten des föderalen Prinzips prüfen und nutzen. Für jene Menschen, für denen freiwillig oder gezwungenermaßen der Marxismus zu einem geistigen Gefängnis geworden ist, kann die Beschäftigung mit dem föderativen Prinzip, besonders wie es Proudhon versteht, ohne Aufgabe übergeordneter marxistischer Ziele, die ja letztlich auch eine Befreiung aus Verklavung jeglicher Art sind, eine persönliche, weltliche „Theologie der Befreiung“ werden.

Die Struktur des Staates

Es ist nicht meine Absicht zu versuchen, in wenigen Zeilen die Idealstrukturen eines Staates zu skizzieren. Ich will nur in Erinnerung rufen, daß die Struktur abhängig ist von dem Bild, das man sich vom Staat macht. Die Struktur wirkt aber - wenn sie realisiert ist - auf Menschen, die sie erleben oder erleiden müssen, zurück. Der Volkswille kann hier aber auch hier nur entscheiden, wenn Varianten und Alternativen aufgezeigt werden. Es kann z. B. nicht schaden, die Staatslehre von Artur Mahraun, die nur wenig Menschen vertraut sein dürfte, neben anderen Vorstellungen erst zur Diskussion und dann zur Abstimmung zu stellen.

Ich selber würde mir für die BRD, neben einer radikalen Entlastung und Entrümpelung im Sinne des föderalen Prinzips eine klarere Gewaltenteilung (Machtteilung) und eine deutlichere funktionale Teilung zwischen Staat und Wirtschaft wünschen.

Die Parlamente sind heute bei uns auf allen Ebenen nur Legitimationsmaschinen für die jeweilige Exekutive, und die jeweilige Opposition ist ein Wachhund an der Kette ohne Gebiß. Der Begriff „Gesetzes-Kombinat“ wäre für die Parlamente auch angebracht. Sie produzieren nämlich Gesetze in einer Fülle, als ginge es darum, eine Quantitätsnorm zu erfüllen. Da es keinen Markt, also keine Konkurrenz gibt, und alles vom Volk abgenommen werden muß, ist die Qualität der Gesetze letzttrangig .

11. Empfehlung:

Wenn in der DDR die Chance der Umwandlung der Staatsstrukturen besteht, dann sollte man versuchen:

1. den Einfluß der Exekutive (Regierung) auf die Judikative (Rechtsprechung) zu dämmen und den der Bürger-Basis zu stärken;
2. die Legislative (Gesetzgebung) völlig von der Exekutive zu trennen:

- a) kein Doppelmandat in Regierung und Parlament (nicht einmal in der Form „Beamter - Parlamentarier“) und
 - b) Wahl des Kanzlers oder Präsidenten (als Premierminister) und folglich der Regierung getrennt von der Wahl der Abgeordneten zum Bundesparlament (auf Länderebene entsprechend), dadurch Entlastung des Parlamentes von der Regierungsbildung und Ermöglichung wechselnder Mehrheiten, Bildung von Sachkoalitionen und Reduzierung des Fraktionszwanges als soziale Norm;
3. Festsetzung der Diäten für die Mitglieder der Regierung und des Parlamentes durch eine gesondert zu wählende Kommission;
 4. Die Einführung von Dreiviertelmehrheiten für einfache Gesetze als Mittel der Qualitätssteigerung, Abbau der faulen Kompromisse und als Riegel vor dem „Kippen“ der Gesetze bei Änderungen der einfachen Mehrheiten und auch als Mittel gegen die Gesetzesinflation.
 5. Einführung des Volksentscheides als konkurrierende Gesetzgebung (für grundlegende Dinge), um das Parlament unter Leistungsdruck zu setzen und um politische Erstarrung aufbrechen zu können. 6)

Die Parteien

Bei uns heißt es im Grundgesetz im Art. 21 (1) über die Parteien:

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“

Aus dem Recht zur Mitwirkung ist ein Recht zur Bildung des politischen Willens geworden. Die Parteien bilden praktisch ein politisches Kartell. Damit das Kartell nicht so leicht von den vielen kleinen Parteien und Einzelpersonen gesprengt werden kann, hat man die Fünf-Prozent-Klausel und eine Parteienfinanzierung erfunden, die die großen Parteien vor lästiger Konkurrenz schützt.

Wenn die Parteien kein Problem wären, würde eine gutbesuchte Tagung wie die mit dem Thema „Bürgerwille und Parteienherrschaft“ nicht zustande kommen. 7) Es ist nicht so, daß es nur in der DDR Wissenschaftler gab, die den Alleinvertretungsanspruch der SED rechtfertigten. Es gibt auch hier Politikwissenschaftler, die behaupten, daß die repräsentative Demokratie nur als Parteiendemokratie zu haben sei.

Die Parteien sind aber nicht erst heute ein Problem der Demokratie, sie waren es von Anbeginn. Von dem ehemaligen Verfassungsrichter Gerhard Leibholz soll die Aussage stammen, daß in einer parteienstaatlichen Demokratie nicht die Abgeordneten - wie es das Grundgesetz vorsieht -, sondern die Parteien in ihren Entschlüssen frei und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind. Hahn zitiert Jürgen Habermas u.a. mit folgendem Satz: „Die Parteien sind Instrumente der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Volkes, sondern derer, die den Parteiapparat beherrschen.“ 8)

Die in solcherweise beherrschten Bürger äußern sich dann auch gerade nicht löblich über unsere Parteien. Wenn es die Möglichkeit gäbe, durch Wahlenthaltung grundsätzlich etwas an der politischen Landschaft zu ändern, dann würde die Wahlbeteiligung wahrscheinlich rapide sinken. Gewählt wird in der Hauptsache, weil jeweils die als kleineres Übel angesehene Partei nicht vom „großen Übel“ verdrängt werden soll. Nun ist es nicht so, daß die Parteien von bornierten Bonzen getragen werden, sondern es sind neben den machtgeilen Menschen, die es dort auch gibt, in der Mehrzahl liebe, nette, tüchtige Menschen, die sich häufig in aufopferungsbereiter Weise für oder gegen Fakten oder Entwicklungen in der Partei oder der Gesellschaft einsetzen. Es wird mit Ausdauer und Heftigkeit um irgendwelche Beschlüsse gerungen, als sei die Parteiversammlung das Parlament. Parteien sind Idealismusverschleißmaschinen. Wer sich in einer Partei wohlfühlt, ist mir menschlich und demokratisch verdächtig.

Die antidemokratischen Tendenzen der demokratischen Parteien lassen sich auch nicht mit innerparteilichen Demokratie beheben:

1. Bei uns in der BRD dürften etwa 5% der Wähler in einer Partei organisiert sein. Von diesen 5% der Wähler, die Parteimitglied sind, kann erfahrungsgemäß davon ausge-

gangen werden, daß 10% aktiv sind. Die innerparteiliche Demokratie betrifft also nur 0,5% der Wähler. Dabei kann nicht einmal davon ausgegangen werden, daß diese 0,5% parteiorganisierten Wähler kooperativ und konstruktiv arbeiten. Ich schätze, daß 10% dieser 0,5% organisierten Wähler führend sind, 10% opponierend um die Macht buhlend, und die 80% „Wendehälse“ dienen jeweils in Vasallentreue den jeweiligen Siegern des parteiinternen Machtringens.

2. Bei dem Umfang der heutigen Staatstätigkeit und dem daraus folgenden politischen Regelungsbedarf und der Allzuständigkeit der politischen Parteien müßten alle Mitglieder hauptberufliche Politiker sein, um annähernd den Arbeitsanfall bewältigen zu können und aus Gründen der Chancengleichheit bei der Einflußnahme in etwa die gleiche Zeitdauer in die Parteiarbeit investieren können. Tatsächlich können oder wollen Parteimitglieder nur sehr unterschiedliche Zeitdauer mit der Parteiarbeit verbringen.

3. Dann bestehen unterschiedliche berufliche Ausgangssituationen der Mitglieder für die Parteiarbeit. Bei dem einen Mitglied gehört die Parteiarbeit quasi zum Beruf, er kann das Telefon, den Kopierer und das Schreibbüro für die politische Arbeit nutzen, der andere kann sich nicht einmal erlauben, in der Erwerbsarbeitszeit „sichtbar“ über Politik nachzudenken.

4. Von Chancengleichheit der Mitglieder kann keine Rede sein. Manchmal hat das Mitglied das falsche Geschlecht, das falsche Lebensalter, den falschen Wohnort, das falsche Kredo usw. .

Als DIE GRÜNEN bzw. ihre Vorläuferorganisationen die Sonstige politische Vereinigung Die Grünen und Grüne Liste Umweltschutz (in Niedersachsen) gegründet wurden, war ein Bewußtsein von diesen Problemen vorhanden. Und ich bin mir nicht sicher, ob die Grünen der Bewegung eine Partei gegründet hätten, wenn sie ohne den Parteistatus einen Zugang zu den Landesparlamenten und zum Bundestag gehabt hätten.

Aus diesem Unbehagen an den Parteien und dem eigenen Parteistatus wurde der unglückselige Begriff „Basisdemokratie“ geboren, der ein „hochkarätiges“ Manipulationsinstrument ist. Er ist entstanden aus der politischen auf die Gesellschaft bezogene Zielgröße „Dezentralität“ und aus dem nach innen gerichteten Wunsch nach innerparteilicher Demokratie. Die Vermischung der Gestaltungsebenen und auch das Unvermögen zu erkennen, daß eine dezentrale Gesellschaftsordnung mit und nicht gegen eine marktwirtschaftliche Ökonomie zu haben ist, ist eine der Ursachen der Zerrissenheit der GRÜNEN.

Anstatt partnerschaftlichen Umgang und herrschaftsfreie Strukturen zeichnet die grüne Partei der BRD Haß, menschliche Kälte, Chaos und Willkür aus; natürlich nicht ausschließlich, denn das „satanische“ daran ist, daß die negativen Eigenschaften in Kombination hoher Tugenden auftreten und die Mitgliedern eine ganze Weile glauben läßt, daß Negative würde vom Positiven getilgt oder es sei der Schatten der Sonne des Guten.

Wenn ich die bundesrepublikanischen Grünen wenig erfreulich skizziere, dann weil ich sie als Gründungsmitglied aus unmittelbarer Nähe erlebt habe. Es gibt aber keinen Grund, die anderen Parteien positiver zu zeichnen.

FDP, SPD und CDU/CSU haben von Beginn der Bundesrepublik an eine offene Diskussion der hier in diesem Papier angetönten Themen zum Schaden der einzelnen Menschen, zum Schaden des Volkes bzw. der Völker blockiert. Die SPD hat aufgrund ihrer langen Existenz und ihrem realen Verhalten sogar das „Verdienst“, schon in der Weimarer Republik eine Hitler vermeidende Ökonomie mit verhindert zu haben. Besonders verbitternd ist das Verhalten der Grünen, die sich diesbezüglich voll in das Verhalten der „Alt-Parteien“ eingereiht haben. Die erste Zelle zur Bildung der grünen Partei wurde nämlich von Leuten gebildet, die die politische Position vertreten, die ich mehr oder weniger genau und verständlich hier beschreibe. Bei den Grünen ist diese Entwicklung eindeutig auf die destruktive Tüchtigkeit der Linken und der sie stützen-

den „lieben“ Parteifreunde, die nur ihr partielles Anliegen im Kopf haben, zurückzuführen.

Es gibt nicht nur eine schuldhafte Verstrickung der deutschen SED und der Blockparteien, sondern auch die der deutschen West-Parteien.

Die repräsentative Demokratie können wir nur in die Zukunft hinüber retten, wenn wir

1. das, was durch Mehrheitsentscheidungen staatlich geregelt werden muß, erheblich reduzieren und
2. wenn es gelingt, ein besseres Selektionssystem der Abgeordneten für die Parlamente, als es die Parteiauswahl darstellt, zu installieren.

12. Empfehlung:

So lange Parteien in der politischen Willensbildung dominieren, ist auf einen chancengleichen Wettbewerb unter den Parteien zu achten und neue Konkurrenz nicht durch Sperrklauseln unmöglich zu machen oder auch nur zu erschweren.

Wenn das Parteivermögen der SED nicht aus Mitgliedsbeiträgen finanziert wurde, sondern aus der Staatskasse, dann müßte dieses Vermögen entweder vom Staat eingezogen werden oder von allen Parteien genutzt werden dürfen. Auch wenn es für die neuen Parteien der DDR verlockend ist, „Staatsknete“ für ihre Parteiarbeit zu erhalten, sollten sie sich gegen eine Parteienfinanzierung durch den Staat zur Wehr setzen.

Wenn trotzdem eine solche Finanzierung aufrechterhalten oder eingeführt wird, sollte der Wähler die Möglichkeit erhalten jährlich zu bestimmen, welche Partei, Wählergruppe oder Einzelkandidaten ihren jeweiligen Anteil an den Finanzierungsmitteln erhalten soll.

Es spricht einiges dafür, daß Doppelmandate von Parteiamt und ein Amt in der Regierung oder Parlament nicht statthaft sein sollte. Dies sollte aber nur für höherrangige Ämter in der Partei gelten. Wie lange ein Bürger ein Mandat für ein Parlament innehaben darf, geht nur das Parlament und den Wähler etwas an und nicht die Partei. Eine

leistungsfähige Organisation kommt nicht ganz ohne Hierarchie aus. Wenn man eine Partei will, sollte man sich dazu bekennen und die Leute aus Gründen der Effizienz, der Ernsthaftigkeit und Nachwuchssicherung (durch Ansehen des Amtes) lange genug in die Ämtern wählen. Die Dauer der Ämter muß wegen ihrer positiven wie negativen Auswirkungen gut bedacht werden. Als Korrektiv zur unvermeidlichen Parteihierarchie ist es zweckmäßig, eine leicht zu handhabende Urabstimmung der Mitglieder und ein antihierarchisches Informationssystem zu installieren. Unabhängig davon wie sich die Oppositionsgruppen weiterentwickeln, sollte es eine parteiunabhängige / parteiübergreifende Gruppe geben, die als eine Art Aufsichtsrat der Wähler die Parteien kritisch beobachten und kommentierend und evtl. demonstrierend begleiten.

Das Wahlgesetz

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 28. 11. 89 berichtet:

„Die Oppositionsbewegung Neues Forum in der DDR verlangt einen Volksentscheid über den Entwurf zu einem neuen Wahlgesetz.“ ... „Auch der LDPD Vorsitzende Manfred Gerlach hat kürzlich einen derartigen Volksentscheid über den Wahlgesetzentwurf vorgeschlagen.“

Ich finde es gut, daß diese Forderung erhoben wird. Ich halte die SED oder die Volkammer aber noch zu sehr im alten Denken befangen, als daß von ihr ein zufriedenstellender Entwurf vorgelegt werden kann. Wahl muß auch hier heißen auswählen. Es ist daher erforderlich, daß das Volk über Alternativen abstimmen kann. Da es aber durchaus sein kann, daß das Volk Teile sowohl des einen wie eines anderen oder dritten Entwurfes gutheißt, sollten die Entwürfe eine Gliederung haben, die die Teile vergleich- und und einzel abstimmbare macht.

Wir in der BRD reden gerne und viel von freien Wahlen. Frei sind unsere Wahlen insofern, daß uns keiner zwingen kann zur Wahl zu gehen. Aber kann der Wähler die Abgeordneten frei auswählen? Wir wählen Parteien und Listen. Welche Kandidaten die Parteien aufstellen und in welcher Rangfolge, darauf hat der Wähler keinen Ein-

fluß. Abgesehen von den Kommunalwahlen, wo es auch nicht leicht ist, hat ein Einzelkandidat keine Chance in das Parlament gewählt zu werden. Da wir bei der Bundestagswahl ein Wahlmischsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl haben, werden zwar rund die Hälfte der Abgeordneten direkt gewählt, aber auch hier spielt in der Regel die Partei und nicht der Kandidat die wesentliche Rolle. Ich selber denke, daß es wesentlich ist, daß in den Parlamenten das ganze Volk repräsentiert wird, d. h. auch politische Extrempositionen müssen im Parlament vertreten sein und sich Gehör verschaffen können. Dies hat nicht nur eine integrierende Funktion und ermöglicht ein wirkliches Wir-Gefühl aller Mitglieder einer Gemeinschaft, einer Republik, sondern hat dazu noch eine Kontrollfunktion und eine Antreiberfunktion. Kontrollfunktion insofern, wie das Anwachsen von Extremgruppen eine gesellschaftliche Fehlentwicklung frühzeitig anzeigt. Antreiberfunktion insofern, weil daß Gros der Parlamentarier sich um die politische Mitte drängt, sich dort niederläßt faul und mittelmäßig wird. Dies ist die Chance für die Extrempositionen, dem Mittelfeld Mandate abzujagen und dadurch ungewollt den Politikern der Mitte muntere Beine zu machen.

13. Empfehlung:

Schafft ein Wahlgesetz, wo der Wähler einen Einfluß auf die Auswahl der Abgeordneten hat und wo Einzelbewerber eine reelle Chance bekommen. Sorgt dafür, daß die Parlamente die Vielfalt von Talenten, Berufen und politischen Positionen der Gesellschaft widerspiegeln. Und natürlich soll nicht ein Geschlecht bevorzugt oder benachteiligt werden. Verzichtet auf Sperrklauseln. Es kommt nicht so sehr auf stabile Mehrheiten als vielmehr auf wirklich autonome, lebendige Parlamente an. Unser Wahlsystem zum Bundestag wäre dann akzeptabel, wenn nicht mit der Zweitstimme Landeslisten der Parteien gewählt, sondern aus Landeslisten, auf die jeder ohne Rangfolge eingetragen wird, der sich zur Wahl stellt, z.B. drei Kandidaten(innen) von jedem Wähler ausgewählt werden. Wenn z. B. 30 Abgeordnete zu wählen sind, haben jene 30 Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten, die Wahl gewonnen.

Die Gewerkschaften

In staatskapitalistischen Staaten, wie die sozialistischen Staaten alten Typs korrekterweise zu bezeichnen sind, können Gewerkschaften nicht mehr als Akklamationsinstrumente und Ausführungsorgane der zentralistischen Planung sein.

In privatkapitalistischen Staaten sind die Gewerkschaften (seien es Einheitsgewerkschaften oder berufs- oder branchenspezifische) die Antipoden der Menschen und Gruppen, die das Kapital vertreten. Jene Teile der Gewerkschaften, die politisch marxistisch-antikapitalistisch orientiert sind, sind aufgrund des unbrauchbaren analytischen und gewerkschaftlichen Instrumentariums die ewigen Verlierer. Im März 1970 wurde ich von einem Kollegen auf dem Hintergrund von Tarifvertragsverhandlungen aufgefordert, etwas zum Tarifvertrag zu Papier zu bringen. Ich bin damals der Frage nachgegangen: „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen?“ Da ich damals zu einem klaren Nein kam, hatte ich für den Papierkorb geschrieben. Ohne hier im einzelnen den Nachweis führen zu können, ist es so, daß nicht nur in der DDR das Thema „Gewerkschaften“ neu durchdacht werden muß.

In einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, also einer kapitalismusfreien, haben die Gewerkschaften die Aufgabe, den Arbeitnehmern zu dienen. Ihre Bedeutung erhalten sie aber nicht durch einen hohen Organisationsgrad und dadurch, daß sie eine machtvolle Einheitsorganisation oder einen Machtverbund bilden, sondern daß sie intelligente Dienstleistungsunternehmen der Arbeitnehmer (als Unternehmer, die ihre Arbeitsleistung optimal auf dem Arbeitsmarkt verkaufen wollen) sind. Zu ihren Aufgaben gehört: Die Vermittlung innerbetrieblicher, regionaler und überregionaler einzelfallbezogener Marktinformationen, die Vermittlung von Arbeitsstellen, die Vertragsberatung und Rechtsvertretung, die Beratung bei oder das Angebot eigener Sozialversicherungen, Berufsberatung und Betrieb eigener Berufsbildungstätten. Aber für keinen Bereich erhalten sie ein Monopol. Und von keiner Dienstleistungstätigkeit, die die Arbeitnehmer in Anspruch nehmen möchten, dürfen sie ausgeschlossen werden.

Was die Gewerkschaften zu vermeiden haben, ist alles, was die Arbeitnehmer unnötig an ihren Arbeitsplatz bindet (dieses Bestreben haben zu Genüge die Unternehmen), weil sie flexibel ihre Chancen im Arbeitsmarkt nutzen können müssen, auch damit die Unternehmen im eigenen Interesse gezwungen werden, marktgerechte Löhne zu zahlen.

Was in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die eine vollbeschäftigte ist, in der der Kapitalertrag um Null pendelt oder wenigstens die Tendenz hat auf Null abzusinken, nicht ohne Regreßpflicht der Verursacher gegen die Geschädigten gestattet sein kann, ist die Aussperrung und der Streik als Instrumente zur Durchsetzung ökonomischer Interessen.

14. Empfehlung

Bei der Neu-Definierung der Rolle der Gewerkschaften in der DDR sollte man vermeiden, einfach ein westliches Gewerkschaftsmuster zu kopieren. Die Gefahr der Verselbständigung des Apparates ist bei den Gewerkschaften genauso gegeben wie bei den Parteien. Unbeeindruckt von möglichem „Arbeiter-Verräter-Geschrei“ sollte man in der Analyse der Frage auf den Grund gehen: „Was sind die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer?“

(Nebenbei: Arbeitnehmer sind eigentlich die Arbeitgeber, denn sie geben ihre Arbeit, ihre Arbeitsleistung für den Lohn (Preis in Form von Geld oder Gut) den Unternehmen oder Behörden.)

Das soziale Sicherungsnetz

„Wie die politische Ordnung im föderativ-republikanischen Regierungssystem sich von unten nach oben aufbaut und ihr Schwergewicht an der Basis beläßt, so wird auch

die soziale und ökonomische Ordnung nicht von oben oktroyiert, sondern gestaltet sich als soziale Demokratie durch Selbstregierung und Selbstverwaltung der Produktions- und Verbrauchergruppen und ihre Förderierung ebenfalls von unten nach oben.“ 9)

„Der Staat ist nach Proudhon kein Unternehmen für öffentliche Dienstleistungen wie er auch kein Vorsorge- und Fürsorgeunternehmen ist. Die sozialstaatliche Daseinsvorsorge widerspricht nach Proudhon dem Prinzip der Gerechtigkeit, denn es ist 'eine Eigenschaft unserer Würde, daß sie sich fremden Beistand entziehen will und folglich wünscht, daß der Nächste sich auch dem unserigen entziehe, und was mehr ist, daß er sich dessen enthalte'. Die Fürsorge ist 'der Gerechtigkeit so fremd, daß diese vielmehr jene aufzuheben strebt, indem sie dieselbe unnütz macht'.“ 10)

Wenn diese beiden Textpassagen von unseren bundesrepublikanischen Sozialpolitikern wirklich verstanden würden, dann müßten sie ihr Mandat niederlegen und erst einmal ihre politische Lexion lernen.

Die Sozialversicherungen sind ein Teil der Ökonomie der arbeitenden Menschen. Die Leistungen die sie hier erhalten, sind über Lohnanteile (auch die Arbeitgeberanteile sind Lohnanteile) und Steuern finanziert. Dieses Gebiet der Ökonomie ist gekennzeichnet von politischer Blindheit, Fremdbestimmung, Zugriff auf Leistungen, die andere erbracht haben, und es ist obrigkeitsstaatlich organisiert (trotz Selbstverwaltungsschnörkel, die nur verschleiernd wirken.).

Die Überlassung der Sozialversicherung in die Hände des Staates ist so, als wenn man Dieben sein wertvollstes Gut in Aufbewahrung gibt. Das was in der Vergangenheit eine privatrechtliche, föderative soziale Vorsorge so unsicher gemacht hat, hat der Staat entweder nicht gelöst oder gar verursacht: Ich denke an den Kapitalismus mit seiner nichtleistungsgerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und den Konjunkturkrisen und ich denke an die Inflation, die von staatlich verantworteten Notenbanken produziert wird und an Kriege, die - ob Bürgerkriege, Kriege zwischen zwei oder mehr Staaten - nicht in den Gesellschaften und den charakterlichen Eigenschaften

ihrer Bürger sondern in den Fehlleitungen der Staaten ihre Ursache haben.

Ich selber bin durchaus für eine staatliche Grundsicherung auf kommunaler Ebene, die dann eintritt, wenn aus irgendwelchen selbst- oder fremdverschuldeten Gründen eine privatrechtliche Vorsorge nicht greift oder vorhanden ist (z.B. auch im Falle des Konkurses). Die Leistungen dürfen aber nicht so hoch sein, daß der Anreiz für eine eigene Vorsorge entfällt, und es muß im begrenzten Rahmen auch nach der Gegenleistung jener gefragt werden, die die kommunale Daseinsvorsorge in Anspruch nehmen. Andererseits darf eine solche Grundsicherung keinen Moralingeruch bekommen. Wir müssen aber doch intensiv darüber nachdenken, wie wir unser Sozialversicherungssystem vom Staat befreien oder umgekehrt, wie wir den Staat und damit Regierungen und Parlamente durch eine privatrechtlich organisierte Daseinsvorsorge entlasten können. Selbstverständlich darf man nicht jene ihrer Rechte berauben, die bis zum Inkrafttreten eine Neuordnung ihre Beiträge für ein staatliches Sicherungssystem geleistet haben.

Einen Wettbewerb verschiedener Sozialversicherungstypen zur Leistungsoptimierung kann ein staatliches System nicht ermöglichen.

In einer sich öffnenden Welt müssen Ansprüche an Versicherungssysteme grenzunabhängig geltend gemacht werden können. In einer Welt der offenen Grenzen dürfen staatliche Sozialversicherungssysteme nicht Menschen aus anderen Regionen, in denen aufgrund staatlicher Fehlleistungen sozialökonomische Probleme nicht gelöst wurden, wie das Licht die Motten anziehen (Selbstverständlich sage ich nicht, daß notleidende Menschen Motten sind. - Dieser Klammersatz ist eine in der BRD erforderliche Absicherung, um nicht - besonders von Linken - böswillig interpretiert oder zitiert zu werden. -)

Die Gestaltung des Sozialversicherungssystems ist die ureigene Angelegenheit jedes einzelnen. (Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß für jene, die aus irgendwelchen Gründen keine Marktleistungen erbringen und daher auch keine eigene Vorsorge aufbauen können, eine Gemeinschaftsvorsorge greifen muß.)

Ich würde sogar die soziale Absicherung aus den Arbeitsverträgen raushalten: Einmal um das Mitrederecht der Arbeitgeber zurückzunehmen, zweitens das Arbeitsverhältnis von Dingen zu entlasten, die da nicht hineingehören. (Wenn wir einen Steuerberater in Anspruch nehmen, dann wissen wir, daß in seiner Rechnung auch ein Betrag ist, der anteilig seine Sozialversicherungskosten deckt. Uns interessiert aber nicht, wo und wie er versichert ist und wann er die Leistungen in Anspruch nehmen kann.) Außerdem würde der Schwarzarbeit ein wesentlicher Grund entzogen.

Eine Harmonisierung der europäischen staatlichen Sozialversicherungssysteme zu erreichen, dürfte nur mit hohem Reibungsverlust, wachsender Bürokratie und wachsender Verdrießlichkeit über „Brüssel“ zu erreichen sein. Wenn die soziale Vorsorge privatrechtlich organisiert wird, fallen einfach Grenzzäune und Kosten. Ein Zuwachs an einer mehrdimensionalen Freiheit wird zu verzeichnen sein.

15. Empfehlung:

Last Euch nicht einreden, es sei naturnotwendig, daß soziale Versicherungssysteme nur staatlich zu organisieren seien. (Dies stimmt nur für einen Sozialismus im Sinne der Zentralverwaltungswirtschaft, nicht aber für einen freiheitlichen Sozialismus!)

Baut keine neue Mauern! Die alten sind noch nicht abgebaut.

Das Bildungssystem

Im Bildungswesen gilt es besonders Obacht zu geben:

a) daß nicht unter emanzipatorischer Falschbeflagung und unter Gemeinwohlparolen sich die vergewaltigenden Beglückungsphantasien von Staatssozialisten und die rückgratbrechenden Unterwerfungsstrategien staatsgläubiger Konservativer austoben;

b) die Interdependenzen, die Zusammenhänge der Teilordnungen nicht ignoriert werden. Eine dezentrale Wirtschaftsordnung und ein zentralistisches Bildungssystem passen nicht zusammen. Ein zentralistisches Bildungssystem muß zwangsläufig alle benachbarten auf Dezentralität angelegten Teilordnungen mit der Zeit vergiften. Wir sollten grundsätzlich bedenken, daß wir alle Teilordnungen, wenn wir die Macht haben, frei wählen können. Wir können uns aber nicht die Wirkungen frei aussuchen. Dies ist besonders in den „sozialistischen“ Ländern zu beobachten gewesen, gilt aber auch für die westlichen Länder.

Einer der Bildungskritiker, der schon vor Jahren darauf hingewiesen hat, daß die Schulsysteme in Ost und West sich in den Prinzipien so ähnlich sind, ist Ivan Illich. 11) Man muß sich überhaupt einmal klar machen: Die BRD, die sich zum freien Westen zählt, unterwirft Kinder in einem Alter, wo sie sich noch nicht wehren können, dem Schulzwang, dem nicht einmal durch eine Gewissensentscheidung, wie beim Militärzwang ausgewichen werden kann. Schon die Belegung des Schulzwanges mit dem Begriff Schulpflicht ist eine Lüge. Pflicht ist etwas, was aus dem inneren des Menschen wächst und nicht etwas, was von außen aufgestülpt wird. In der Sache, also von der Wirkung aus gesehen, urteilt Illich :

„Gemeinsam sind wir zu der Einsicht gelangt, daß das Recht zu lernen für die meisten Menschen durch die Pflicht des Schulbesuchs eingeengt wird.“ 12)

Hier in der Bundesrepublik haben sich Eltern mit den Behörden und Gerichten rumgeschlagen, um sich diesen demütigenden Schulzwang für ihre Kinder zu widersetzen. In einem Fall weiß ich, daß Eltern mit ihren Kindern nach Österreich geflohen sind (dort besteht nur eine Unterrichtspflicht, wenn ich das richtig in Erinnerung habe). 13)

Ich gebe nachfolgend „THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK“ wieder, die ich im Februar 1984 aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN formuliert habe:

„Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates
und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung“
Friedrich Schiller 14)

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2 GG) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bildungsbereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht. Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d.h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsbereitstellung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht, und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen.

Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß, und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt

werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben *)) zu finanzieren. Für die Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institutionen auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da die Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Ablauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden. **)

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich, die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privat-

rechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.

Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden. Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde – für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

*) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen werden subventioniert
(Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z. B. bis zur Vollendung des 18. oder 21. Lebensjahres.) ;
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der z.B. der 10 teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förderaltersgrenze (z. B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt

**) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln der Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslo-

senunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Berufsbildung

Aber auch in der Berufsbildung wäre einiges zu ändern. Ich muß hier auf meine Schrift „Die freie Berufs-Bildungs-Assoziation“ vom 1. Mai 1982 verweisen, (siehe Bücherliste)

Hochschule

Die Neugestaltung des Hochschulbereiches ist nicht unwesentlicher als jene der Allgemeinbildung. Es gilt auch hier, die Autonomie der Beteiligten herzustellen, damit auch hier eine kybernetische Steuerungstechnik Einzug halten kann. Ein wirklich freies Studium wird dadurch erreicht, daß die Studenten(innen) mit Erwerbsarbeit von 15 bis 20 Stunden in der Woche soviel verdienen können, daß sie kostendeckende Studiengebühren bezahlen und ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Sie haben dann die freie Wahl, wann, wo, was und wie lange sie studieren wollen, keiner kann ihnen reinreden oder sie gängeln. Die Hochschulen die dann neben den kostendeckenden Studiengebühren nur Einnahmen aus Forschungsaufträgen, Veröffentlichungen und für Gutachten haben, werden um die Studenten - bei Wahrung ihres Rufes - sehr bemüht sein. In der Auswahl ihrer Studenten und Mitarbeiter, bei der Bestimmung des Lehrstoffes und über die Art der Abschlüsse, die sie zweckmäßigerweise nach internationalem Standard ausrichten, sind die Hochschulen autonom. Die Praxiserfahrungen der Studenten durch Erwerbsarbeit, wird die Studiengänge realitätsbezogener machen. Wenn Studenten durch ein Intensivstudium die Studienzeit verkürzen wollen, können sie auch dieses, wenn sie bereit sind, das Studium auf Kreditbasis zu finanzieren. Gegen eine Ausfallbürgschaft der kommunalen Heimatgemeinde wäre nichts einzuwenden, ist es doch ein Grund für den jungen Menschen, sich um die öffentlichen Angelegenheiten

seiner Gemeinde zu kümmern, damit er später als bürgschaftswürdig erscheint. Da in einer Gesellschaft mit Vollbeschäftigung und sicherer Konjunktur es leicht sein dürfte, abzuschätzen, ob über eine spätere Erwerbstätigkeit der Kredit zurückgezahlt werden kann, dürfte das kreditfinanzierte Studium - das zusätzlich durch spezielle Versicherungsverträge abgesichert werden kann - risikoarm sein.

Erwachsenenbildung

Die Subventionierung der Erwachsenenbildung bewirkt nur, daß die Cleveren die Zurückhaltenden und die Dummen ausbeuten; daß sich Finanzierungskartelle bilden und daß ein chancengleicher Wettbewerb unter den Anbietern von Erwachsenenbildung verhindert wird.

Parteien-Stiftungen für politische Bildung

Die politischen Stiftungen, die das Geschäft der politischen Erwachsenenbildung betreiben, sollten aus gleichen Gründen wie die allgemeine Erwachsenenbildung und aus Gründen der Unterbindung indirekter Parteienfinanzierung ebenfalls keine staatlichen Subventionen erhalten. Nichts wird billiger dadurch, daß der Staat es finanziert. Wenn aber überhaupt subventioniert wird, dann personengebunden nicht nicht institutionengebunden.

Grundsätzlich sollte jeder Erwachsener - wenn nicht ein Versicherungsfall vorliegt - seinen Bildungsbedarf selber finanzieren. Wer nach dem Staat ruft, der erwartet von ihm, daß er jenen, die im Arbeitsprozeß stehen, in die Taschen greift. Staatliche Finanzierung macht auch abhängig. Die alte DDR-Führung argumentiert doch so: „Wir, der Staat, haben die Ausbildung der Republikflüchtlinge finanziert. Jetzt machen wir Eigentumsansprüche bzw. Schadensersatzansprüche geltend.“ Die Argumentation ist natürlich hirnrissig,

- a) weil nicht der Staat, sondern die Eltern, Geschwister, Verwandte und Nachbarn und wahrscheinlich die Betroffenen selbst letztlich die Finanzierung der Ausbildung vorgenommen haben und
- b) der Staat DDR die Verhältnisse ja hätte so gestalten können, daß keiner der Bürger wegläuft;
sie macht aber doch die tendenzielle Abhängigkeit deutlich, die eine staatliche Finanzierung der Bildung der Erwachsenen erzeugt.

16. Empfehlung

Laßt Euch nicht von den Polit-Predigern von gestern einlullen. Denkt selber über die Bedingungen eurer Bildungsfreiheit nach.

Die Medien

Wer zum ersten Mal aus der DDR in den Westen gekommen ist, dem ist bestimmt die Vielfalt der Zeitungen, Zeitschriften und Bücher aufgefallen. Im Vergleich zur alten DDR sicher ein paradiesischer Informationsmarkt. Gibt es hier Probleme? Wer hier in der BRD Informationen sucht, dem stehen eine Fülle von Informationsquellen zur Verfügung. Wer aber eine Information in das Mediensystem abgeben will und nicht innerhalb des Denkschemas der Medienmacher liegt, der hat es unendlich schwer, diese unterzubringen. Am 1. März 1969 habe ich in einem Offenen Brief an die Nordsee-Zeitung u.a. geschrieben:

„In totalitären Staaten muß der Nachrichtenstrom als Mittel der Lenkung zwangsläufig in eine Richtung laufen. In einer demokratischen Gesellschaft hat die Presse aber kein Lenkungsinstrument zu sein, sondern eine Entscheidungshilfe, u.z. in dem Sinne, daß durch die Vermittlung von Nachrichten und Urteilen eine Meinungsbildung ermöglicht wird. Dieser funktionelle Unterschied der Presse bedingt, daß der Nach-

richtenstrom durch die Empfänger (Leser) im kybernetischen Sinn rückgekoppelt wird (erst dadurch entstehen Interaktionen, ohne die eine Kommunikation unmöglich ist). ...

Nach der Auffassung des Bundesjustizministers, Herrn Heinemann, ist die Pressefreiheit nicht nur Verfassungsrecht, sondern auch Verfassungsauftrag ...

Die Pressefreiheit kann man nun als Gehilfin der Meinungsfreiheit bezeichnen. Diese Gehilfin ist aber solange untauglich, wie die Zeitungen nur Verlegerzeitungen sind und keine Leserzeitungen. Dieser Sachverhalt, der vorhin mit der nichtvorhandenen Rückkoppelung beschrieben wurde, beinhaltet, daß die Verleger und ihre Redakteure im Prozeß der Meinungsbildung ein Übergewicht haben, womit der Gleichheitsgrundsatz verletzt ist. ..."

Ich habe mich damals wie auch später dafür eingesetzt, daß die Leserbriefe als Instrument der Informationsrückkoppelung vertraglich oder gesetzlich abgesichert und von einer verlegerunabhängigen Redaktion betreut werden. Diese Regelung ist dort überall erforderlich, wo die Medienmärkte vermachtet sind, egal ob durch das Kapital oder den Staat.

In meiner Schrift "Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - ein programmatischer Beitrag für die Grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken" habe ich u. a. formuliert:

„Beim Rundfunk und Fernsehen stoßen wir wieder auf ein staatliches Monopol, das oligopolistisch angewendet wird.

Wer wirklich Dezentralität, Autonomie der Informanten, Selbstbestimmung der geistigen Produzenten und die Reduzierung des Staates will, muß auch hier neue Wege gehen, auch wenn die Technik kein unbegrenztes Wettbewerbsmodell ermöglicht. Die Nutzung der Technik kann dann doch nach dem Wettbewerbsmodell angewendet werden. Parteiische Redaktionskol-

lektive oder -gemeinschaften in privatrechtlicher Trägerschaft wetteifern mit unabhängigen Redaktionsgemeinschaften um bestimmte Sendezeiten, um den zu zahlenden Preis. Die maximale finanzielle Beteiligung in Prozenten an diesen Gemeinschaften durch Einzelpersonen und Gesellschaften kann gesetzlich begrenzt werden. Die Werbung kann - wenn sie tatsächlich eine Gefahr ist - gesetzlich ausgeschlossen werden. Diese Redaktionen müssen dann, um finanziell über die Runden zu kommen, an die Empfänger zu unterschiedlichen Preisen verkaufen. Die unterschiedlichen Einschaltungen zu erfassen, ist jedenfalls beim Fernsehen kein Problem.“

Das waren Sätze, die in den Wind gesprochen wurden. Wir haben inzwischen ja privatrechtliches Fernsehen, aber eben kein marktwirtschaftliches. Es ist auch unter „sozialistischen“ Gesichtspunkten keine gute Sache, zu einem Pauschalpreis endlos fernsehen zu können, weil dieses Verfahren wirklich dazu führen kann, daß das Fernsehen zur Sucht wird.

Einen dritten Schwachpunkt in unserem Mediensystem sehe ich in dem Verhalten des Staates. Auf den ersten Blick ist es eine tolle Sache, wenn der Staat unentgeltlich (nicht kostenlos) Informationen aller Art an die Bürger abgibt und dazu auch noch Informationszentralen für politische Bildung einrichtet. Die Haken sind die, daß es erstens keine klare Grenze zwischen Information und Propaganda gibt, und zweitens ist dadurch der Markt für nichtkommerzielle Informationen praktisch kaputtgemacht worden. Kleine Informanten, die auf Erstattung der Druckkosten angewiesen sind, werden ständig mit einer Haltung der Bürger konfrontiert, die wie folgt ausgedrückt werden kann: „Lesen soll ich das und dann willst Du auch noch Geld dafür?“

17. Empfehlung

Sichert eure frisch gewonnene Informations- und Meinungsfreiheit ab und baut sie aus.

Die Kirchen

In dem Umgestaltungsprozeß der DDR haben Kirchen und insbesondere die evangelische Kirche ja wohl eine bedeutende und positive Rolle gespielt. Ich weiß nun nicht, wie sich die Kirchen in der DDR finanzieren. Ich vermute, daß es eine staatsunabhängige Finanzierung der Kirchen gibt. Nun könnte man ja auf die Idee kommen, den Kirchen in Anerkennung ihrer Verdienste mit einer staatlich eingezogenen Kirchensteuer zu beglücken. Ich denke, es wäre ein ungeeignetes Geschenk, daß sowohl der Kirche wie auch den Staat - der in unserer Zeit seine religiöse Neutralität wahren muß – Glaubwürdigkeit kosten würde.

18. Empfehlung

Die Bürger (nicht der Staat) der DDR sollten den Kirchen eine ökumenische Akademie der Erwachsenenbildung bauen (spenden), in der der auch künftig notwendige Dialog zwischen den Kirchen und den Bürgern in neuer Form forgesetzt werden kann.

Wachstum bis zur Krise?

Drei Aufsätze

Basis Verlag

Helmut Creutz

Wachstum bis zur Selbstzerstörung?

Auswirkungen des Zinssystems

Werner Onken

Ein Vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschicht
die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld

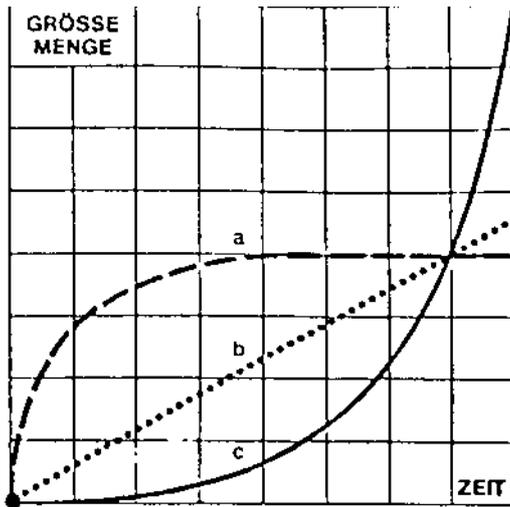
Dieter Suhr

Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft

Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertersyndroms

**Darstellung 1 :
Unterschiedliche Wachstumsabläufe**

- a) natürlicher Wachstumsablauf
(abnehmend, zur Stabilisierung tendierend)
- b) linearer Wachstumsablauf
(gleichbleibende Zuwachsraten in gleichen Zeitabständen)
- c) exponentieller Wachstumsablauf
(zunehmend, mit Verdoppelungsraten in gleichen Zeitabständen)



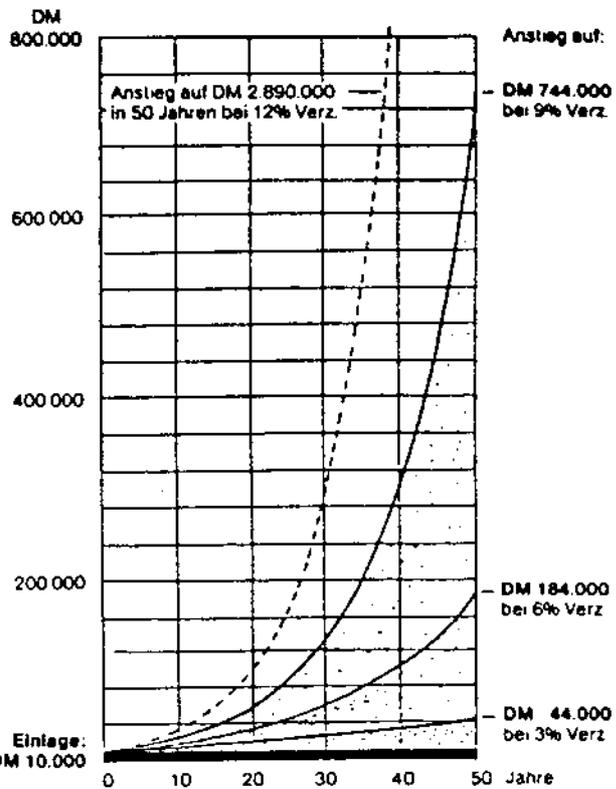
**„Wachstum“ einer Geldanlage
bzw. einer Schuldenlast
durch Zins und Zinsezins
bei verschiedenen Zinssätzen**

Zeitraum: 50 Jahre

Anlagen- bzw. Schuldenhöhe: DM 10.000



Einlage:
DM 10.000



Grafiken zum Text Seite _____ „Die Ökonomie und Ökologie“ entnommen
Heft 39 von Helmut Creutz

Die Ökonomie - allgemein

Ich werde hier wieder einige Zitate aus „Föderalismus ...“ von Hahn bringen u. z. aus folgenden Gründen:

1. konnte man zu Marxens Zeiten Aussagen machen, die auch heute noch zutreffen und gerade in den sozialistischen Ländern gut verstanden werden müßten.
2. Es gilt, auch jenen Menschen Anknüpfungspunkte an die neue Zeit aufzuzeigen, deren Berufsleben intensiv mit dem Marxismus verbunden ist, und da scheint es mir nützlich zu sein, daß diese Menschen sich mit dem Kontrahenten von Marx, nämlich Proudhon - der ja von Hahn referiert wird - befassen. Nach Hahn stammt der Begriff „wissenschaftlicher Sozialismus“ nicht von Marx, sondern von Proudhon.
3. führen diese Zitate und weitere von Silvio Gesell und Walter Eucken uns zu den Kernfragen, die zu beantworten sind. Ich wollte nun diesen Abschnitt einleiten mit einer Aussage von Proudhon, wo er sagt, daß Geist und Ökonomie nicht nur kein Widerspruch sei, sondern, daß die Ökonomie eine durch und durch geistige Tätigkeit sei. Ich denke, daß das eine notwendige Aufwertung der Werteschaffenden ist und den Ökonomen auch vor dem Verdacht schützt, sie rührten nur in der gesellschaftlichen Kloake rum. Und im Umkehrschluß heißt das dann, daß dort, wo die Ökonomie als geistlos empfunden wird, mit der Ökonomie etwas nicht stimmt. Ich finde die Stelle aber nicht wieder. Also nehmen wir zu unserem eigenen Vorteil an, Proudhon habe es so gemeint, wie ich es aus dem Gedächtnis wiedergebe.

Und nun die Zitate, die mir als Kernsätze für die Ökonomie erscheinen:

„Die Freiheit in Gerechtigkeit wird immer eine geordnete, niemals eine regellose Willkürfreiheit sein. Sie wird immer wieder durch die Entwicklung neuer Kräfte bedroht und immer wieder durch sittliche Leistung zu realisieren sein.“ 15)

Hier wird klar der Vorstellung widersprochen, daß es gelingen könnte, irgendwann einmal ein Gesellschaftssystem einzuführen, daß dann automatisch für ewig hält oder gilt.

„Wie die politische Ordnung im föderativ-republikanischen Regierungssystem sich von unten nach oben aufbaut und ihr Schwergewicht an der Basis beläßt, so wird auch die soziale und ökonomische Ordnung nicht von oben oktroyiert, sondern gestaltet sich als soziale Demokratie durch Selbstregierung und Selbstverwaltung der Produktions-

und Verbrauchergruppen und ihre Föderierung ebenfalls von unten nach oben.“ 16)
Hier geht es um das Prinzip des Wachsens der Strukturen von unten nach oben. Proudhon wußte, daß in der Ökonomie das Geld der große Störfaktor war, hatte aber letztlich noch nicht das Mittel, wie dieser Faktor aufzulösen sei. Er mußte daher auch überlegen, wie sich Verbraucher bei kapitalistisch überlagerten Märkten gegen Ausbeutung schützen können. Ich denke, daß sich bei Nichtlösung des Kapitalismusproblems eine Gesellschaft auch föderativ totinstitutionalisieren kann.

„Alle nur politischen Gleichgewichte verfehlen ihre Wirkung, wenn das ökonomische pervertiert ist und die soziale Gleichheit fehlt. 'Das wahre Problem, das es zu lösen gilt', betont Proudhon immer wieder, 'ist in Wirklichkeit nicht das politische, sondern das wirtschaftliche Problem'.“ 17)

Wer will es abstreiten?

„Sozial-ökonomische Ungleichheit erzeugt Klassen und deren permanenten Kampf, und die ständig gegebene 'Möglichkeit des sozialen Krieges' erfordert die starke zentralistische Staatsgewalt. Solange der Staat, sei er monarchisch, aristokratisch oder demokratisch, nicht das gehorsame Organ der Gesellschaft von Freien und Gleichen geworden ist, bleibt er für das Volk eine repressive und oppressive Herrschaftsinstitution, gegen die das Volk ständig in latenter oder offener Revolte steht. ...

Die beständige Föderation ist nur möglich auf der Basis des ökonomischen Rechts und der sozialen Konstitution der Gesellschaft, so 'daß zur föderativen Regierung nach der Reform der politischen Ordnung eine Reihe von Reformen in der Wirtschaftsordnung als notwendige Ergänzung gehören'. Diese Reformen, die dem Volke die Freiheit bringen, bestehen in der sozial-ökonomischen Konstituierung und föderativen Strukturierung der Gesellschaft, in der Durchdringung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit der Gerechtigkeit, was den Aufbau vom sozialen Recht bestimmter Institutionen und Organisationen bedeutet. Der soziale und politische Föderalismus ist der Weg, durch den im ökonomischen und politischen System die Idee des Rechts über jede Art von Gewalt, Willkür und autokratischer Herrschaft das Übergewicht erhält.“ 18)

Es wird dann noch betont, daß dies ein Weg der Aufhebung der Vermassung, der Restrukturierung, der Rettung des Volkes durch Teilung ist.

Silvio Gesell (1862 - 1930) hat das Werk von Proudhon fortgeführt und ergänzt. Er erhielt aber von Proudhon erst Kenntnis, als er seine eigenen Erkenntnisse im wesentlichen schon zu Papier gebracht hatte. Ich erwähne das nicht, um Gesell als eigenständigen Denker herauszustreichen, sondern um zu betonen, daß Proudhon und Gesell

nicht ökonomische Erklärungen erfunden, sondern gefunden haben. Es ist in der Tat so, daß man nicht das Werk Gesells 19) studiert haben muß, um zu seinen Erkenntnissen zu kommen - schon gar nicht in der Form des Glaubens - , sondern, man muß nur auf die Spur (nicht Bahnspur, sondern eher des Wildes im Dickicht) aufmerksam gemacht werden, um mit Logik und an Realitäten geschultem Verstand zum Ziel zu kommen. (Dies ist natürlich keine Empfehlung, Gesell nicht zu lesen.) Gesells Hauptwerk ist unter dem Titel „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ herausgekommen. Gesell schreibt im Vorwort zur 3. Auflage:

„Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß.“ 20)

Gesell würde heute - das kann man aus seinem Werk schließen - nicht nur vom Raubbau am Menschen, sondern auch vom Raubbau an der Natur sprechen. Und die nächsten Sätze könnte Gesell - von seinem Grab in Oranienburg aus - heute zu den Teilnehmern der Kundgebungen in Berlin, Leipzig, Dresden und den vielen anderen Orten gesagt haben:

„Damit der Mensch gedeihe, muß es ihm möglich gemacht sein, sich in allen Lagen so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll sein, nicht scheinen. Er muß erhobenen Hauptes durchs Leben gehen können und stets die lautere Wahrheit sagen dürfen, ohne daß ihm daraus Ungemach und Schaden erwachse. Die Wahrhaftigkeit soll kein Vorrecht der Helden bleiben. Die Wirtschaftsordnung muß derart gestaltet sein, daß der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allen am besten gedeihen kann. Die Abhängigkeiten, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen.“ 21)

Um einen solchen Zustand zu erreichen, muß ein Volk – in diesem Fall das Volk der DDR 22) - auch bezüglich der Ökonomie wissen, ob es Wahlmöglichkeiten gibt. Bei der Überlegung, wie ich zu Walter Eucken (geb. 1891 in Jena gest. 1950 in London, lehrte seit 1927 in Freiburg i. Br.) überleite, fiel mir wieder ein Artikel aus „moskau news“, Sonderausgabe 1/1989 ein, 23) weil dort die Beschreibung der Herausarbeitung ökonomischer Idealtypen von den Autoren Steininger und Wädekin von der Zeitschrift *Osteuropa* Max Weber und nicht - wie es richtig ist - Walter Eucken zugeschrieben wird. Der Artikel ist überschrieben: „Sowjetunion Ende der 80er Jahre: Noch Sozialismus? Schon Kapitalismus? oder Dritter Weg?“

Dem Artikel ist ein Fragenkatalog vorangestellt. Die 2. Frage lautet:

„Ist eine Gesellschaft möglich, die die Vorteile der westlichen Demokratie und des Kommunismus in sich vereinigt und doch frei von den Nachteilen beider ist? Unter welchen Bedingungen ist das möglich?“

Bevor ich selber eine Antwort versuche und noch auf Otto Lazis von der Zeitschrift „Kommunist“, Moskau, der den zweiten Teil des oben angeführten Artikel bestreitet, eingehe, zitiere ich Walter Eucken aus „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“:

„Um die reinen Formen einzeln und in ihrer Gesamtheit festzustellen, ist es nötig, an die Stellen vorzustößen, von denen alles wirtschaftliche Geschehen seinen Ausgang nimmt: zu den Wirtschaftsplänen. Es zeigt sich, daß ihr Zustandekommen von den Formen, in denen gewirtschaftet wird, abhängt; und so lassen sich durch Untersuchung der Wirtschaftspläne die Formen exakt bestimmen.

Kurz gesagt:

Zwei Grundformen - nicht mehr - sind in aller Geschichte feststellbar. Der wirtschaftliche Alltag eines Gemeinwesens kann durch Pläne eines Planträgers gelenkt werden. Dann ist die reine Grundform der 'zentralgeleiteten Wirtschaft' gegeben. Falls das Gemeinwesen klein ist, also von einem Menschen überblickt werden kann, wie es in einer geschlossenen Kleinfamilie geschieht, sprechen wir von 'Eigenwirtschaft'. - Oder es handelt sich um die zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses eines ganzen Volkes. Hier ist ein Verwaltungsapparat nötig: 'Zentralverwaltungswirtschaft'. Die andere reine Form ist die 'Verkehrswirtschaft', in der viele Einzelwirtschaften - Betriebe und Haushalte – selbständig Pläne machen, in wirtschaftlichen Verkehr miteinander treten und ein Automatismus der Märkte besteht, der sie koordiniert. Es mag eine Naturaltauschwirtschaft sein oder es wird ein allgemeines Tauschmittel 'Geld' gebraucht: Geldwirtschaft. Die zentralgeleitete Wirtschaft ist ein System der Subordination unter einem Planträger. In der Verkehrswirtschaft vollzieht sich eine Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne, die durch Preise oder Tauschwerte geschieht. Die Betriebe und

Haushalte treten als Anbieter und Nachfrager miteinander in Verkehr und zwar in verschiedenen Formen - den 'Marktformen'. Je nach der Marktform bauen die Einzelwirtschaften ihre Pläne andersartig auf und koordinieren ihre Pläne verschieden. Die exakte Untersuchung einzelwirtschaftlicher Pläne der Anbieter und Nachfrager ergibt, daß die auf der Tabelle angegebenen Marktformen zu unterscheiden sind.“ 24)

Formen der Nachfrage	Formen des Angebots				
	Konkurrenz	Teiloligopol	Oligopol	Teilmonopol	Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)
		Marktform			
Konkurrenz	Vollständige Konkurrenz	Angebots-Teiloligopol	Angebots-Oligopol	Angebots-Teilmonopol	Angebots-Monopol
Teiloligopol	Nachfrage-Teiloligopol	Beiderseitiges Teiloligopol	Teiloligopol. Beschränkt. Angebots-Oligopol	Teiloligopol. Beschränkt. Angebots-Teilmonopol	Teiloligopol. Beschränkt. Angebots-Monopol
Oligopol	Nachfrage-Oligopol	Teiloligopol. Beschränkt. Nachfrage-Oligopol	Beiderseitiges Oligopol	Oligopolist. Beschränkt. Angebots-Teilmonopol	Oligopolist. Beschränkt. Angebots-Monopol
Teilmonopol	Nachfrage-Teilmonopol	Teiloligopol. Beschränkt. Nachfrage-Teilmonopol	Oligopolist. Beschränkt. Nachfrage-Teilmonopol	Beiderseitiges Teilmonopol	Teilmonopol Beschränkt. Angebots-Monopol
Monopol (Einzel- oder Kollektiv-Monopol)	Nachfrage-Monopol	Teiloligopol. Beschränkt. Nachfrage-Monopol	Oligopolist. Beschränkt. Nachfrage-Monopol	Teilmonopol Beschränkt. Nachfrage-Monopol	Beiderseitiges Monopol

„Wenn es sich um Betriebe und Haushalte handelt, die verkehrswirtschaftlich miteinander verbunden sind, so ist nicht nur die Marktform, sondern zugleich auch das 'Geldsystem' für ihre Koordination entscheidend. ...“ 25)

Eucken sagt dann weiter, daß die Wirtschaftsordnung eines Landes sich an Hand der konkret realisierten Marktformen auf dem Hintergrund der zwei Grundformen der Wirtschaft exakt beschreiben läßt und mit Wirtschaftsordnungen anderer Länder vergleichbar macht.

Später geht Eucken dann auf das Verhältnis von Eigentum und Ausbeutung ein. Er schreibt:

„Wenn Marx gegen das 'kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln' ganz allgemein den Vorwurf der Ausbeutung erhob, so übersah er dabei, daß Privateigentum je

nach Marktform ganz Verschiedenes bedeutet. Die wesentliche Frage ist, ob sich Marktformen und Geldsysteme realisieren lassen, in denen 'Ausbeutung' unmöglich ist, die mithin nicht zur Vermachtung führen, und in denen der Gesamtprozeß ins Gleichgewicht gebracht wird. Anders ausgedrückt: Wie kann Privateigentum zu einem ökonomisch und sozial brauchbaren Instrument des Ordnungsaufbaus werden?" 26)

Es mag unbescheiden klingen, aber es ist so. Die von Eucken gestellten Fragen sind durch die Freiwirtschaftsschule seit Anfang dieses Jahrhunderts beantwortet. Ich gehe darauf später noch ein. Ich will jetzt erst die Frage stellen nach der Selbstverwirklichung und Demokratie (Demokratie im Sinne von Teilhabe an der politischen Willensbildung d.h. letztlich an der Gesetzgebung und im Sinne von Teilhabe an der Gestaltung des eigenen Lebens und des gesellschaftlichen Umfeldes) an Hand der Grundformen der Wirtschaft und der ihr am nächsten liegenden Marktformen.

In der Verkehrs- oder Marktwirtschaft können Leute, die - aus welchen Gründen auch immer - ein Unternehmen gründen wollen, das in sich kommunistisch strukturiert ist, dieses tun, ohne dadurch die Marktform der vollständigen Konkurrenz zu sprengen. Diese Marktform verkräftet sogar, daß alle Unternehmen innerhalb einer Volkswirtschaft in sich kommunistisch aufgebaut sind a) solange diese Form nicht gegen die Form der Konkurrenz anderer Unternehmensformen abgeschottet wird und b) auf dem Markt keine Kartelle gebildet werden. In der Zentralverwaltungswirtschaft mit beiderseitigem Monopol wirkt jedes autonome Unternehmen wie ein Fremdkörper, um dem sich Eiter bildet, damit es abgestoßen werden kann. Aber das autonome Unternehmen, daß anklagend ruft, wir sind doch kommunistisch oder sozialistisch wie ihr, hat wegen seines Autonomieanspruches keine Überlebenschance, kann seine Autonomie nicht realisieren, es muß untergehen, bevor es werden konnte.

Auch bezüglich der politischen Demokratie ist es so, daß die Verkehrswirtschaft mit der Marktform „vollständige Konkurrenz“ Übereinstimmung signalisiert. Erstens ist es eben so, daß die meisten Dinge dezentral entschieden werden können, und auf beiden Gesellschaftsebenen wird davon ausgegangen, daß alle Beteiligten in etwa gleich viel oder wenig Macht zur Einwirkung auf andere oder das Ganze haben sollten.

Einer Zentralverwaltungswirtschaft kann man nun theoretisch auch einen demokra-

tischen Unterbau verschaffen. Dieser demokratische Unterbau macht die Zentralverwaltungswirtschaft aber noch schwerfälliger, wie sie unter diktatorischen Bedingungen ist und hinterläßt immer wieder aufs Neue die Entscheidungshierarchien rauf und runter breite Schneisen mit plattgewalzten unterlegenen Abstimmungs-Minderheiten.

Nun Otto Lazis von der Zeitschrift „Kommunist“:

„Fragen

1. Wo sehen Sie typische Züge der gesellschaftspolitischen Struktur, die sich gegen Ende der 80er Jahre in der UdSSR herausbildete? Entsprechen diese Strukturen den Idealen des Sozialismus?“

Antwort:

„Mir scheint diese Struktur nicht den Idealen des Marxismus zu entsprechen. Richtiger wäre, sie als deformierten Sozialismus zu bezeichnen. Aber die Aufgaben der Perestroika beschränken sich nicht darauf, die offenkundigen Deformationen zu beseitigen, sie umfassen auch die Suche nach einem besseren Modell der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb kann man sagen, die Deformation habe nicht nur die reale Gesellschaft berührt, sondern auch die Vorstellungen, die wir von ihr haben. Sie verharrten in vereinfachter, primitiver Form auf dem Stand der Industriegesellschaft. Inzwischen ist völlig klar, daß zur weiteren Entwicklung und zur eigentlichen Existenz der Menschheit ein neues Modell der industriellen Entwicklung, darunter auch des Sozialismus, vonnöten ist.

Wollen wir aber davon sprechen, welcher Art die Deformationen der grundsätzlichen, herkömmlichen Vorstellungen vom Sozialismus sind, dann sind das vor allem die übermäßige Verstaatlichung von all und jedem, vor allem der Produktion, die Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft, die unkritische Einstellung zum Staat selbst wie zu seiner politischen Struktur. Da der Staat nun mal kein kapitalistischer und das Eigentum nun mal staatlich ist, so reiche das schon. Diese primitive Vorstellung liegt allen Deformationen in der Nachstalinzeit zugrunde. Von den Deformationen der Stalinzeit selbst brauchen wir nicht erst zu reden, die sind allgemein bekannt.“ ...

Aus der Antwort zur zweiten Frage, die ich weiter oben schon im Zusammenhang mit dem Titel des Artikels zitiert habe, will ich nun den Abschnitt zitieren, der deutlich macht, daß die kommunistischen Führer mit Ihrer Entscheidung für die Zentralverwaltungswirtschaft von Anbeginn an, gegen ihre eigenen Ziele gewirkt haben. Sie können selbst mit Hilfe von Euckens Tabelle feststellen, welche Marktform eine „Assoziation“ benötigt.

Otto Lazis:

„Ich denke, daß eine Gesellschaft, die die Werte der kapitalistischen und der sozialistischen Formation in sich vereint, möglich ist. Dies aber dürfte, wie mir scheint, das Resultat einer Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft unter Berücksichtigung der bitteren Erfahrungen sein, die in den letzten 70 Jahren gesammelt wurden. Eine solche Gesellschaft ist möglich unter der Voraussetzung, daß vor allem die Grundgedanken von Marx und Engels, die Kerngedanken der Konzeption des Sozialismus, durchgesetzt werden. Dies ist der Gedanke einer Assoziation, in der die freie Entwicklung des einzelnen die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist.“

Ich beschließe diesen allgemeinen Teil der Ökonomie mit einem Zitat, das auch von Lazis ist:

„Ich bin Wirtschaftsfachmann und glaube daher, daß das neue Antlitz des Sozialismus die reale Macht des Marktes, das heißt des Verbrauchers über die Produktion, beinhalten muß.“

19. Empfehlung:

Lernt die Marktwirtschaft, wie sie hier beschrieben wird, von der Marktwirtschaft bonner Lesart zu unterscheiden, dann erhaltet ihr ein politisch, gesellschaftlich und persönlich befreiendes Instrument.

Die Ökonomie und Ökologie

Ökonomie und Ökologie werden heute als zwei Bereiche empfunden, die sich gegenseitig stören. Oder die Ökonomie wird sogar als Unterdrückungsmechanismus ökologischer Belange verstanden. Die beiden Begriffe haben aber mit einem weiteren Begriff, - nämlich Ökumene - gemeinsame Wurzeln der Herkunft. Ökonom der Haushalter, Verwalter, Wirtschaftler; Ökologie: Lehre von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt; Ökumene, die bewohnte Erde als ständiger menschlicher Lebens- und Siedlungsraum (lt. Duden).

Wenn die Ökonomie und Ökologie nicht als ergänzende Begriffe, die sie sind, erlebt werden, sondern als Gegensätze, dann muß das erklärbar sein. Das muß man doch gar nicht erklären - höre ich es aus Ost und West - man muß nur hinsehen. Ich versuche es trotzdem in wenigen Sätzen:

In einer Zentralverwaltungswirtschaft, wie wir sie bisher in den realexistierenden sozialistischen Staaten hatten, fehlt einerseits die konsequente Gewaltenteilung zwischen der normsetzenden Legislative, die konkretes Verhalten an den Normen messende Judikative und die innerhalb der Normen handelnden Exekutive und andererseits die funktionale Trennung von Regieren und Produzieren des Staates. Dieses bedingt, daß, wenn irgendwo ein Schaden auftritt, alle verantwortlich sind; das heißt aber konkret, niemand ist verantwortlich. Da obendrein ein zentralistisches Wirtschaftssystem immer Schwierigkeiten mit der Erbringung von Leistung haben wird, wird alles beiseite geschoben, was der Normerfüllung im Wege steht z.B. Qualität und Belange der Umwelt. Der Umweltminister - so es einen gibt - und der Justizminister werden ihre Einwände nur gerade so laut von sich geben, daß sie sich gegen evtl. später erfolgende Vorwürfe abgesichert fühlen. Sie werden ihre Einwände aber nicht so deutlich formulieren, daß ihnen der Minister für Industrie bei der nächsten „Abrechnung“ über die Unterproduktion die Schuld zuweisen kann.

In der privatkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft geht von dem Zinssystem die Unterdrückung ökologischer Belange aus: Alle Unternehmen müssen bei Strafe in Form des Konkurses vor Löhnung der Arbeitnehmer, Unternehmer, Lieferanten und sogar vor dem die Steuer einnehmenden Staat das Geldkapital verzinsen; das erzeugt einen Wachstumsdruck. Die Unternehmen können sich mit ihrer Leistung nicht auf Wirtschaftlichkeitsgrenze einpendeln, sondern sie müssen immer oberhalb der Rentabilitätsgrenze bleiben. Das Kapital muß sich verzinsen. Aufgrund des Zinseszins-effektes konzentriert sich das Einkommen in immer weniger Kassen. Wir haben dann die Erscheinung, daß wir viele Wirtschaftseinheiten haben mit hohem Bedarf, aber ohne liquide Kassen und wenige Wirtschaftseinheiten ohne Bedarf, aber mit hoher Liquidität.

Wenn Kassen aber Liquiditätsfallen (Keynes) oder Geldhorte (Gesell) werden, fällt

Geld als Nachfrage auf den Märkten mit der Folge der Unterbeschäftigung aus. Diese Liquidität stellt sich als Geldkapital für (private, unternehmerische oder staatliche) Investitionen nur bei einer genügend hohen Verzinsung zur Verfügung. Ist diese Situation gegeben, so schaukelt sich der Vorgang eine Stufe höher. Das Spiel wiederholt sich, bis es irgendwann kracht und wieder von vorne beginnen kann. Dieses Krachen birgt die Gefahr von Bürger- und Völkerkriegen in sich. Daher sind heute die westlichen Staaten bemüht, den aus kapitalanlegerischer Sicht mangelhaften Kapitalmarkt aufzubessern. Dies geschieht durch direkte oder indirekte Subventionen oder Staats-„Investitionen“, die eben ökologisch bedenklich oder gar katastrophal sind. Es sind Projekte wie der Main-Donau-Kanal oder es wird Investitionspotential in die Rüstung, in den Weltraum oder die Atomenergie gelenkt. Kein Unternehmen in BRD würde von sich aus Rüstung produzieren, wenn nicht der Bund oder andere Staaten ihnen eine gleich hohe oder (real) höhere Verzinsung ihres Kapitals böten wie die Herstellung anderer Produkte. Neben der Tendenz des (Geld-)Kapitals, Umweltaspekte zu vernachlässigen, habe ich damit auch schon eine Ursache für das Rüstungsgebaren der westlichen Länder angedeutet.

Ich will aber noch auf eine andere umwelt- und menschenbelastende Wirkung des Verzinsungsanspruches des Geldkapitals hinweisen. Der Verzinsungsanspruch ist ein Zeitfaktor (x % Zins per anno, per Monat, per Tag). Wenn nun für dieses Geld Maschinen und Gebäude gekauft werden, dann überträgt sich dieser Zinsanspruch auf die Produktionsmittel. Wir haben dann die Situation, die der Saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) ganz richtig erfaßt hat: Um die Stückkosten zu senken, müssen die Fabriken auch am Wochenende in Gang bleiben. Es kommt nicht darauf an, daß die Maschinen lange halten, sondern daß sie sich gut verzinsen.

Werfen wir noch einen Blick auf den Verkehr: Einmal ist es so, daß die Wirtschaftspolitik mit Rücksicht auf die Beschäftigungslage heute das Verursacherprinzip nicht oder nicht voll durchsetzen kann. Die Folgekosten durch Umweltschäden werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Zum anderen ist die Kraftfahrzeugproduktion, -Wartung und -Reparatur ein Stimulanzmittel für die Konjunktur und muß daher trotz Umweltbelas-

tung geschont werden. Der öffentliche Verkehr muß für die Finanzierung der Investitionen einen erheblichen Posten an Zinsen aufbringen, so daß ein kostendeckender Preis so hoch sein muß, daß er nicht attraktiv ist und daher subventioniert wird, was auch nur begrenzt möglich ist und zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte beiträgt. Auch das Taxi könnte einen Beitrag leisten gegen die Verstopfung der Straßen, wenn im Fahrpreis nur Abschreibung und Lohnkosten enthalten sein müßten und nicht obendrein die Kapitalverzinsung .

Wie ist es nun mit den ökologischen Belangen in einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft: Wie wir erfahren haben ist die Marktwirtschaft eine gesetzte Ordnung, ein gestaltetes Instrument der Freiheit und Brüderlichkeit. Das heißt, das Marktgeschehen spielt sich innerhalb eines Kranzes von Daten (Normen) ab, die der Staat setzt. Da der Staat keine Konjunkturprobleme mehr hat - das Geld ist nur noch Geld und kein zinspressendes Kapital mehr -, kann er Belange des Umweltschutzes - wie z.B. ein konsequentes Verursacherprinzip - durchsetzen. Die einzelnen Umweltschutznormen müssen aber marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechen, wenn sie nicht umgangen werden sollen. Auch in der Form der Marktwirtschaft, für die ich hier argumentiere, kann es umweltfeindliches Verhalten geben. Dieses ist dann aber nicht systembedingt, sondern hat seine Ursache in kriminellem Verhalten von Einzelpersonen und Gruppen.

Sicher ist es so, daß die Volkswirtschaften unterschiedlichen Wachstumsbedarf haben. Ein liniäres oder exponentielles Wachstum wie beim Zinseszins, in nachfolgenden Grafiken dargestellt und heute unter den gegebenen Umständen zur Erhaltung oder Erreichung von Wohlstand erforderlich, ist nicht auf alle Zeit für alle Volkswirtschaften ohne Katastrophen durchzuhalten. Eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ermöglicht natürliche Wachstumskurven. (Grafiken siehe Seite 54)

20. Empfehlung

Aus ökologischen Gründen wäre eine Entscheidung für eine Ökonomie im Sinne der kapitalismusfreien Marktwirtschaft erforderlich.

Ökonomie und Boden

Das Bodenrecht in einem freiheitlichen Sozialismus oder in einer konsequenten Marktwirtschaft, was das gleiche ist, muß folgendes Leisten:

1. Chancengleicher Zugang zur Nutzung des Bodens,
2. ökonomische Neutralisierung der unvermeidbaren Bodenrente (als eine Kapitalismusursache) und Rückverteilung an die Gesellschaft pro Kopf oder für eine bestimmte Gruppe von Menschen (Gesell hat z.B. vorgeschlagen, den Müttern die Bodenrente zukommen zu lassen, weil sie mit den Geburten für die Knappheit des Bodens sorgen und somit die Bodenrente verursachen würden. Diese Beträge, die nicht durch den allgemeinen Staatshaushalt fließen sollen, würden dann für als erforderliche ökonomische Unabhängigkeit der Frauen (in der Rolle als Mütter) von den Männern sorgen. Selbstverständlich ist damit keine Fixierung der Erzieherrolle gemeint. Wenn ein Mann die Kinder großzieht, sollen ihm diese Zuwendungen zu stehen.)
3. ökonomische Neutralisierung der Städte- und Landschaftsplanung. Gemeint ist damit, daß ein Wertzuwachs oder eine Wertminderung der einzelnen Parzellen durch planerische Akte der Gemeinden abgeschöpft oder ausgeglichen werden muß.

Anders formuliert: Das Bodenrecht muß folgende Fragen beantworten: Wer darf zu welchem Preis, für welche Zeit und für welchen Zweck Boden nutzen.

Nutzen ist das Stichwort für das Bodenrecht. Der Nutzen in Form der Monopolrente muß der Allgemeinheit (oder von ihr definierten Gruppen) zukommen. Um dieses zu bewirken, gibt es zwei Wege: 1. Bei Boden der in Privatbesitz ist und auch veräußert werden kann, wird die Bodenrente steuerlich abgeschöpft. 2. Für den Boden der im staatlichen Besitz ist oder durch Kauf überführt wird, werden die Nutzungsrechte am Boden, die planungsrechtlich definiert sind, meistbietend (auf dem Markt für Bodennutzungsrechte) vergeben. Das mag sich kompliziert anhören, ist aber ganz einfach. Wir haben dafür das Rechtsinstitut des Erbbaurechtes. Gerade dies ist ein Instrument, das die DDR nutzen kann, um ausländischen Unternehmen in der DDR eine Nierlas-

sungsmöglichkeit zu geben, ohne daß die DDR im wortwörtlichen Sinne aufgekauft wird. Wichtig ist nur, daß der Erbauzins im Grundbuch generell nur als eine erst-rangige Belastung eingetragen wird, weil er sonst im Konkursfall an die Gläubiger, die das Wohnhaus oder die Fabrik finanziert haben, fallen kann. Außerdem muß generell eine Gleitklausel für den Erbauzins vereinbart werden, damit er automatisch an den marktmäßigen Wert des Nutzungsrechtes angepaßt wird.

Der Ertrag aus der Verbesserung des Bodens, den der Nutzer durch seine Arbeit oder sein Geld vorgenommen hat (das er ja vor oder nachher auch erarbeiten muß), gehören selbstverständlich ihm. Der Bodennutzer (z.B. in der Form als Erbbauberechtigter) ist aber nicht nur Eigentümer der Früchte bei einer landwirtschaftlichen Bebauung, sondern er ist auch Eigentümer der Gebäude, die er errichtet. Gebäude - wie Sachkapital allgemein - haben nur eine abgeleitete Zinsfähigkeit. Das heißt: Ein Haus mit Mietwohnungen wird – bei nichtvorhandener Subvention oder Inflation - nur dann gebaut, wenn es über die Miete mindestens genausoviel Zinsen einbringt als wie das Geld, das z. B. in Schuldverschreibungen des Staates investiert wird. Wenn es gelingt, den Geldzins auf Null „runterzufahren“ dann können deshalb Wohnungsmieten 50 bis 75% fallen, weil der Zinsanteil in den Mieten so hoch ist. Daß Gebäude und andere Produktionsmittel (die als Real- oder Sachkapital bezeichnet werden) gar keine Kapitaleigenschaft haben, ist keine ideologische Behauptung, sondern kann beobachtet werden, denn abgesehen von der Situation des totalen Mangels ist es so, daß jedes neue Gebäude, jede neue Maschine den Ertrag der schon bestehenden Gebäude und Maschinen runterdrückt.

Das echte Kapital Grund und Boden kann also marktwirtschaftlich genutzt werden, ohne daß es zur Ausbeutung kommen muß. Diese Zusammenhänge waren um die Jahrhundertwende im allgemeinen Bewußtsein. Es gab große Bodenrechtsbewegungen, die auch von Konrad Adenauer unterstützt wurden. Herausragende Namen als theoretische Vorbereiter waren: Henry George (Amerikaner, 1839 bis 1897) und Herman Heinrich Gossen (1810 bis 1858). Adolf Damaschke war dann der führende Kopf der Bodenrechtsbewegung.²⁷⁾ Silvio Gesell übernahm den Bodenrechtsreformgedanken als not-

wendige Ergänzung zu seiner Geldreform. Die dann im Laufe der Zeit im marxistischen Einflußbereich vorgenommenen Bodenrechtsänderungen (der Begriff Reform ist wohl nicht passend) waren ökonomisch stümperhaft und rechtlich mehr als bedenklich. Die Situation ist heute in den osteuropäischen Staaten wohl sehr unterschiedlich. Die Ausgangslage ist - wenn man dort versteht, worauf es ankommt - heute aber günstiger als bei uns, weil das Thema hier total verdrängt wurde. Man hat darum auch kein Gespür dafür, daß die Bodenpreise durch den Zustrom von übersiedlern und Asylananten steigen müssen und zwar mit der Wirkung, daß alle Bodeneigentümer reicher und alle, die keinen Boden zum Eigentum haben, ärmer werden. Den nachfolgenden Text fand ich in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 15. 11. 1989. Wenn der Sachverhalt richtig wiedergegeben wurde, dann haben Ökonomen und Politiker in der UdSSR ihre Lektion in Sachen Bodenrecht immer noch nicht gelernt. Es kommt nämlich nicht darauf an, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen dem Staat gleichgestellt werden, sondern daß allen Menschen das gleiche konstruktive Recht zusteht. Und der Monopolertrag aus den Bodenschätzen, wäre etwas, wo man einen überregionalen Finanzausgleich mit herstellen könnte. 28)

Neues Bodenrecht in UdSSR zur Diskussion gestellt

Moskau (ap)

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat am Dienstag ein neues Immobiliengesetz zur öffentlichen Diskussion gestellt, das bei einer Verabschiedung die Vormachtstellung des Staates auf diesem Gebiet drastisch beschneiden würde. So sollen Firmen, Kollektive und Genossenschaften dem Staat bei den Besitzrechten gleichgestellt werden, der derzeit 80 bis 90 Prozent des Grund und Bodens besitzt. Die Gesetzesvorlage wurde als Teilerfolg vor allem für die baltischen Republiken gewertet, die mehr Eigenbestimmung über ihre Bodenschätze verlangt hatten. Der Vorsitzende des Legislativ Ausschusses des Obersten Sowjets, Alexejew, hatte dem Parlament am Dienstag dargelegt, daß mit der Vorlage die Eigentumsrechte an Land und Bodenschätzen den Menschen der Region übertragen werden sollen.

21. Empfehlung

Wenn Ihr das Bodenrechtsproblem aufarbeitet und es löst, schafft ihr ein Fundament eines freien Sozialismus und ihr könnt die Bundesrepublik in Zugzwang setzen.

Ökonomie und Währung

Der Begriff „Währung“ oder „gemeinsame Währung“ und die damit zusammenhängenden Begriffe „Devisen“, „Valuta“, „Wechselkurs“, „Konvertibilität“, „Geldüberhang“, „Inflation“, „echte, freie, gebundene und subventionierte Preise“ sind Bestandteil der durch die Öffnung der Grenzen intensivierten Diskussion der Ökonomie in und zwischen der östlichen und der westlichen Republik Deutschland. Manchmal habe ich den Eindruck, daß über diese Themen geredet wird, wie ich mir vorstelle, daß man vor 200 Jahren über Alchemie gesprochen hat. Daß die östlichen Ökonomen sich das Denken in der gesellschaftlichen Frostperiode haben verbieten lassen, ist nachvollziehbar, aber genauso schlimm wie die Aneignung von Privilegien durch die obere Hierarchie der SED. Aber noch schlimmer ist, daß die westlichen Ökonomen, die nur dem üblichen Karriere-Anpassungsdruck unterliegen, dem sie sich aber ohne Gefahr für Leib und Leben entziehen können, diesen Themenkomplex auch nur mangelhaft aufgearbeitet haben. (Dies gilt auch für die politischen Parteien, die zum Teil die Bedeutung nicht erkannten, zum Teil die Behandlung währungspolitischer Themen abgeblockt haben.) Es gilt daher auch hier, daß diejenigen, die an der Neugestaltung mitarbeiten wollen, sich erst einmal selber kundig machen und keinem Ökonomen, ob aus dem Westen oder dem Osten, blind glauben. Auch ich werbe nicht um Glauben, sondern fordere auf, einen Weg zu gehen, der zur Einsicht in die Natur der Dinge führt und damit ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaftsordnung und seiner Teilordnungen erschließt.

Um den Zusammenhang zwischen freiheitlichem Sozialismus und der Währungsverfassung zu verdeutlichen und um wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Erkenntnisse nicht neu sind und somit die Leidensgeschichten der Menschen völlig widersinnig waren, bringe ich noch ein paar kurze Abschnitte aus Gesells Natürlicher Wirtschaftsordnung:

„Das Geld wacht mit Eifersucht darüber, daß seine Geschöpfe nicht entarten. Geld wird immer nur zum Bauen von so viel Häusern vergeben, daß deren Zinsertrag nie

unter den Urzins fallen kann. Dies wird durch eine jahrtausendelange Erfahrung bestätigt. Das sogenannte Realkapital (Sachgut) ist also eigentlich nichts weniger als real. Das Geld allein ist das wirkliche Realkapital, das Urkapital. Alle anderen Kapitalgegenstände (Sachgüter) sind durchaus von der Beschaffenheit des Geldes abhängig, sind dessen Geschöpfe, sind vom Geld in den Adel-, in den Kapitalstand erhoben worden. Nimmt man dem Geld das Vorrecht, dem Volk den Bau neuer Häuser zu verbieten, reißt man das Wehr ein, das vom Geld zwischen den Arbeitern und den sogenannten Realkapitalien errichtet wird, so wächst das Angebot dieser Dinge, und sie verlieren ihre Eigenschaft als Kapital.

Es klingt ja fast ungeheuerlich, und man muß seiner Sache sicher sein, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die Häuser, Fabriken, Schiffe, Eisenbahnen, Theater, Elektrizitätswerke, kurz, das gewaltige, düstere Meer, das man z.B. vom Berliner Kreuzberg aus überschaut, nur darum Kapital ist und Kapital sein muß, weil das Geld Kapital ist. Dieses ungeheuere Meer, das sicherlich das Geldkapital 100mal überragt, brächte nur darum Zins ein, weil das Geld es so will? Das klingt doch unwahrscheinlich.

Aber das Unwahrscheinliche erscheint uns sofort ganz annehmbar, wenn wir bedenken, daß unser herkömmliches Geld uralt ist, daß es seit 3-4000 Jahren ganz selbsttätig und gesetzmäßig den Bau von Häusern usw. immer künstlich so weit beschränkte, daß die Nachfrage stets größer als das Angebot war und so die Häuser Kapital blieben. ...

Gesetzmäßig erzeugt das herkömmliche, vom Staate abgestempelte und verwaltete Geld durch erzwungene Arbeitslosigkeit die besitz- und obdachlose Menge, das Proletariat, dessen Dasein die Voraussetzung für die Kapitaleigenschaft der Häuser, Fabriken, Schiffe ist.“ 29) 30)

Hieraus folgt (verkürzt dargestellt): Wer einen freiheitlichen Sozialismus will, muß nicht die Produktionsmittel verstaatlichen, sondern das Geld (und mit Geld meine ich Bargeld), in dem es in eine sachgerechte Währungsverfassung, die private Willkür bestraft und Wohlverhalten belohnt, eingebunden wird.

Konkret hat eine solche Währungsordnung zu leisten:

1. ein stabiles Preisniveau über lange Zeiträume hinweg, das heißt: Sowohl Deflationen wie Inflationen müssen unter allen Umständen (auch im Kriegsfall) wegen der Krisen und Vermögensübertragungen vermieden werden. Da es eine empirische Tatsache ist, daß das Preisniveau von der Menge des umlaufenden Geldes im Verhältnis zu der Menge der im Markt befindlichen Güter und Dienstleistungen bestimmt wird, ist es kein Problem, anhand von Indexziffern die Geldmenge zu steu

ern, wenn die zweite Bedingung erfüllt ist.

2. daß das Ge'ld, das ja Einkommen aus Markterlösen repräsentiert, unter allen Bedingungen als Nachfrage wieder auf dem Markt, für das es Geltung hat, in Erscheinung tritt. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, die neben der Funktion des Tauschvermittlers und des ökonomischen Wertmaßstabes dem heutigen Geld zugestanden wird, muß getilgt werden. (Dies schließt das Sparen nicht aus.) Die Überlegenheit des konkreten Geldes gegenüber den Marktprodukten ist nämlich die Ursache seiner Zinsfähigkeit und seiner Krisen erzeugenden Eigenschaft. Damit Geld als Einkommen in jedem Fall wieder zur Nachfrage wird, muß die heutige ungenügend und destruktiv wirkende Umlaufsicherung in der Form der schleichenden Inflation und des Zinses durch eine konstruktive Umlauf Sicherung - für die es mehrere Modelle gibt - abgelöst werden. (Im Anhang wird der Beitrag „Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis“ von Helmut Creutz aus der „Zeitschrift für Sozialökonomie“, 68. Folge vom März 1986 wiedergegeben. Weiter ist im Anhang ein Kurzbericht über ein Modellversuch „Das 'Wunder von Wörgl“ beigefügt.)

Die Wirkungen dieser Maßnahmen sind: Der Geldkreislauf kann nicht mehr stocken. Die Notenbank kann die Geldmenge richtig bemessen. Konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit gibt es nicht mehr. Da mit der ununterbrochenen Realkapitalbildung (Bildung von Produktionsmitteln) jetzt der Geldzins und infolge der Realkapitalzins sinken kann, wandelt sich das Kapitaleinkommen in Arbeitseinkommen mit der Wirkung einer leistungsorientierten Einkommens- und Vermögensverteilung. Wichtig ist aber auch, daß sich jetzt natürliche Sättigungstendenzen im Markt ohne Krisen durchsetzen können.

Könnte die DDR eine solche Währung einführen? Ja, unter folgen den Bedingungen:

1. Die dazu benötigten Einsichten müßten von denen, die eine demokratisch legitimierte Gestaltungsmacht dazu haben, erarbeitet werden;
2. ist es erforderlich, daß die DDR die Verkehrswirtschaft einführt, weil es im System der Zentralverwaltungswirtschaft aufgrund des Fehlens von (freien) Preisen und des Wettbewerbes keine Möglichkeit gibt, die richtige Geldmenge zu bestimmen. Dies

gilt auch für eine Währungsordnung geringerer Qualität, wie wir sie jetzt in der Bundesrepublik haben.

Warensubventionen sind für jeden Währungspolitiker ein Ärgernis (ebenso für den Wettbewerbspolitiker), weil sie die Marktdaten verfälschen.

Um die Konvertibilität braucht man sich keine Gedanken mehr zu machen, weil der Staat keinen Grund mehr hat, die Austauschbarkeit der Währungen zu behindern. Jeder, der ausländische Geld (Devisen) benötigt, wird für sein binnenländisches Geld eine Valuta (Gegenwert) erhalten, die in etwa der Kaufkraftparitäten der betroffenen Währungen entspricht.

Der Wechselkurs kann allerdings nur stabil sein, wenn die Währungen, die im Preisvergleich stehen, in sich stabil sind. Interventionen der Notenbanken auf dem Devisenmarkt sind eine Regelwidrigkeit, die der eigenen Volkswirtschaft mehr schaden als nutzen.

Auf solche nationale Währungen aufbauend, kann eine Europa- oder Weltwährung als offenes System geschaffen werden, die die Souveränität der freiwilligen Mitgliedsstaaten nicht aufhebt.

Zum Schluß dieses Abschnittes will ich Walter Eucken nochmals zu Wort kommen lassen:

„Das Prinzip, der Währungspolitik einen besonderen Rang im Rahmen der Wirtschaftspolitik zuzuweisen, hat - wie gezeigt - einen ordnungspolitischen Sinn. Durch das Handeln nach diesem Prinzip wird nicht - um eine vergrößernde Bezeichnung zu gebrauchen - die Wirtschaft der Währung geopfert. Das Umgekehrte gilt: Durch eine gewisse Stabilisierung des Geldwertes wird es möglich, in den Wirtschaftsprozess ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen.

Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d.h. in Inflation und Deflation umzuschlagen." 31)

Die übereinstimmende Beurteilung der Bedeutung der Währung für die Gesamtökonomie fällt sofort auf. Der im zweiten Absatz enthaltene Wunsch nach dem „Stabilisator“ oder der Auftrag ihn zu entwickeln - der nach Möglichkeit auch noch automatisch funktionieren muß, wie Eucken an anderer Stelle formuliert - ist mit dem oben beschriebenen freiwirtschaftlichen Lösungsangebot erfüllt.

22. Empfehlung:

Prüft, ob Ihr eine Klassen auflösende, eine blühende Wirtschaft ermöglichende und Grenzen durchlässig machende Währungsordnung haben wollt.

Ökonomie und Patentrecht

Der ursprüngliche Gedanke für die Entwicklung des Patentrechtes war wohl, daß der Erfinder für seine geistige Leistung einen (markt-)gerechten Lohn erhalten sollte. Dieser Gedanke ist durchaus vernünftig, obwohl zu fragen ist, wo bleibt der gerechte Lohn für geistige Leistungen, die nicht als Gebrauchsmuster oder durch ein Patent geschützt werden können? Ob es aber gerechtfertigt ist, mittels Patentrecht eine Monopolrente für bestimmte Produkte durchzusetzen oder bestimmte Erfindungen aus dem Verkehr zu ziehen, weil sie die Rentabilität von vorhandenen Anlageinvestitionen herunterdrücken können, scheint mir mehr als fraglich. Keine Erfindung, keine Erneuerung erfolgt ohne die geistigen und praktischen Vorleistungen vieler Generationen und Gesellschaften. Heute werden diese Vorleistungen dem entgolten, der das Patentrecht innehat, und das muß nicht der Erfinder sein. Und die Gegenwartsleistung der staatlichen Sicherung und Durchsetzung des Patentrechtes bezahlt wiederum die Gesellschaft allgemein und der Inhaber des Patentrechtes nur dann anteilig über seine zu zahlenden Steuern, wenn er das Patent tatsächlich wirtschaftlich verwertet. Häufig ist es so, daß Patente von Unternehmen mit hohen Subventionen des Staates entwickelt werden, ohne daß der Staat Anteilseigner am Patentrecht wird.

Mir scheint die Idee, daß Patente grundsätzlich von einer Körperschaft, die von allen Erfindern gebildet wird, angekauft werden, überlegenswert. Die Erfindergemeinschaft bezahlt dann den einzelnen Erfindern für seine jeweilige Erfindung ein Entgelt, das an der Verwertbarkeit im Markt gemessen wird. Die Bewertung wird von einer Kommission vorgenommen, die sich aus Erfindern, technischen und kaufmännischen Verwertern zusammensetzt. Jederman kann das Verwertungsrecht für Patente erwerben. Die Preise für die Verwertung können danach differieren, ob der Verwerter nur ein Mitverwertungsrecht oder ein ausschließliches erhält. Wer das ausschließliche Verwertungsrecht erwirbt, es aber nicht innerhalb einer angemessenen Frist selbst oder durch andere Verwerten läßt, verliert den Schutz ohne Rückerstattung des gezahlten Preises.

23. Empfehlung

Achtet auf die oft nebensächlich erscheinenden Dinge in der Ökonomie, denn sie können Störungen verursachen, die später nicht oder nur schlecht behoben werden können. Das Patentrecht ist sicher ein Recht, das die Völker, die miteinander Handel treiben, antimopolistisch aufeinander abstimmen sollten. Auch eine solche Arbeit ist Friedensarbeit.

Ökonomie und Wettbewerb

Mit Einführung einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft sind die Vermachtungstendenzen, die ihren Grund im Zinseszinsystem haben, von Anbeginn geschwächt. Sie werden mit zunehmender Dauer schwächer, also umgekehrt wie heute. Auch wird die kriminelle Täuschung von Marktpartnern zurückgehen, soweit sie heute in der Unsicherheit und dem Druck, den die kapitalistisch verformte Marktwirtschaft ausübt, ihre Ursache hat. Wenn heute z.B. die Wirtschaftspolitik vor einer Vermachtung der Produktion, wie sie die Fusion von Daimler-Benz und MBB darstellt, kapituliert, dann ja nicht aus Bössartigkeit, sondern aus Angst, bei Ablehnung der Fusion könnten die

deutschen Unternehmen international Wettbewerbsnachteile hinnehmen müssen (weil dort ja auch solche Vermachtungsprozesse stattfinden), die eine negative Rückwirkung auf die Konjunktur und Beschäftigungslage haben könnten. Auch hier zeigt sich: Weil man mit den Grundproblemen der Ökonomie, der Marktwirtschaft nicht fertig wird (manchmal habe ich den Eindruck: nicht fertig werden will), muß man immer mehr die eigenen liberalen Grundsätze verraten. Auch im freiheitlichen Sozialismus sollte ein wirksames Instrument zur Überwachung des Wettbewerbes vorhanden sein. Denn z. B. der Versuch von Kartellbildung ist nicht auszuschließen. Das Recht gegen den unlauteren Wettbewerb und die Überwachung der Einhaltung gehört hier auch her. Nur ist hier wieder aufzupassen, daß nicht eine Ursache für Gängelung und Bevormundung entsteht.

24. Empfehlung

Schafft Euch ein einfaches, klares Wettbewerbsrecht, daß sich auf Wesentliches beschränkt und nicht von Fall zu Fall von der Exekutive außer Kraft gesetzt werden kann.

Ökonomie - Steuern und Zölle

Die Leistungen, die der Staat erbringt, müssen finanziert werden. Gerade wenn der Staat sich selber nicht wirtschaftlich betätigen soll (Erfordernis der Funktionsteilung der Gesellschaft), ist er auf Gebühren und Steuern angewiesen. Die Frage ist ja, aber was und wieviel soll der Staat leisten. Jeder Prozentpunkt Steuern vom Einkommen oder Umsatz der Steuerzahler mindert die materielle Basis ihrer individuellen Gestaltungsfreiheit. Also geht es bei Fragen der Besteuerung auch um Fragen der Freiheit. Auch die Fragen der Gleichheit und Gerechtigkeit können nicht außer Acht gelassen werden. Dann kann es ökonomisch keinen Sinn ergeben, daß möglichst viele Menschen mit der Steuereintreibung und Steuervermeidung beschäftigt sind. Die demokratischen Erfordernisse an einem Steuersystem sind auch die Transparenz und Über-

schaubarkeit. Dann darf der Staat mit seinem Steuersystem nicht leichtfertig die Ursachen von Kriminalität selber legen. Ich denke dabei an Schwarzarbeit durch hohe Umsatzsteuern, Steuerhinterziehung durch räuberische Steuerersätze und Schmuggel durch überflüssige oder zu hohe Zölle. Auch die Moral leidet, wenn der Gesundheitsminister von einer Besteuerung von Alkohol und Tabackwaren sich eine Eindämmung der Trink- und Rauchsucht erhofft und der Finanzminister sich das Gegenteil wünscht. Ein fortschrittliches Steuerrecht müßte auch das geltende Prinzip der Unauffälligkeit außer Kraft setzen. Unauffälligkeit meint, daß der Bürger gar nicht merkt, wenn er (indirekt) Steuern zahlt. Soviel mehr der Staat seinen Finanzbedarf über die direkte Besteuerung des Einkommens deckt, soviel klarer sieht der Bürger, was ihm seine Begehrlichkeit gegen dem Staat kostet. Dies wirkt bremsend.

In einem föderativen Staat käme dann noch hinzu, daß die Steuern der unteren staatlichen Gliederungsebene zufließen und mit und im Umfang der Ausgabendelegation nach oben weitergereicht werden.

Eine schön klingende Redewendung ist, mit Steuern steuern. Die Versuche, mit der Steuerpolitik die Konjunktur zu steuern, waren immer wieder Reinfälle. Mit der Steuerpolitik die Vermögensverteilung zu steuern, hat sich auch als eine Unmöglichkeit herausgestellt. Zudem macht ein solcher ökonomisch unsinniger Mißbrauch staatlicher Steuern eine rationale Führung der Staatshaushalte unmöglich. Nun wird überlegt, ob mit der Steuerpolitik nicht ökologische Belange durchgesetzt werden können. Es wäre schön, wenn durch ein Steuersystem der Ökologie mehr Rechnung getragen werden könnte. Es heißt aber auch hier aufgepaßt und dreimal um die Ecke auch noch nach Folgewirkungen solcher Bemühungen Ausschau halten. Dann wäre noch an eine Steuergesetzgebung die Anforderung zu richten, daß bei der Wahl der Rechtsform von Unternehmen betriebswirtschaftliche Gründe gegenüber steuerlichen Überlegungen die Priorität behalten.

Es ist auch auf die prägende Wirkung des gesellschaftlichen Lebens durch das Steuerrecht zu achten. Betrachten wir den steuerrechtlichen Status der Gemeinnützigkeit, auf

den man verzichten könnte, wenn man den Schwerpunkt der Besteuerung auf das Einkommen verlegt und ganz bestimmte Körperschaften (Vereine) geringer oder gar nicht besteuert. Heute gibt es eine Flucht in die Gemeinnützigkeit, um wenigstens Teilweise dem Raubrittertum des Staates zu entgehen oder an anderen staatlichen „Segnungen“ teilhaben zu können. Beispiel: mehrere Familien möchten, weil sie den ewigen Abwasch satt haben oder weil ihnen nach Überwindung der häuslichen Isolierung zumute ist, gelegentlich außer Haus sich treffen und essen. Gehen die Leute in die Gastwirtschaft, wird das Vergnügen mit Steuern von vielleicht 15 oder 30 % bestraft. Folglich werden sie trotz Unbehagen an der Vereinsmeierei einen gemeinnützigen Verein gründen, der steuerrechtlich richtig begründet wird, und sie werden Ausschau halten nach einem staatlichen Förderungsprogramm (vielleicht eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach dem Arbeitsförderungsgesetz) um eine Köchin und einen Kindergärtner finanzieren zu können.

Zölle als Sonderform der Steuern sind die eigentlichen Grenzpfähle, die die Menschen trennen und Ursache für internationale Reibereien sind. Sie dienten in der Vergangenheit in der Hauptsache dazu, die binnenländische Kapitalrendite hochzuhalten und auch in Zeiten der Edelmetallwährungen, die Zahlungsmittel im Binneland zu halten oder zu vermehren. Zölle dürfen aus der Sicht eines freien Sozialismus nicht dazu dienen, natürliche Standortvorteile zu neutralisieren und sollten kein Instrument der Staatsfinanzierung sein. (Es wäre zu prüfen, ob Zolleinnahmen sinnvoll einen internationalen Ausgleichsfonds speisen könnten.) Gerechtfertigt sind sie nur zur Kompensation da, wo ein oder mehrere Staaten direkt oder durch eine internationale Organisation angemahnt wurden, direkte oder indirekte Exportsubventionen zu unterlassen und dieses nicht geschieht. Ein anderer Fall wäre noch, wo ein ausländischer Staat eine mögliche Vollbeschäftigungspolitik nicht einleitet und dadurch künstlich das Lohnniveau niedrig hält und daraus folgend einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den binnenländischen Unternehmen (Handwerkern) mit lohnintensiver Produktion erhält. In einem solchen Fall sollte man das Sterben oder Gedeihen von Branchen nicht der Willkür einer ausländischen Regierung überlassen. Aufgrund sehr unterschiedlicher Fähigkeiten der Menschen muß jede Volkswirtschaft auch eine entsprechende Anzahl von

Erwerbsmöglichkeiten offenhalten. Eine internationale Arbeitsteilung hat in dieser Anforderung nationaler Volkswirtschaften ihre Grenzen.

25. Empfehlung

Beim Steuerrecht erhöhte Aufmerksamkeit wegen der vielen Fallen. Das Steuerrecht muß mit der angestrebten Gesellschaftsordnung und ihren Subordnungen Staat und Wirtschaft harmonisieren.

Mit den Zöllen nur künstliche Wettbewerbsvorteile, nicht aber natürliche kompensieren. Die Zölle nicht als Finanzierungsinstrument des Staates betrachten. Auch hier ist Friedensarbeit zu leisten.

Ökonomie und Rechtsformen der Unternehmen

Die Wahl der Rechtsform der Unternehmung (vom Kiosk bis zur Autofabrik) sollte innerhalb Privatrechts den Bürgern, die eine Unternehmung gründen wollen frei bleiben. Die Wahl sollte nach ihren individuellen Bedürfnissen, nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen und nicht nach steuerrechtlichen Aspekten erfolgen (müssen). Die Rechtsformen sollten miteinander konkurrieren, damit sich die leistungsfähigsten durchsetzen können: Die Genossenschaft mit der GmbH, die GmbH mit der Aktiengesellschaft 32), alte Formen mit neuen Formen. Damit nun nicht aus Gründen des steigenden Haftungsrisikos die Einzelunternehmung oder die Personengesellschaft immer mehr gemieden wird, sollte das Thema Haftung neu durchdacht werden. Um die versklavende Wirkung, die eine persönlich Schuldenhaftung haben kann, zu begrenzen, halte ich es für angebracht, daß diese Schuldhaft z.B. 5 Jahre nach einem Konkurs oder einer Zwangsversteigerung des Vermögens erlischt.

Da die Rechtsform der Unternehmung keine Ursache des Kapitalismus ist, ist es auch irrig anzunehmen, daß mit Unternehmen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (der ich sympathisch gegenüberstehe, die als Produktionsgenossenschaft

aber nur unter bestimmten Voraussetzungen gedeihen kann) ein Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus geleistet werden kann.

Die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Körperschaft sollte nur ganz wenigen Einrichtungen der Wirtschaft vorbehalten bleiben. Ich denke z.B. an die Notenbank, die kein Unternehmen, sondern ein Amt zu sein hat.

26. Empfehlung

Betrachtet die Rechtsformen der Unternehmen ideologiefrei und gestaltet das-Gesellschaftsrecht nach den praktischen Bedürfnissen, die in und mit diesen Rechtsformen arbeiten müssen.

Ökonomie und Zwangmitgliedschaften in Kammern etc.

Der Kaufmann (in allen Variationsformen, die es gibt), der Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei, der Arzt mit eigener Praxis, der Handwerker und andere Selbständige sind bei uns im „freien“ Westen Zwangsmglieder einer Kammer. Eine der Freiheit, der Marktwirtschaft, der Föderation und auch der Menschenwürde ins Gesicht spuckende vor-demokratische Regelung .

Jede Berufsgruppe muß das Recht haben zu föderieren, aber niemand darf gezwungen werden, Mitglied zu werden, auch Zwangsmgliedschaften der Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft darf es nicht geben. Ein beruflicher Zusammenschluß muß Leistungen erbringen und auch davon leben, die seine Mitglieder einzeln nicht oder nicht so gut erbringen können. Dementsprechend müssen die Leistungen auch von jenen honoriert werden, die sie in Anspruch nehmen. Aufgrund der Freiwilligkeit, der Selbstorganisation im Rahmen des Privatrechts und Selbstfinanzierung sind solche Organisationen autonom und nur allgemeinen Gesetzen unterworfen.

Nun höre ich die Einwendung: Die Kammern brauchen den Status der Körperschaft

des öffentlichen Rechtes, weil sie hoheitliche Aufgaben erfüllen würden, z.B. die Überwachung der Berufsausbildung und Abnahme der Abschlußprüfungen. Ich denke, es gibt keinen vernünftigen Grund - die Verteidigung von Gewohnheiten und Privilegien fallen nicht darunter -, daß der Staat sich nicht ganz aus dem Bereich zurückzieht, in dem die Kammern jetzt tätig sind.

27. Empfehlung

Entrümpeln wenn nötig. Wenn der Dachboden solches Gerümpel nicht aufweist, dann keines sammeln und lagern.

Ökonomie und Gewerbefreiheit

Wenn ich Erlebtes, Erzähltes und Gelesenes richtig in Erinnerung habe, dann war die Gewerbefreiheit nach dem zweiten Weltkrieg bei uns wesentlich größer als heute. Mit der Bildung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes wird es sicher Veränderungen geben. Darüber, in welche Richtung die „Hamonisierung“ gehen wird, weiß ich nichts. Ich hoffe auf mehr Freiheit. Mir scheint aber, daß es generell so ist, daß Gesellschaften in Not und Bedrängnis großzügiger im Gewährenlassen ihre Mitglieder sind, als in Zeiten des Wohlstandes und der Sättigung. Ist der Wohlstand gefährdet durch konjunkturbedingte Rezessionen, sinnt wohl jeder, der die Größe seines Kuchenstückes schrumpfen sieht, darüber nach, wie er sich lästige Konkurrenz vom Leibe halten kann. Da sich die Leute wirtschaftliche Rahmenbedingungen nicht vorstellen können, wo jeder genügend Raum zum erfolgreichen Wirtschaften hat, bemühen sie dann ihre Berufsverbände und die Politiker, die Zugangshürden zur selbständigen Berufsausübung höher zu legen. Die Erfahrungstatsache, daß für bestimmte Tätigkeiten bestimmte Kenntnisse verbunden sind und daß es Risiken für Mitarbeiter und Kunden gibt, wenn nicht sachgemäß gearbeitet wird, wird umgewandelt zum Material für die Erhöhung der Hürden. Tatsächlich sind aber Berufsabschlüsse, Meisterbriefe und Diplome höchsten als werbende Mittel für das Verhältnis zwischen Anbietern und Nach-

fragern von Produkten und Dienstleistungen interessant. Was zählt ist Quantität, Qualität und die Gewißheit, daß aus der Lieferung hergeleitete Ansprüche (z.B. Garantieansprüche) auch erfolgreich ohne nervenaufreibende Prozesse realisiert werden können.

28. Empfehlung

Fördert Handel, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen durch einen leichten Zugang zu den betreffenden Märkten. Bildet keine Privilegien in dem ihr bestimmte Berufe aus dem Konkurrenzverhältnis raus nimmt wie bei uns z. B. die Schornsteinfeger. Laßt den Staat nicht durch Gebührenordnungen das Entgelt für Dienstleistungen bestimmen, wie bei uns für die Rechtsanwälte. Besonders dann nicht, wenn die Gebühren sich nicht an erbrachten Leistungen orientieren.

Als Voraussetzung für die Selbständigkeit sollte es genügen, daß der Kunde als Vertragspartner sich jederzeit ohne großen Aufwand über den beruflichen Werdegang des Anbieters und über seine Haftungsgrundlage (-Sicherheit) informieren kann. Es muß die Entscheidung des Kunden bleiben, ob er eine Rechtsberatung beim gelernten Juristen oder z.B. beim studierten Theologen in Anspruch nimmt oder ob er sich vom Bäcker die Schuhe besohlen und vom Schuster die Haare schneiden läßt. Im Regelfall wird der „Schuster“ bei seinen Leisten bleiben und die Ausnahmen, die vom Publikum angenommen werden, brauchen nicht von Berufsverbänden oder vom Staat unterbunden zu werden.

Ökonomie und Verbraucherschutz

Es ist sicher sinnvoll, einen Verbraucherschutz im Sinne von allgemeiner Aufklärung und spezieller Beratung (einschließlich Rechtsberatung) der Konsumenten über Eigenschaften von Produkten und über geltendes Handels- und Haftungsrecht zu betreiben. Dies ist aber keine Aufgabe des Staates, der hat „nur“ für ein klares und gerechtes Vertragsrecht zu sorgen. Verbraucherschutz wird von den Anbietern von Waren und Leistungen nur insofern betrieben, als er zu ihrer Absatzstrategie gehört. Regreßansprüche

befürchtet werden müssen oder der „gute“ Ruf des Unternehmens auf dem Spiel steht. Nach Umkehr der Vermachtungstendenzen auch im Handel wird der Käufer auch weniger anonymen Verkäufern gegenüberstehen und dafür mehr am Unternehmen beteiligten Verkäufern, was zu einem anderen Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer führt. Sollte es trotz allem örtliche Verkaufsmonopole geben (die aufgrund der heutigen Mobilität gar nicht so leicht zu halten sind), dann können Verbraucher mit der Gründung einer Einkaufsgenossenschaft dieses aufbrechen. Es mag auch zweckmäßig sein, daß die Verbraucher in jeder Region einen eigenen Laden betreiben, um an direkte Informationen aus dem Bereich Handel heranzukommen.

Verbraucherschutz im Sinne von Aufklärung kann betrieben werden von speziellen Beratungsunternehmen oder von Verbraucherverbänden (Vereinen). Die Finanzierung muß aber auch hier von denen erfolgen, die die Beratung in Anspruch nehmen.

29. Empfehlung

Verbraucherschutz im Sinne eines klaren und gerechten Vertrags- und Haftungsrechtes sollte der Gesetzgeber auch in Umbruchzeiten nicht vergessen.

Verbraucherschutz im Sinne von Aufklärung und Beratung dürfte gerade beim wirtschaftlichen Systemwechsel nützlich sein. Ist die DDR-Volkswirtschaft erst im ruhigen marktwirtschaftlichen Fahrwasser, kann man darauf vertrauen, daß sich die Verbraucher zu wehren wissen, wenn sie das Gefühl haben, über den Löffel barbiert zu werden.

Ökonomie und Banken

Für diesen Abschnitt übernehme ich einen Teil aus meinem Schriftsatz vom Oktober 1989 an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, den ich unter dem Titel „GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK - Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank“ verfaßt habe. Auf 31 Seiten Text mit einem umfangreichen

Anhang und 43 Fragen (die z.T. In sich untergliedert sind) versuche ich, die Bundesbank zu bewegen, einen Klärungsprozeß in Währungsfragen - auch im Hinblick auf die Entwicklungen in Osteuropa - anzuregen. Ich habe ein Exemplar an die Friedensbibliothek in Berlin Ost gesandt, damit die darin enthaltenen Informationen und Fragen von den DDR-Bürgern, die sich mit der Währungsfrage befassen wollen, genutzt werden können. 33)

Die Frage nach der Macht der Banken hat durch die Ermordung von Alfred Herrhausen am 30. November 1989 eine erhöhte Aktualität erhalten und es dürfte für die Entwicklung der DDR ebenso wichtig sein, sie zu beantworten wie für uns in der Bundesrepublik, weil ideologisch verzerrte Wahrnehmungen keine gute Grundlage für Entscheidungen sind. Und jetzt der Text aus meinem Oktober-Schreiben:

Die Verdächtigungen der Geschäftsbanken durch die mangelnde Transparenz im Währungsbereich und durch die marxistische Kapitalismusanalyse.

Es gibt viele Menschen, die das berechtigte Gefühl haben, daß mit dem Geld. etwas nicht stimmt. „Wer hat, dem wird gegeben.“, ist so ein Ausdruck dieses Unbehagens. Früher, als im dominierenden Maße Juden das Kreditgeschäft repräsentierten, wurde die Ursache der Bedrückungen, die das Geld in seiner geltenden, im Prinzip uralten Verfassung verursachte bei den „Geldjuden“ vermutet und auf alle Juden übertragen. Heute wird die Ursache dieses Unbehagens bei den Geschäftsbanken vermutet. Da es die Geschäftsbanken sind, die von den Kreditnehmern höhere Zinsen nehmen (müssen), die Unternehmen bei konjunkturbedingten Umsatzeinbußen evtl. keine Kredite gewähren usw., ist dies auch kein Wunder. Da bei uns die politische Opposition außerhalb der Parlamente dominierend marxistisch war, kam immer wieder der Ruf nach Verstaatlichung der Banken. Obwohl die Privatbanken nur einen Drittelanteil am Markt haben, ist diesen Kritikern nie aufgefallen, daß das Unbehagen am Geldwesen wohl andere Ursachen haben muß als die Eigentumsverhältnisse bei den Banken. (Siehe Anhang: „Macht der Banken überschätzt“, Bericht der HAZ vom 30. 9. 1989) Selten hat sich ein Jude oder ein Banker durchgerungen, den Ursachen des Unbe-

hagens wirklich auf den Grund zu gehen. (Deutungsversuche in der richtigen Richtung liegen mir auszugsweise aus Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute, Leipzig 1900 vor ...)

Das politische Spektrum der Bankenkritiker ist sehr breit. Von Henry Ford liegt mir ein Zitat ohne Quellenangaben aus den 20er Jahren vor, das wie folgt lautet:

„Der Krieg kann nicht eher abgeschafft werden, als die ihn verursachenden übel entfernt sind, zu denen in erster Linie die falsche Geldwirtschaft samt ihren Hohenpriestern gehört.“

Hier wird wieder das berechtigte Unbehagen am Geldwesen ausgedrückt, aber anstatt eine Analyse zu formulieren (das mag Ford an anderer Stelle gemacht haben, ich weiß es nicht) werden wieder nur Verdächtigungen ausgesprochen. Die Hohenpriester können dabei die Geldtheoretiker in den Hochschulen sein, der Leser kann sie aber mit den Direktoren und Aufsichtsräten von Geschäftsbanken, Notenbanken oder gar Juden gleichsetzen. Dies hilft in keiner Weise weiter. Da, wo Strukturfehler in den gesellschaftlichen Institutionen eingebaut sind und eine negativ wirkende Nutzung ermöglichen, kann nicht erwartet werden, daß eine solche Nutzung unterbleibt, besonders dann nicht, wenn die Nutzung als „normal“ legalisiert ist oder die individuelle Zurückhaltung den eigenen wirtschaftlichen Untergang bedeuten kann.

Verdächtigt wurden die Banken aber nicht nur von privater Seite aus, sondern auch von staatlicher, denn sonst wären die unzähligen Gesetzesnormen, die das Bankgeschäft reglementieren, gar nicht erklärbar. Wenn Raiffeisen und Schulze-Delitzsch die Vorgänge um die Gründung der Ökobank mit den Anforderungen an Eigenkapital und Qualifikation für die Leitung hätten wahrnehmen können, sie hätten sich sicher aus Widerwillen im Grabe umgedreht. Schaut man aber genauer hin, dann ist es gar nicht schwer, die eigentlichen Ursachen in den Währungsverfassungen und ihre praktische Anwendung zu finden. Es ergibt sich dann fast von selbst, nicht eine Verstaatlichung der Banken zu fordern, sondern umgekehrt eine Umwandlung aller staatlichen und öffentlich-rechtlichen Banken (bis auf die Notenbanken) in privatrechtliche zu fordern.

Denn für einen freiheitlichen Rechtsstaat ist nicht nur die Gewaltenteilung auf staatlicher Ebene erforderlich (In der BRD haben wir auch hier einen Nachholbedarf.), sondern es ist genauso wichtig eine Funktionsteilung zwischen dem staatlichen Bereich der Gesellschaft und dem ökonomischen, zu dem ich selber auch das soziale Sicherungsnetz zähle, vorzunehmen.

Den weiteren Teil lasse ich hier weg. Ich möchte noch auf die Frage nach der Macht der Banken eingehen, weil die für die Terroristen, die den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen ermordet haben, wohl das Motiv oder die Begründung war. In einer Fernsehdokumentation nach dem Tod von Herrhausen sagte er selbst von dem Unternehmen, das er vertrat, sinngemäß: „Ja wir haben Macht, wir sind eines von vielen Machtpotentialen. Das ist nicht das Problem. Die Frage, die gestellt werden muß, ist die nach der Verantwortlichkeit. Wir gehen verantwortlich mit der Macht um.“

Zu fragen ist doch:

1. Konzentriert sich alle Macht im Kapitalismus zu guter Letzt nur bei den Banken?

Wenn ja:

2. Bei allen Banken?

Ich denke, daß zweimal mit Nein geantwortet werden muß. Die Kapitalkonzentration im Kapitalismus vollzieht sich nicht in einer Branche (hier der Banken) und in einer Branche haben die Unternehmen einen sehr unterschiedlichen Anteil daran.

Weiter ist zu fragen: Ist die kapitalistische Machtkonzentration - unabhängig davon, ob mit Macht verantwortungsvoll umgegangen wird - überhaupt mit dem Demokratiemodell, von dessen Vorzügen wir ja überzeugt sind, vereinbar? Ohnmächtige Demokraten, das ist ja wohl ein Begriff so negativ wie Untertanen. Demokraten brauchen Macht zur Gestaltung ihres Lebens, ihres Lebensraumes, zur Abwehr anderer, die die eigenen Rechte mißachten. Da nun dem Demokratiemodell ja die Vorstellung zugrunde liegt, daß es hier um eine Ordnung geht, in dem die Mitglieder der Gesellschaft das gleiche Mitwirkungsrecht haben, so muß es doch wohl heißen, daß sie auch in etwa - in der Streubreite von Intelligenz, Größe und Kraft der Menschen - ein gleiches Einwirkungsrecht – nichts anderes ist Macht - haben sollten.

Wenn befristete Macht entsteht durch Delegation, so ist das ein normaler Vorgang demokratischer Willensbildung – wenn dahinter nicht kriminelle Zielsetzungen stehen. Macht, entstanden aus kapitalistischen Konzentrationsprozessen, kann man aber wohl keine Legitimation, die sich von Demokratie ableitet, unterlegen. Diese Macht kann man aber nicht zerbomben. Sie muß ordnungspolitisch-institutionell aufgelöst werden. Eine Verstaatlichung (oder Verhinderung der Umwandlung in privatrechtliche Gesellschaftsformen) der Banken ist ein völlig ungeeignetes Mittel.

30. Empfehlung

Begreift, wo der Kapitalismus seine Ursachen wirklich hat, dann begreift ihr, daß die Bankenmacht, dort wo sie besteht, sich mit der Auflösung des Kapitalismus auflöst.

(Wieder-)Vereinigung

Westeuropa ist dabei, seine Binnengrenzen abzubauen und eine gemeinsame Außengrenze zu errichten. Das „Material“, das beim Abbruch der Binnengrenzen anfällt, sollte nach Möglichkeit nicht dazu dienen, die Außengrenzen zu erhöhen, denn die inzwischen 200 Jahre alte Losung Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ist von seiner inneren Logik aus betrachtet auch eine Kampfansage an alle Grenzpfähle, -gräben und Zäune. Die Öffnung Westeuropas nach Osteuropa und die Entwicklung der Teile zueinander statt auseinander ist der nächste Schritt. Der dritte Schritt, der wohlbedacht und vorbereitet werden will, ist dann Europa den Status eines offener Kontinents zu geben, damit sich kein Mensch mehr ausgesperrt fühlen kann. Die Voraussetzungen dazu sind aber, daß die Ökonomieprobleme, die ja erst zu den Grenzen geführt haben, gelöst und die anderen Kontinente ökonomisch und ökologisch auf einem Niveau ins Gleichgewicht gebracht werden, das keine krassen Unterschiede des Lebensstandards mehr übrig läßt, so daß die große Masse der Menschen trägheitsbedingt an ihrem angestammten Platz bleibt und dort die unterschiedlichen Ausprägungen ihrer Kultur erfährt. Die Völkerfluktuation durch die mobilen Minderheiten (also keine durch Hun-

ger, Diktatur oder Krieg ausgelöste Völkerwanderungen) dürften bei sinnvoller Entwicklung sozialer Sicherungssysteme eher eine Bereicherung der Völker als eine Bedrohung sein.

Ich denke, man muß den globalen Hintergrund aufzeigen, wenn man über das Thema Vereinigung von DDR und BRD sprechen will. Von einer Wiedervereinigung kann ja nicht gesprochen werden, weil DDR und BRD bisher noch keine Einheit waren. - Wiedervereinigt könnte theoretisch höchstens das untergegangene Deutsche Reich werden. Unabhängig von der Unmöglichkeit der politischen Durchsetzung ist es auch nicht wünschenswert, weil wieder die Menschenrechte von Millionen von Menschen mißachtet werden müßten und weil ein zentralistischer Staat von der Größe des ehemaligen Reiches zu Recht als ein Alptraum empfunden werden kann. Nach aller geschichtlicher Erfahrung geht die Bedrohung des Völkerfriedens eher von zentralistischen Großgebilden als von Kleinstaaten und föderativen Zusammenschlüssen aus. Es geht bei den Föderationen aber nicht um die formale Struktur, sondern um die reale. Die USA halte ich für einen vom Weg abgekommenen Staat, die Sowjetunion und auch Frankreich im Hinblick auf föderative Freiheit und Friedensförderung als Entwicklungsländer. Ihr zentralistisches Bedrohungspotential ist genauso gegeben (oder nicht gegeben) wie es bei einem vereinigten zentralistischen Deutschland gegeben wäre.

Ich halte nun aber gar nichts von einem masochistischen Antinationalismus, weil ich den als genauso problematisch einstufe wie den Nationalismus selbst. Wir Deutsche in Ost und West, die wir heute leben und wirken, haben genauso ein Recht wie z.B. die Amerikaner, Franzosen, Italiener, Dänen, Polen oder Russen, nationale Gefühle als Ausdruck spezieller Großgruppenprägung zu haben und dieses trotz Hitler. Ich meine auch, daß die ehemaligen Siegermächte, die uns in anderen Zusammenhängen immer als Partner herausstellen, nicht das moralische Recht haben, sich einer Vereinigung von DDR und BRD entgegen zu stellen, wenn die Bürger auf beiden Seiten der Grenze es wollen. Dabei müssen ja nicht nur die Bürger der DDR gefragt werden, sondern auch die Bürger der BRD. Es müssen vorher die Fragen gründlich erörtert werden:

Wer gewinnt was? Wer verliert was? Was kostet der Traum? Usw.

Am 19. 11. 1989 sagte Jens Reich vom Neuen Forum in einer Fernsehsendung (ost oder west?), daß die DDR nicht als Bankrotteur in eine Konföderation gehen sollte. Das ist auch meine Ansicht-. Es ist doch klar, daß Verträge besser ausfallen müssen, wo keiner der Partner aus dem letzten Loch pfeift. Ich halte es durchaus für denkbar, daß die politische Vertretung der BRD den Schwächezustand der DDR nach Abschütteln der Diktatur der SED nicht ausnützt. Da ich die faktische Prägekraft von Gruppengefühlen (zu denen ich eben das Nationalgefühl auch zähle) über Generationen weg nicht unterschätze, würde ich von einem Vereinigungsvertrag im Schwächezustand der jetzigen DDR im Interesse der Menschen, die dieses Gebiet als ihre angestammte Region oder (altdeutsch) ihre Heimat ansehen, abraten. Die Rolle der Bayern wäre bei uns in der BRD eine ganz andere, wenn sie sich hätten als Bettler in die Republik einbringen müssen. Es gibt aber auch andere Gründe, den Vereinigungsmaßnahmen zu widerstehen.

Es ist nicht alles Gold, was in der BRD, die ich als meine Heimat, trotz rauher Stellen, an der sich meine Seele wund gerieben hat, liebe, glänzt, sage ich in der Wiederholung. Die Bundesrepublik wird einerseits von einem Strukturkonservatismus und andererseits von einem Ideologiekonservatismus beherrscht, was keine Frage von politisch links oder rechts ist. Diese Art Konservatismus würde sich die DDR, die ja ihren selbstgestrickten Konservatismus erst gerade ablegt, ohne Not ins Haus holen, wenn sie nicht vor einem wie auch immer gearteten Zusammenschluß eigene neue Strukturen im Denken, Handeln, in und zwischen den neuen Institutionen, die geschaffen werden müssen, herausbilden würde. Die DDR hat die Chance, nachdem sie die Fesseln ihrer ideologisch begründeten Diktatur abgestreift hat, ein Gemeinwesen zu entwickeln, daß positiv über das hinaus entwickeln kann, was bei uns in der BRD z. Zt. vorhanden ist. Ich sage das nicht uneigennützig. Denn eine gute Entwicklung in der DDR hilft auch hier Erstarrungen zu überwinden. (Für diesen Satz werden bei uns viele Machträger genauso wenig Verständnis haben, wie die DDR-Oberen vor ihrem Sturz für notwendige Veränderungen in der DDR.)

1968 habe ich im Namen der Liberal-Sozialen Partei (die kurz nach der Gründung wieder aufgelöst wurde) geschrieben:

„Wir müssen mit den Siegermächten und der DDR über einen Sonderstatus für ein vereinigtes Berlin mit freien Zugängen von OST und WEST verhandeln.“ Heute würde ich sagen: Die DDR kann, wenn ihre Bürger es wollen, eine so positive Gestalt annehmen, daß sich Westberlin gerne und mit Gewinn mit Ostberlin innerhalb der DDR vereinigt. Auf der Grundlage eines solchen Status kann man dann überlegen, ob ein gemeinsamer deutscher föderativer oder konföderativer Staat gebildet werden soll oder ob zwei deutsche Staaten gleich in eine europäische (Kon-)Föderation eintreten. Über die Frage, ob die heutige Entwicklung in Europa aufgrund oder trotz der Bündnispolitik möglich wurde, kann man trefflich spekulieren. In den früheren Jahren habe ich mich für den Austritt der beiden deutschen Staaten aus den jeweiligen Bündnissen und für ihre Neutralität eingesetzt, weil mir das als ein Weg erschien, die Erstarrung der Blöcke zu lockern. Heute halte ich die Zugehörigkeit der beiden Deutschländer nicht mehr für ein Problem. Im Moment, wo alles im Umbruch ist, haben sie vielleicht tatsächlich eine stabilisierende Wirkung. Wenn aber die Entwicklung in und zwischen Ost- und Westeuropa so weiter geht wie seit der Zeit als Gorbatschow möglich wurde, dann wachsen ganz von allein die Kräfte, die die Bündnisse auflösen oder neu formieren wollen.

31. Empfehlung

Verurteilt nicht vorschnell die Vereinigungswünsche und Vorstellungen als nationalistisch, vereinhmend oder aufkaufend. Den meisten Menschen ist nicht bewußt, daß man sich in zwei Staaten wie grenzenlos bewegen kann, wenn man Strukturen entwickelt, wie ich sie auf diesen Seiten zu beschreiben versuche.

Laßt eigene positive Entwicklungen, die über den Status der BRD hinausgehen können, nicht von vornherein dadurch unmöglich werden, daß ihr die Eigenstaatlichkeit zu schnell aufgibt.

Laßt Euch nicht einreden. Deutsche aus Ost und West hätten aufgrund der geschichtlichen Vergangenheit auf ihre Muttersprache, auf ihre kulturellen Besonderheiten kein Recht stolz zu sein (Mit Stolz ist natürlich nicht der gemeint, der wie Dummheit aus einem Holz ist.) Wir sind in der Gesamtheit in West und Ost keine Nazis. Und der Nationalsozialismus war und ist auch keine erblich veranlagte Eigenschaft der Deutschen. Den Nationalismus bekämpfen heißt nationale Gefühle, die nicht zu Lasten anderer Völker gehen, nicht unterdrücken wollen, sondern ihnen das Recht auf Artikulation geben.

Nach dem föderativen Prinzip - das eben nicht eine Einbahnstraße ist - haben nicht die Bündnisse mit ihren jeweiligen Großmächten USA und UdSSR zu bestimmen, ob die DDR und BRD in ihren jeweiligen Bündnissen bleiben, sondern diese beiden Staaten haben das Recht und die Pflicht, aufgrund ihrer Souveränität und unter Beachtung der eingegangenen Vertragsverpflichtungen und unter Abwägung politischer Risiken dies selbst zu bestimmen. Hier gilt: Wer keinen Nährboden für einen deutschen Nationalismus schaffen will, der darf keine unterwürfige Versallentreue demonstrieren, sondern muß die Kraft für die nationale Würde - die mit dem Respekt vor anderen Nationen korrespondiert - aufbringen. Ich sehe aber ansonsten z.Zt keinen Grund, daß die deutschen Staaten ihre Mitgliedschaft in ihren Bündnissen kündigen.

Überlegungen zu einem Sofortprogramm

Alle theoretischen Überlegungen müssen sich im praktischen Handeln beweisen. Ein konkretes Aktionsprogramm setzt aber voraus, daß:

1. genaue Kenntnisse über den aktuellen Ist-Zustand der DDR vorliegen,
2. genaue Kenntnisse der geplanten und in Realisierung befindlichen Vorhaben, der aktuellen und zurückgetretenen Regierung (im weitesten Sinne) vorliegen und
3. ein Team vorhanden ist, deren Mitglieder die erforderlichen Kenntnisse in den sich verzweigenden Fachbereichen mitbringen und trotz Wandlungsdruck genügend Zeit haben, um prüfen und formulieren zu können.

(Die Vorarbeiten für ein Programm nach der Nach-Stalin- Ära hätten - ständig aktualisiert - schon über Jahre laufen können, wie auch schon zur Hitlerzeit für die Zeit danach gearbeitet wurde. Dies ist aber verhindert worden von all jenen politischen Kräften, die sich heute, die Nichteinmischungsformel vor sich herbrabbelnd, der DDR als Helfer in der Not anbieten.)

Für mich, der ich alleine und mehr als Generalist wie als Spezialist zwischen Kochtopf, Kindergeschrei und Standpauken wegen vernachlässigter Hausmannspflichten meine Gedanken zu Papier bringe, sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Ich will aber trotzdem nicht kneifen und diesen Abschnitt einfach weglassen, denn generelle Aussagen kann auch hier ein Einzelner machen.

Der Ausverkauf?

Vom Ausverkauf von DDR-Waren, die in Richtung BRD abwandern, kann nur dann gesprochen werden, wenn die Wechselkurse zwischen Mark Ost und DMark West wesentlich von der Kaufkraftparität der beiden Währungen abweicht. Eine Abweichung des Wechselkurses von der Kaufkraftparität für den Verbrauchermarkt, die durch Warensubventionen entstanden ist, kann sofort dadurch berichtigt werden, daß diese Warensubventionen eingestellt werden und da wo die Bedürftigkeit (die parlamentarisch definiert werden muß) vorliegt, Personen subventioniert werden.

1. Maßnahme: Sofortiger Totalabbau der direkten Warensubventionen mit sozialer Abfederung.

Nun ist es aber auch so, daß eine ungewollte Subvention für den Käufer aus oder für das Ausland (hier besonders die BRD) entstehen kann, wenn die Warenpreise nicht frei sind und dadurch von vornherein Preise für bestimmte Waren unter den Preisen der betreffenden Waren im Ausland liegen oder daß sich die Preise in der DDR der - durch BRD-Käufe ausgelösten - gestiegenen Nachfrage nicht anpassen können.

Ein weiterer Störfaktor ist, daß sich ein realistischer Austauschkurs solange zwischen Mark und DMark nicht einstellen kann, wie nicht bekannt ist, was die Mark in der

DDR wirklich wert ist. (Die Unsicherheit über den künftigen politischen und ökonomischen Kurs der DDR, die auch einen bedingten Einfluß auf den Wechselkurs haben können, lasse ich hier außer Betracht.)

2. Maßnahme: Erstellung eines Status der Forderungen (einschließlich Sparguthaben) und Verbindlichkeiten des Staates, juristischer und natürlicher Personen (noch vor Maßnahme 1 und 3 und 4) durch ein „Umstellungsamt“, dessen Mitglieder demokratisch gewählt werden und die einen vorher definierten Datenschutz (Bankgeheimnis?) zu beachten haben. Da Schulden gerne vergessen werden, genügt es auch, daß alle Gläubiger, die Forderungen geltend machen, diese beweisfähig beim Umstellungsamt anzumelden haben. Auf Geld lautende Forderungen, die bis zu einem Stichtag nicht angemeldet wurden, verfallen.

Sinn von Maßnahme 2 ist die Veränderung der Qualität der Forderungen und Verbindlichkeiten, die diese durch die Maßnahmen 1, 3 und 4 erfahren, für eine später vorzunehmende Bewertung auszuschalten.

3. Maßnahme: Sofortige Freigabe aller Preise einschließlich der Industrieprodukte, Löhne und Mieten. Wenn dies im Übergang zu sozialen Härten führt, auch hier öffentliche Zuschüsse für Personen, die bedürftig sind.

4. Maßnahme: Reform der Währungsverfassung, die folgendes umfaßt :

4.1 Schaffung eines Währungsamtes (Notenbank), das ausschließlich mit der Geldversorgung der Volkswirtschaft, der Sicherung des Preisniveaus und des Geldumlaufes befaßt ist.

4.1.1 Das Amt ist unabhängig von der Exekutive, nur an einem neu demokratisch zustande gekommenen „Gesetz über die Währungsverfassung der DDR“ gebunden und einer parlamentarischen Kontrolle (die für eine Legislaturperiode an ein Fachgremium delegiert werden kann) unterworfen.

4.1.2 Dem Währungsamt steht das alleinige Recht zu, Geld in den Verkehr zu bringen. Mit Geld ist Bargeld (Noten und Münzen) gemeint, denn nur dies ist Geld im eigentlichen und ursprünglichen Sinn und preisbildend.

4.1.3 Die Wechselkurse sind frei. Das heißt, die Notenbank ist nicht verpflichtet, den Wechselkurs zu stabilisieren, weil eine solche Aufgabe nicht mit dem Auftrag, das Preisniveau stabil zu halten, vereinbar ist.

- 4.1.4 Dem Amt stehen definitiv nicht zu:
- 4.1.4.1 als Geschäftsbank für den Staat und seinen Untergliederungen oder für private natürliche oder juristische Personen im In- und Ausland aufzutreten;
 - 4.1.4.2 in das Geschehen am Devisenmarkt oder der Börse einzugreifen, das heißt konkret: kein Kauf oder Verkauf von Devisen und Wertpapieren an der Börse.
 - 4.1.4.3 kein Devisenan- und -verkauf über den Bankenapparat aus Gründen der Geldmengenregulierung (wohl aber Wertpapiere, wenn nicht bessere und an die Wertschöpfung gekoppelte Geldmengenregulierungsinstrumente zur Verfügung stehen);
 - 4.1.4.4 die Geschäftsbanken zu einer „Mindestreserve“ ihrer Einlagen beim Währungsamt zu verpflichten. 34)
- 4.1.5 Das Währungsamt wird ausdrücklich verpflichtet, die Geldmengenregulierung (Preisniveausicherung)
- 4.1.5.1 anhand geeigneter Preisindices (Messung des Preises des Geldes - des Wertes - ausgedrückt in Ware - die im sogenannten Warenkorb liegt) und
 - 4.1.5.2 mit Hilfe einer konstruktiven Geldumlauf Sicherung vorzunehmen. 35)
- 4.2. Einzug der alten DDR-Mark und Ausgabe neuer Noten. Hier ist folgendes zu bedenken:
- 4.2.1 Es wäre-sicher wünschenswert, wenn der Kurs zwischen DDR-Mark und D-Mark sich in etwa auf 1 : 1 einpendeln würde, weil sich dann im grenzüberschreitenden Verkehr Bewertungsprobleme bei den Preisen verringern. Auch wäre es psychologisch sicher sinnvoll, den Kurs sich bei 1 : 1 einpendeln zu lassen, weil dann keine Seite das Gefühl zu haben braucht, ihre Währung sei weniger Wert (auch wenn das ökonomischer Unsinn ist). Meines Erachtens gibt es aber keine Methode, rechnerisch vorher zu ermitteln, wie hoch dann die Geldausgabe für die neue Währung sein muß. Denn wenn wir als Maß den Geldumlauf pro Kopf der BRD-Bewohner nehmen wollen, dann steht uns diese Zahl nicht zur Verfügung. Die Deutsche Bundesbank kann nur sagen, wieviel Geld sie in den Verkehr gegeben hat, und das ist eine andere, weniger geeignete Zahl. Dann wäre für die Kursvorbestimmung erforderlich zu wissen, wie groß das Güter- und Dienstleistungsvolumen pro Kopf im Markt der BRD und in der DDR ist. Da diese Frage aber für das Funktionieren einer Währung uninteressant ist, kann man die Antwort dem Devisenmarkt überlassen. Die Geldmenge sollte bei der Erstaussgabe nach praktischen Überlegungen bestimmt werden, z.B. daß für einen Pfennig wirklich noch etwas gekauft werden kann, und daß nicht mit astronomischen Zahlen gerechnet werden muß.
- 4.2.2 Um den offensichtlich vorhandenen Geldüberhang in der DDR abzuschöpfen ge

nügt es nicht, die alten Scheine in einem Verhältnis z.B. 5 : 1, 10: 1 oder 20: 1 in neue umzutauschen. Damit bleibt der Geldüberhang erhalten nur Zahlen werden kleiner. Es muß also eine echte Abschöpfung stattfinden (und zwar in diesem Zusammenhang nur des Bargeldes).

Der Umtausch mit Abschöpfung könnte also wie folgt aussehen:

4.2.2.1 Pro Kopf kann umgetauscht werden:

Fünzig Mark können 1 : 1 umgetauscht werden,

Fünzig Mark können 1 : 5 umgetauscht werden,

Fünzig Mark können 1 : 10 umgetauscht werden,

Fünzig Mark können 1 : 20 umgetauscht werden.

Der Rest des alten Geldes verliert 10 Tage nach dem Tag des Umtausches seine Gültigkeit. Vom Umtauschtag an bis einschließlich den Tag vor Außerkurssetzung kann das für Umtauschzwecke nicht benötigte Geld bei der DDR-Notenbank eingezahlt und beim Umstellungsamt als Alt-Forderung gegenüber dem Staat zwecks späterer Bewertung wie die anderen Forderungen angemeldet werden. (Geldsendungen per Post oder Banküberweisungen von außerhalb der DDR müssen nachweislich spätestens 5 Tage vor Außerkurssetzung auf den Weg gebracht sein, wenn daraus noch Ansprüche beim Umstellungsamt geltend gemacht werden sollen. Es geht hier darum, das Prinzip aufzuzeigen. Wenn die ausgegeben Pro-Kopf-Geldmengen der DDR (alt) und der BRD (bis jetzt) zur Hilfe genommen werden, dann können die Zahlen vielleicht doch etwas weniger willkürlich bestimmt werden als hier.

4.2.2.2 Ausländer, die am Umtauschtag wenigstens seit 1, 2, oder 6 Monaten in der DDR leben, sind DDR-Bürgern beim Umtausch gleichgestellt.

DDR-Bürger (oder einfach Deutsche), die in der BRD ihren ständigen Wohnsitz haben, sind vom Umtausch ausgeschlossen und können ihr DDR-Bar-Geld wie Ausländer an die DDR-Notenbank senden und ihre Forderung beim Umstellungsamt anmelden.

4.2.2.3 Die Bevölkerung ist rechtzeitig und ausführlich über die Reform der Währungsverfassung, ihren Sinn und die Neuerungen zu informieren.

Die Umwandlung des sozialistischen Eigentums in - Gemeinschaftseigentum und in persönliches Eigentum

Da der Kapitalismus seine Wurzeln nicht im sogenannten Realkapital, wohl aber im traditionellen Geldsystem und im Privateigentum am Boden hat und eine Marktwirtschaft nicht ohne Privateigentum an dem Realkapital und ohne übertragbare Nutzungsrechte an dem Boden - wo jede Parzelle, wie geschildert, ein Monopol hat - auskommt, und Eigentum an dem von Menschen selbstgeschaffenen Gütern leistungsmotivierend wirkt, ist wie folgt zu verfahren:

1. Grundsätzliches: Alles Eigentum der heutigen DDR, was von seiner Natur her zur erwerbswirtschaftlichen oder wohnwirtschaftlichen Nutzung (erweiterungsfähig auf die Bereiche Sport, Bildung und Heilwesen) und nicht wie der Boden Monopolcharakter hat, wird verkauft.

Der Erlös dient:

- 1.1 Sicherung der Versorgung der Alten und der Ansprüche an die Rentenversicherung;
- 1.2 Sicherung von einem Jahresgehalt der Angestellten des Staates, die um 70 bis 90% reduziert werden;
- 1.3 Tilgung von Staatsschulden im In- und Ausland;
- 1.4 Ausschüttung des verbleibenden Restes pro Kopf an die Bürger der DDR. Da wo der Staat noch Forderungen gegenüber von Bürgern hat, findet eine Verrechnung statt.

2. Verfahren im einzelnen:

- 2.1 Der Boden - egal für welche Nutzung - wird nur im Erbbaurecht vergeben. Da wo der Boden noch im privatrechtlichen Besitz ist, wird er zum Verkehrswert angekauft und mit Schuldverschreibungen, die frei veräußerlich sind und variabel in Höhe des durchschnittlichen Landeszinsfußes verzinst werden. Diese Schuldverschreibungen werden nach einem Auslosungsverfahren entsprechend den Einnahmen aus dem Erbauzins getilgt. (Wer und wie die Nutzungsrechte vergeben soll bzw. sollen und wie die Einnahmen – außer für die Tilgung des Kaufpreises - verwendet werden sollten, ist ein nachrangiges Problem und kann hier nicht erörtert werden.
- 2.2 Alle im Eigentum des Staates befindlichen Wohngebäude sollten an die DDR-Bürger meistbietend verkauft werden. Für Mehrfamilienhäuser sollte das Rechtstitel der Eigentumswohnung eingeführt werden, wenn es noch nicht besteht. Als Käufer kommen in Frage: Einzelpersonen, Familien, Wohnungsbaugenossen und andere Unternehmen der Wohnwirtschaft. Da die meisten Wohnhäuser in der DDR sanierungsbedürftig sein sollen, die Ersparnisbildung mit der neuen Währung ja erst beginnen und die Kreditbanken erst in Gang kommen müssen, ist der Kaufpreis abzüglich der Forderung an den Staat (aus der Restverteilung nach Umwandlung des sozialistischen Eigentums) für die ersten drei Käufergruppen als nachrangige Hypothek zu gewähren. Die Verzinsung muß tragbar sein und die Tilgung sollte in 15 Jahren erfolgen, wobei 3 Jahre tilgungsfrei sein sollten. Die erstrangige Hypothek (Grundschild) dient dann zur Instandsetzung der Gebäude.

2.3 Alle im Eigentum des Staates befindlichen Produktionsstätten (Gebäude und Inventar) werden zum Verkauf meistbietend angeboten. Die Mitarbeiter können einen pro Kopf anfallenden Wertanteil am Unternehmen auf Schuldscheinbasis kaufen (auch hier Verrechnung mit evtl. Forderungen). Der Verkauf von Anteilen in die BRD oder in das andere Ausland ist erwünscht, bringt den Bürgern der DDR gute Verkaufserlöse und in Folge den Betrieben das notwendige Kapital. Da in der DDR Mangel an allem ist, können Auslandsinvestoren berechtigt hohe Renditeerwartungen und damit eine entsprechende Investitionsneigung haben. Der „Trick“ ist nun der, daß aufgrund der währungsmäßigen Abstützung dieser Eigentumsu-mwandlungsaktion eine Vollbeschäftigung und ständig neue Realkapitalbildung eintritt und der Kapitalertrag sinkt und unter der Voraussetzung der Einführung der Umlauf Sicherung erstmals gegen Null sinken kann. Kapitalerträge gehen in Arbeitseinkommen über, und die Beschäftigten kaufen - ohne darben zu müssen - ihre Unternehmen ganz, wenn sie Lust haben.

2.4 Mit der Landwirtschaft wird ähnlich verfahren. Es gibt hier aber auch das Modell, daß hier das Land und die Gebäude meistbietend verpachtet werden. Dieses Modell läßt sich auch auf Schulen, Universitäten und Krankenhäuser übertragen; es muß wegen der andersartigen Finanzierung der Nachfrage erweitert werden.

2.5 Ein Problem gibt es hier aber doch und das rührt daher, daß in der DDR ja erst eine freie Preisbildung in Gang kommen muß und somit keine Einschätzungsmöglichkeiten vorhanden sind, ob der geforderte Preis realistisch oder ein Mondpreis ist. Ich denke, hier kann man sich wie folgt behelfen:
Westdeutsche Gutachter schätzen den Verkehrswert nach den Kriterien des westdeutschen Marktes in DMark. Dieser Wert, berichtigt um den Kurs der DDR-Mark, dient Verkäufern und Käufern als Anhaltspunkt. Da es nun aber gar nicht genügend westdeutsche Gutachter gibt, um alle Objekte zu schätzen, müssen die ermittelten Werte auf andere Objekte übertragen werden, wozu es sicher genügend kluge Leute in der DDR gibt.

Trainieren und Starten

Man sollte annehmen, daß in der BRD-Gesellschaft alles – vom Elternhaus über die Schule, Berufsausbildung und Studium - darauf abgestellt ist, möglichst vielen Menschen den Zugang zu selbständigen Existenzen zu verhelfen. Wenn man den Sonntags- und Fensterreden glaubt und diesen Glauben durch das Lesen von Existenzgründungsprogrammen stärkt, dann scheint das auch so zu sein. Aber es scheint nur so. Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist aber defacto so programmiert, daß mit wenigen Ausnahmen funktionierende Arbeitnehmer produziert werden. Dies ist zum Teil ideologisch bedingt, zum Teil in Gruppeninteressen begründet (Mitglieder-

schwund der Gewerkschaften, Konkurrenzabwehr der Unternehmer, die im Markt drin sind), auch werden Selbständigkeit im Elternhaus und Schule zu wenig vorgelebt. Und da wo sie praktiziert wird, ist die Selbständigkeit durch Fehlleistungen des Staates stark belastet.

Auf diesem Hintergrund und im Hinblick auf die hohen Arbeitslosenzahlen habe ich im Oktober 1986 ein Konzept vorgelegt, daß eine Vorbereitung als Unternehmer (vom Einzelunternehmen bis zum Genossenschafter) ermöglichen sollte. Gedacht war, daß dieses Programm nach dem Arbeitsförderungsgesetz - wie andere Berufsbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer - finanziert werden sollte. Aufgrund der Widersprüchlichkeit des AFG, die ihre Ursache in ideologischer Befangenheit oder in Schlamperei des Bundestages hat, war eine solche Förderung nicht möglich.

Das Konzept habe ich damals wie folgt vorgestellt:

"Trainieren und Starten

-ist das Angebot einer Maßnahme zur Wiedereingliederung von Erwerbslosen (= Arbeitslosen) in das Wirtschaftsleben durch neue Arbeitsplätze, die durch Unternehmensgründungen von Erwerbslosen geschaffen werden.

- Es ist gleichzeitig ein Beitrag zur Innovation im unternehmerischen und gesellschaftlichen Bereich."

Ich denke, ein solches Programm sollte für die Menschen in der DDR aufgelegt werden, die sich mit dem Gedanken anfreunden können, sich in irgendeiner Weise selbständig machen möchten oder ihren Betrieb künftig als Mitgesellschafter mitbestimmen möchten. Ich halte ein solches Angebot für notwendig:

1. Aus politischen Gründen: Die durch die friedliche Revolution freigewordenen Energien dürfen sich nicht in Demonstrationen erschöpfen - weil hier die Gefahr der Frustration und damit der negativen Aggression groß ist -, sondern sie müssen sich auf ein Ziel richten können, das die eigene Gestaltungskraft erfahrbar macht.

2. Aus sachlichen Gründen: Die DDR-Bürger sind noch weniger geübt, in Kategorien zu denken, die das wirtschaftliche Überleben ermöglichen, als die Bundesbürger. Und es werden Fachkenntnisse und -fähigkeiten fehlen.

Wer sollte solche Angebote machen, wo sollen sie stattfinden und wie sollen sie finanziert werden? Ich denke, daß diese Trainingsangebote gesplittet in der DDR wie auch in der BRD gemacht werden sollten. In der DDR, um die künftige Marktnähe sicherzustellen. In der BRD, damit die Teilnehmer unmittelbar moderne Betriebe einsehen können und das Marktgeschehen praktisch demonstriert bekommen.

Gleichzeitig wäre der befristete Aufenthalt in der BRD eine Belohnung dafür, daß sich die Teilnehmer für den Verbleib und den Aufbau der neuen DDR entschieden haben.

Für das Trainingsangebot kann zum Teil die berufliche Erwachsenenbildung, die sich bei uns in Folge der Arbeitslosigkeit etabliert hat, eingeschaltet werden. Es sollte hier aber schon auf Qualität und auf Praxisnähe (z.B. durch Praktika in den westdeutschen Unternehmen) geachtet werden. Denkbar ist aber auch, daß unterschiedliche Praktiker aus Betrieben, Klein- und Großunternehmer, pensionierte Spezialisten und andere Interessierte extra für diesen Zweck Trainingsstätten gründen.

Die Finanzierung der Trainingsunternehmen und des Lebensunterhaltes der Teilnehmer sollte, wenn das Programm erst einmal läuft, aus (Rück-)Zahlungen der erfolgreichen Unternehmensgründer erfolgen. Die Finanzierung des „Anlaufens“ ist schwieriger. Da weiß ich auch nicht mehr zu sagen als: Westdeutsche Unternehmen für (Sach-, Personal- und Geld-)Patenschaften gewinnen. Prüfen, ob irgendwelche vorhandenen finanziellen Förderungsprogramme für diese Maßnahme erschlossen werden können.

Die deutsch-deutsche Zwillinguniversität

Hier geht es nicht um ein Projekt, das gleich für große Massen eine Hilfe bringt, aber auch nicht nur um ein Symbol der Zusammengehörigkeit der Menschen in den beiden Deutschländern, sondern um ein Pilot-Projekt von dem gesellschaftliche Innovation für

beide Staaten ausgehen könnte.

Die Idee in Kurzform:

1. Es entsteht eine Hochschule (Universität), die eine Abteilung in der DDR, z.B. in Wismar, und die andere Abteilung in der BRD z.B. in Lübeck haben wird.
2. Diese Hochschule ist bei der Bestimmung der Eingangsvoraussetzung (z.B. generelle Aufnahmeprüfung auch für Abiturienten) , bei den Lehrinhalten und Form und Inhalt der Abschlußprüfungen autonom, sie orientiert sich an einem gesamteuropäischen Standard.
3. Die Hochschule mit Werkstätten und die Wohnungen für die Studenten und den Lehrkörper werden in eigener Regie oder im eigenen Auftrag der Hochschulgemeinschaft (die sich aus Lehrkörper, Studenten und Förderer bildet) erstellt.
4. Die Leistungen der Mitglieder des Lehrkörpers werden als Teil ihrer Lehrtätigkeit angesehen und sind damit abgegolten. Die Leistungen der Studenten werden ermittelt und auf einem Konto gutschrieben, sie werden mit Forderungen der Hochschule an die Studenten (Mieten, Höregebühren) verrechnet. Nicht verbrauchtes Guthaben ist übertragbar.
5. Der Lehrbetrieb umfaßt in der Aufbauphase $\frac{1}{3}$, später $\frac{1}{2}$ des Werktages.
6. Die Studenten setzen sich zusammen: $\frac{1}{3}$ DDR, $\frac{1}{3}$ BRD und $\frac{1}{3}$ übriges Europa. Sie rotieren - wenn erforderlich – nach einem gemeinsam beschlossenen Plan zwischen Abteilung A und B.
7. Diese Hochschule erhält bis zur Umstellung der Hochschulfinanzierung von den beteiligten Ländern einen Zuschuß pro Student und Dozent wie sie andere Hochschulen auch erhalten. Die Finanzierung der Gebäude erfolgt u. a. durch indexgesicherte Darlehen von Bürgern mit unterschiedlicher Laufzeit. Nach Ablauf der Frist treten andere

Gläubiger an die Stelle der ausscheidenden (Revolvierende Finanzierung).

8. Die Hochschule ist eine Gesellschaft des privaten Rechts.

9. Die Hochschule gibt sich eine Verfassung, die sowohl Mitbestimmung (Mitentscheiden - Mithaften), wie auch einen funktionsgerechten Ablauf ermöglicht.

Finanzhilfe durch die Bundesrepublik ?

Es ist grundsätzlich zu bedenken:

1. Die Bundesrepublik ist reich, aber nur wenig Bundesrepublikaner sind es. Das heißt, wir haben keine ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung.

2. Wenn der Staat hilft, dann müssen diejenigen zahlen, die nicht zu den Reichen gehören. Letztere geben ihr Geld nur her, wenn die Investition risikoarm (Hermesbürgschaft) und renditeträchtig ist.

3. Wenn die Regierung ein Hilfsprogramm beschließt und das Parlament es absegnet, dann zahlen nicht die Minister und und Abgeordneten, sonder die „kleinen Leute“.

4. Die kleinen Leute zahlen aber nicht nur über Steuererhöhungen und durch Kürzungen der Sozialausgaben des Staates, sondern auch noch in einer Weise, die nirgendwo erwähnt wird. Dies kommt so:

Die Höhe des Zinses wird heute einmal durch die Höhe der Leitzinsen der Bundesbank bestimmt und andererseits eben auch durch Angebot und Nachfrage nach Krediten. Ein niedriges Zinsniveau in der BRD wird gegenüber einem hohen Zinsniveau z.B. in Großbritannien dadurch geschützt, daß der Vorteil, den englische Kreditnehmer durch Kreditaufnahme in der BRD hätten, durch den - durch ihre Nachfrage ausgelösten - höheren Preis, den sie an der Devisenbörse jetzt für DMark zahlen müßten, geschützt wäre. Dieser Schutz ist meines Erachtens gegenüber den osteuropäischen Ländern noch

nicht gegeben, weil es sich hier um direkte DM-Investitionen handelt die mit der Bürgschaft der BRD abgesichert sind. Die Folge muß sein, daß die Zinsen steigen. Die Zinsen steigen aber nicht nur für die Kredite, die der DDR gegeben werden (Es ist zu befürchten, daß die Zinssätze zu Lasten des kleinen Mannes runtersubventioniert werden.), sondern auch für alle bundesrepublikanischen Kreditnehmer. Die alten sind betroffen, soweit sie in ihren Kreditverträgen gleitende Zinsen vereinbart haben. Die neuen Kreditnehmer sind automatisch betroffen. Betroffen sind im Grunde alle, weil die Rentabilitätserwartung des Kapitals sich an dem erhöhten Zinsniveau ausrichtet. Die Unternehmen müssen versuchen, die steigenden Kapitalkosten über erhöhte Preise hereinzuholen. Dies kann nur einem Teil gelingen - wenn die Bundesbank das Geld nicht inflationiert -, ein Teil der Unternehmen muß sich mit geringen Erträgen zufriedengeben. Dies kann bedeuten: Abbau von Arbeitsplätzen oder Konkurs. Der Preis für die Kredithilfe aus der Bundesrepublik ist für uns hoch. Wenn ihr Euch auf diese Weise helfen laßt, um dadurch einen besseren Sozialismus zu retten, dann um den Preis der höheren Ausbeutung in der BRD. 1% Zinsen pro Jahr mehr für eine Fremdfinanzierungssumme von 200.000 DM des Häuslebauers bedeutet eben 2.000 DM Zinslast pro Jahr mehr, dazu kommen die erhöhten Zinsanteile in den Preisen vom Auto bis zur Zahnpasta .

Schlußbemerkung

Wer die freiwirtschaftliche Bibliothek durchforscht, der wird feststellen, daß es in diesem Jahrhundert wohl keine gesellschaftlich allgemeinen oder sozialökonomischen Vorgänge und Ereignisse gab, wo nicht von Leuten, die sich von der NARTÜLICHEN WIRTSCHAFTSORDNUNG inspirieren ließen, versucht wurde, in den Prozeß der politischen Meinungsbildung mit Ursachenerklärungen und Lösungsvorschlägen einzugreifen. Wenn die jeweils gemachten Aussagen an den realen geschichtlichen Abläufen gemessen werden, dann offenbart sich im Nachhinein, daß es selten „Spinnereien“ waren. Manchmal wird spekuliert, ob das, was eine Minderheit (die ja nicht von besseren Menschen oder Genies gebildet wurde) in all den Jahrzehnten formuliert hat,

nicht bewußt ignoriert und von den Massen ferngehalten wurden, damit alte Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen aufrechterhalten werden konnten. Nun kann nicht geleugnet werden, daß Menschen, die Privilegien haben, diese im Regelfall verteidigen. Das kann aber keine Erklärung sein, daß rational nachvollziehbare Lösungsvorschläge nicht einmal zur Kenntnis genommen wurden, sondern die Menschen, die sie (wenn auch nicht immer gekonnt) vortrugen, allen möglichen Verdächtigungen und Bedrohungen ausgesetzt wurden. Aus dem politisch rechten Lager kamen die Vorwürfe „kommunistisch“, „sozialistisch“. Von links hallte es zurück: „kapitalistisch“, „faschistisch“ 37). Unter Hitler haben diese Leute gelitten oder schweigen müssen 38), ebenso in der alten DDR und in der BRD, war es alles andere, als ein Zuckerschlecken, sich für diese Erkenntnisse einzusetzen. Ich denke, das hat weniger mit Böswilligkeit von Menschen zu tun, als vielmehr mit der Herrschaft von Vorstellungen in den Köpfen der Menschen über Ursachenerklärungen und Wegbeschreibungen, die zu Zielen führen sollen. Es ist doch klar, wenn ich überzeugt bin, daß es Menschen sind, die ausbeuten und unterdrücken, dann kann ich nicht akzeptieren, daß wir es mit einer strukturellen Ausbeutung und unterdrückung 39) zu tun haben und dementsprechend die Lösungen anders sein müssen.

Ignaz Philipp Semmelweis, 'Retter der Mütter' (1818 – 1865) erkannte, daß das Wochenbettfieber durch Kontaktinfektionen übertragen wurde. Diese einfache Erkenntnis wurde ihm von seinen Kollegen nicht abgenommen. Er wurde verrückt. Heute würden die für verrückt erklärt, die die Richtigkeit seiner Forschung bestreiten würden. Ich weiß nicht, ob die jetzige Zeit mit ihrem Wandel in Osteuropa schon reif ist für einfache sozialökonomische Einsichten. Die Hoffnung, daß dieses so ist, hat mich dazu getrieben, den Menschen die um eine neue Gesellschaftsordnung ringen, mit dieser Schrift die Kunde von diesen einfachen sozialökonomischen Lösungen, die ein komplexes System entstoren, zu bringen.

Eine freiheitliche Ideenwelt verträgt kein Zentralkomitee und keine Zensur und folglich auch keine Sprachregelung über Aussagen einer Freiheitsschule, die die Freiwirtschaftsschule in Wirklichkeit ist. Wenn ich mich auch in Übereinstimmung mit den

Freunden der Natürlichen Wirtschaftsordnung fühle, so geht die Ausprägung dieser Gedanken hier - besonders in ihren Schwächen - voll zu meinen Lasten. Diese, meine Prägung ist mehr vom praktischen Erleben bestimmt, als von der Aneignung theoretischer Literatur. Womit ich keine Wertung, sondern nur eine Gewichtung aussprechen will. Dies ist auch keine Auftragsarbeit, sondern eine Arbeit, die aus einem inneren Drang heraus gestaltet werden wollte. Ob ich auch Menschen finde, die den Druck ermöglichen und somit helfen, daß meine Gedanken Euch erreichen, weiß ich im Augenblick der Niederschrift dieses Schlußsatzes nicht.

ENDNOTEN (Quellen und Anmerkungen)

- 1) Leopold Kohr, Weniger Staat - Gegen die Übergriffe der Obrigkeit, Wien-Düsseldorf, 1965, Seite 139
- 2) P.J. Proudhon, zitiert nach Karl Hahn, Föderalismus - Die demokratische Alternative, München 1975, S. 253
- 3) Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift ..., Württembergische Bibelanstalt Stuttgart 1967
- 4) a.a.O. Hahn, S. 249
- 5) a.a.O. Hahn, Seite 270
- 6) Informationen über den politischen Kampf um den Volksentscheid in der BRD durch das Bundesabstimmungsbüro „Volksentscheid zum 23. Mai 1989“ D 8991 Aehberg und Institut für Sozialforschung, Reutestr. 19, D 7080 Aalen
- 7) "Bürgerwille und Parteienherrschaft" Loccumer Protokolle 8/87, 256 Seiten zu beziehen über die Evangelische Akademie Loccum - Protokollstelle -, D 3056 Rehburg-Loccum / Die Tagung fand statt vom 27. bis 29. März 1987.
- 8) Hahn a.a.O., Seite 293
- 9) Hahn, a.a.O. Seite 239
- 10) Hahn, a.a.O. Seite 268
- 11) Ivan Illich, Entschulung der Gesellschaft - Mit einem Vorwort von Hartmut von Hentig, München 1972, und andere Titel
- 12) Illich a.a.O. Seite 13

- 13) nachzulesen in: Die Entfesselung der Kreativität – Das Menschenrecht auf Schulvermeidung, Herausgeber Johannes Heimrath, Wolfratshausen 1988 (ISBN 3-927269-00-4)
- 14) aus „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“, Friedrich Salzmann, Bern 1949
- 15) Hahn, a.a.O. Seite 123
- 16) Hahn, a.a.O, Seite 239
- 17) Hahn, a.a.O., Seite 240
- 18) Hahn, a.a.O. Seite 241 ff
- 19) Die Werke von Silvio Gesell werden zum erstenmal in gesammelter Form herausgeben. In einer Nachricht vom November '89 der Freiwirtschaftlichen Bibliothek Steenkamp 7, D 2930 Varel 2 heißt es, daß soeben Band 5 erschienen ist.
- Anmerkung vom Januar 2005: Es sind insgesamt 18 Bände + einem Registerband geworden. Zusätzlich hat Werner Onken aus den Einleitungen zu den jeweiligen Bänden unter dem Titel „Silvio Gesell und die Nätürliche Wirtschaftsordnung – Eine Einführung in Leben und Werk“ eine separate Arbeit vorgelegt. (Verlag für Sozialökonomie Gauke GmbH, Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg) Eine digitale Veröffentlichung auf CD-DOM wird vorbereitet.
- 20) Silvio Gesell, Die Nätürliche Wirtschaftsordnung, Lauf, 1949, Seite 12
- 21) Gesell a.a.O. Seite 12 / 13
- 22) „Volk der DDR“ hört sich ja merkwürdig an und ist wohl ein Un-Wort, wenn Volk ein biologischer Begriff ist. Wenn Volk aber ein soziologischer Begriff ist - und so fasse ich ihn hier auf - so ergibt er einen Sinn und ist berechtigt. Im übrigen denke ich selbstverständlich nicht nur an die DDRler, sondern auch an Menschen mit anderen Staatsbürgerschaften. Mein besonderes Verhältnis zu den Menschen in der DDR ergibt sich aber aus der gemeinsamen Muttersprache und der geographischen Nähe.
- 23) Man stelle sich den auch hier sichtbar gewordenen Wandel vor. Diese Zeitung habe ich bei uns im Dorf - zugegeben, ein Dorf mit Fremdenverkehr - gekauft.
- 24) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1961, Seite 27 /28
- 25) Eucken a.a.O. Seite 28
- 26) Eucken, a.a.O., Seite 168 /169
- 27) Adolf Damaschke, Die Bodenreform, Jena, 20. Auflage 1923
- 28) Dem Anhang füge ich einen Bericht der HAZ vom 13. Dez. 989 bei, der zeigt, wie die Öffnung der Grenzen bei uns auf den Immobilienmarkt einwirken. Der Bericht ist aber für das Thema Boden nur begrenzt aussagefähig, weil Begriff „Immobilie“ hier Grundstück

und Gebäude zusammenfaßt.

29) Gesell, a.a.O. Seite 327

30) In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig auf die Arbeiten von Dieter Suhr hinzuweisen, die einen neuen Zugang zu und eine Zurhilfenahme von Marx ermöglichen.

Josef Hüwe leitet eine Buchbesprechung unter dem Titel „Der 'unbekannte' Marx - Kapitalismus als Folge des Geldsystems?“ wie folgt ein:

„Von Karl Marx haben viele bisher gelernt: Der Kapitalismus beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Durch die Produktionsverhältnisse sind die Arbeiter von den Bedingungen für die Verwirklichung der Arbeit getrennt und können von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Kapitalismus ist also ein Problem der Produktionsverhältnisse. Folgt man jedoch einer Kette bestimmter Gedanken, die sich Marx über das Geld gemacht hat, muß man an der Richtigkeit der obigen These zweifeln. Dann erscheint Kapitalismus vielmehr als ein Syndrom, das seinen Herd in der Struktur des Geldes hat, in bestimmten Eigenschaften des Geldes. Dann ist Privateigentum an den Produktionsmitteln gar nicht der Grund und die Ursache für den Kapitalismus?

Solchen Fragen geht Prof. Dr. Dieter Suhr in seinem Buch 'Der Kapitalismus als monetäres Syndrom' nach. Es trägt den Untertitel 'Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie' (Campus Verlag 1988, Reihe Campus Forschung).“

Ein anderer Titel von Suhr heißt: „Gleiche Freiheit - Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“ (Mette Verlag Augsburg, Reihe Wissenschaft, 1988). Ein Abschnitt, in dem Suhr auf Marx eingeht, trägt die Überschrift „Der liberale Verbund von Freiheit, Gleichheit und Geld“.

31) Eucken, a.a.O., Seite 162

32) Bei der Aktiengesellschaft ist es durchaus vertretbar, daß nur Namensaktien ausgegeben werden dürfen, und daß das Aktionärsverzeichnis wie das Verzeichnis der Mitglieder einer Genossenschaft ohne Begründung beim Registergericht eingesehen werden kann. Damit wird sichergestellt, daß jederzeit bekannt ist, wer in den Unternehmen in der DDR mitmischet oder wer alleine bebestimmt (auch davor, das DDR-Unternehmen sich im Alleineigentum von Ausländern befindet, braucht man bei der auf diesen Blättern angedeuteten Wirtschaftsordnung keine Angst haben.

33) „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ am 15. November 1989 gesandt an: Antikriegsmuseum / Friedensbibliothek - Bartholomäuskirche DDR-Berlin - per Adr. Jochen Schmidt, Rykestraße 8, DDR-1055 Berlin

34) Die Begründung dafür, warum das Instrument „Mindestreserve nicht für die Geldmengenregulierung benutzt werden sollte, ist in meinem bereits erwähnten Schreiben an die Deutsche Bundesbank vom Oktober 1989 zu finden. (siehe dort Endnote 33 und aktueller Nachtrag)

35) Im Anhang wird ein Artikel von Helmut Creutz mit dem Titel „Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis“ Dieser Beitrag wurde der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ 68/1986 entnommen. Er setzt allerdings voraus, daß der Leser sich bereits mit den verschiedenen Modellen auseinandergesetzt hat.

36) Im Anhang gebe ich den Abschnitt „Überwindung der Wohnungsnot“ wieder. Er entstammt der zweiten Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes zur wirtschaftlichen Neuordnung

vom Oktober 1948. Er enthält nützliche Anregungen. Ich kam erst zum Schluß dieser Arbeit dazu, einen Blick in die Denkschrift zu werfen.

37) Das, was bei uns in der BRD unter der antifaschistischen Flagge maschiert, trägt nach meiner Einschätzung zum Teil in sich selber faschistische Züge.

38) Es gibt keine Übersicht darüber, wie viel Menschen aus freiwirtschaftlichen Gruppen umgebracht oder im Konzentrationslager verbringen mußten. Dies liegt daran, daß diese Leute damals, wie heute nicht straff organisiert sind. Kontrolle ist dort möglich, wo es sich um bekannte Leute, wie um den Verleger Rudolf Zitzmann handelte, der die längste Zeit der Nazi-Herrschaft im KZ leiden mußte. Für die erste Nachkriegsauflage der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ von Gesell hat er von der damaligen Zonen-Regierung Papier zur Verfügung gestellt bekommen, das ursprünglich für eine weitere Auflage von Hitlers „Mein Kampf“ vorgesehen war.

Es hat auch freiwirtschaftliche Leute gegeben, die sich nicht zu schade waren, sich zu „beschmutzen“ und versucht haben, die NSDAP von innen zu beeinflussen. Sie wurden sehr schnell kaltgestellt. Obwohl es damals Beschlüsse von Bundestagungen gab, die feststellten, daß die Inhalte der NSDAP im Widerspruch zu den Inhalten der freiwirtschaftlichen Bewegung stehen, wage ich nicht ohne Kenntnis ihrer Motive, über den Versuch, von innen gegen den Hitlerkurs der NSDAP zu wirken, zu urteilen. Im übrigen war nach dem Faschismusforscher Prof. Arno Klönne ein Zeichen der damaligen Zeit, daß soziale Bewegungen - ohne daß man ihnen faschistische Neigungen nachsagen konnte - sich spalten in jene, die strikt gegen die Nazis waren und solche, die politisch mitwirken wollten.

39) Den Begriff „strukturelle“ Ausbeutung habe ich zuerst bei dem Physiker Peter Kafka in einem Gespräch am 18. Oktober 1989 nach seiner Lesung aus seinem Buch "Das Grundgesetz vom Aufstieg - Wege zum wirklichen Fortschritt" gehört.

Ich habe den Inhalt dieses Begriffes bisher mit „institutionelle“ Ausbeutung etc. benannt, weil es die Rechtsinstitute „Währungsverfassung“, „Bodenrecht“, „Patentrecht“, und andere Privilegien und Zwänge sind, die Ausbeutung und Unterdrückung verursachen. Aber auch die politische Sprache ändert sich. Sich sprachlich anzupassen ohne anpasserisch zu sein, ist wohl geboten.

oooooooooooooooooooo

Im Ursprungstext ist an dieser Stelle die Titelseite
meiner Schrift

DER DRITTE WEG

Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung -

vom März 1980 wiedergegeben.

Auf meiner Internetseite

www.tristan-abromeit.de

Texte / Arbeiten Nr. 2.0

oooooooooooooooooooooooooooo